

Wie die Rechten die Geschichte umdeuten

Geschichtsrevisionismus
und Antisemitismus

EIN THEMENHEFT DER BILDUNGSSTÄTTE ANNE FRANK





Themenheft Geschichtsrevisionismus
und Antisemitismus

Wie die Rechten die Geschichte umdeuten

Während der Arbeit an diesem Heft war ich am 8. November 2019 zur Verleihung des Titels „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ in eine hessische Schule eingeladen. Neben mir als Vertreter des Schulnetzwerks „Schule ohne Rassismus“ hielten auch Schulleitung, Bürgermeister und andere Lokalpolitiker*innen Grußworte. Sie alle nahmen darin Bezug auf den Mauerfall am 9. November 1989, einige von ihnen würdigten zusätzlich noch den Volkstrauertag in Erinnerung an „unsere gefallenen Soldaten in den beiden Weltkriegen“. Niemand aber erwähnte den 9. November 1938, den Tag der Pogromnacht. Bemerkenswert ist dieses Versäumnis zumal insofern, als es sich um eine Veranstaltung unter dem Motto „Schule ohne Rassismus“ handelte. Solche Erfahrungen habe ich in den vergangenen Jahren zunehmend gemacht. Sie zeigen meines Erachtens, wie sich der gesellschaftliche Diskurs unter dem Einfluss des aktuell erstarkenden Rechtspopulismus verschoben hat.

Mit Aussagen wie „Hitler und die Nationalsozialisten sind nur ein Vogelschiss in 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ vom damaligen AfD-Bundessprecher Alexander Gauland oder „Wir (...) sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“ vom thüringischen AfD-Politiker Björn Höcke kämpft die Neue Rechte ihren Kampf um kulturelle Hegemonie – und die Deutungs- hoheit über die jüngere Ge-

schichte ist einer seiner wichtigsten Schauplätze. Zudem einer, auf dem die Neue Rechte gewissermaßen Heimvorteil hat: Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ist vielen Deutschen bis heute unbehaglich. Eigene oder familiäre Verstrickungen werden gern verdrängt oder zu den eigenen Gunsten umgeschrieben – freilich meist unbewusst. Laut der MEMO-Studie der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) aus dem Jahr 2019 geben fast 70 Prozent der Deutschen an, ihre Vorfahr*innen seien im Nationalsozialismus keine Täter*innen gewesen, knapp 30 Prozent sagten, ihre Vorfahr*innen hätten potenziellen Opfern des NS geholfen.

Mit Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR zeigt die verbreitete Erzählung von den „beiden deutschen Diktaturen“ ebenso eine geschichtsrevisionistische Verharmlosung des Nationalsozialismus an wie die heute dominante Erzählung, der Fall der Berliner Mauer habe zu Freudentaumel und einer neuen Brüderlichkeit geführt – die damit verbundenen Ausbrüche von rechter und neonazistischer Gewalt gegen jene, die von der neuen „Einheit“ ausgeschlossen waren, bleiben unerwähnt.¹

Geschichtsrevisionismus ist kein neues Phänomen: Rufe nach einem Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit sind nur unwesentlich jünger als die NS-Zeit selbst. Mit dem Erstarken rechtspopulistischer Kräfte in den vergangenen

Jahren, dem Einzug der AfD in den Bundestag und in sämtliche Landtage sowie der Gründung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung 2017 werden jedoch geschichtsrevisionistische Positionen auch in der Öffentlichkeit zunehmend prominenter geäußert. AfD-Funktionär*innen verbreiten sie in Talkshows, Zeitungs-Interviews und Sozialen Medien an ein Millionenpublikum – weit über das neurechte Milieu hinaus.

Die Umdeutung der Geschichte hat für die Neue Rechte deshalb eine so große Bedeutung, weil sie die Idee einer „Volksgemeinschaft“, einer „Einheit der Deutschen“ erst ermöglicht und einen positiven Bezug zur „eigenen Nation“ herstellt. Der Rückgriff auf historische Figuren und Mythen wie die von Karl Martell, die Schlacht bei Frankenhausen/Kyffhäuser, das Hambacher Fest oder eben auf die „heldenhaft kämpfenden“ deutschen Soldaten in zwei Weltkriegen zeichnet das Bild eines „deutschen Volks“, das „seit jeher“ ethnisch homogen und identisch war – ungeachtet der historischen Wirklichkeit, die von ständigen Migrationsbewegungen, wechselnden Territorien und Herrschaftsverhältnissen, unterschiedlichen Sprachen und kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten religiösen oder ethnischen Gruppen geprägt war.

Dieses deutsche „Volk“ ist selbstverständlich weiß und christlich. Tatsächliche Widersprüche innerhalb der „Volksgemeinschaft“, welche

die imaginierte Harmonie trüben, werden externalisiert und anderen zugeschrieben: Jüdinnen und Juden, Muslime, People of Color und Homosexuelle gehören nicht dazu. In geschichtsrevisionistischen Narrativen lebt das antisemitische Ressentiment weiter. Dabei werden Jüdinnen und Juden nicht direkt benannt, sondern chiffriert, mit Begriffen wie etwa „Kosmopoliten“ oder „Finanzelite“, die den heimatverbundenen Deutschen gegenübergestellt werden.

Die Herausforderung, die geschichtsrevisionistische Positionen an die Bildungsarbeit stellen, besteht daher nicht nur in der Aufklärung über Geschichte und der Richtigstellung der historischen Fakten, sondern auch darin herauszufinden, welche Bedeutung diese Welt- und Selbstsicht für Jugendliche hat.

Mit diesem Themenheft wollen wir einen Überblick über aktuelle Formen von Geschichtsrevisionismus geben, wichtige Akteur*innen und deren typische Argumentationsfiguren benennen und zeigen, an welche mehrheitsgesellschaftlichen Dispositionen sie mit welcher Absicht anknüpfen. Schließlich gibt dieses Themenheft Anregungen, geschichtsrevisionistischen Positionen argumentativ oder praktisch entgegenzutreten.

Dr. Meron Mendel



Direktor der Bildungsstätte Anne Frank



Dr. Meron Mendel
Direktor der Bildungsstätte
Anne Frank



NS und
Holocaust

- 8–13 Identitätspolitik mit dem „Vogelschiss“
Martín Steinhagen
- 14–15 Alles Opfer, keine Täter?
MEMO-Studie II/2019
- 16–21 Goldschleier und „Schuldkult“
Oliver Fassing und Leo Fischer
- 22–23 Petition „Keine Steuergelder für Geschichtsrevisionismus“
- 24–25 Wer leitet die Desiderius-Erasmus-Stiftung?
Martín Steinhagen
- 26–29 Kosmopoliten mit Keule
Volker Weiß
- 30–35 Permanentes Endkampf-Pathos
Natascha Strobl



DDR und
Mauerfall

- 38–41 Doppelter Revisionismus
Tom David Uhlig
- 42–45 „Der Osten steht auf“
David Begrich und Pascal Begrich

Handlungsstrategien
aus Pädagogik, Medien
und Kulturbetrieb

- 48–51 „Historische Bildung muss demokratische Praxis sein“
Interview mit Axel Drecoll und Martin Schellenberg
- 52–55 Erinnerung zwischen Weltmeisterschaft und Kehrtwende
Deborah Krieg
- 56–59 „Wir sind nicht neutral“
Interview mit Sanem Kleff
- 60–65 Und jetzt können sie auch noch lesen
Eva Berendsen und János Erkens
- 66–67 Wegducken geht nicht
Nadja Erb
- 68–73 Eloquente Feindlichkeit
Oliver Saal
- 74–77 Die Schamlosigkeit des professionellen Beschämens
Tim Wolff
- 78–79 Regeln für eine Kunstaktion im deutschen Gedächtnistheater
Max Czollek und Stella Hindemith

80 *Impressum*



NS und Holocaust

I.1	Identitätspolitik mit dem „Vogelschiss“ <i>Martín Steinhagen</i>	8–13
	Alles Opfer, keine Täter? <i>MEMO-Studie II/2019</i>	14–15
I.2	Goldschleier und „Schuld kult“ <i>Oliver Fassing und Leo Fischer</i>	16–21
	Petition „Keine Steuergelder für Geschichtsrevisionismus“	22–23
	Wer leitet die Desiderius- Erasmus-Stiftung? <i>Martín Steinhagen</i>	24–25
I.3	Kosmopoliten mit Keule <i>Volker Weiß</i>	26–29
I.4	Permanentes Endkampf-Pathos <i>Natascha Strobl</i>	30–35

Identitätspolitik mit dem „Vogelschiss“

Über den Geschichtsrevisionismus bei der AfD

von Martín Steinhagen

In Polen in Stein gemeißelt, in Dresden in Brauhäuser gerufen oder online auf Facebook verbreitet: Geschichtsrevisionistische Äußerungen nehmen in der „Alternative für Deutschland“ (AfD) viele Formen an. Die Liste relativierender und mitunter gar verherrlichender Äußerungen zum Nationalsozialismus ist lang. Mit Recht prägt sie auch die öffentliche Wahrnehmung der Partei. Aber welche Rolle spielen Geschichte und Gedenken eigentlich in den Programmen der AfD? Und wie unterscheidet sich das, was die Partei dort schreibt, von den Aussagen ihrer Spitzenfunktionär*innen und Mitglieder? Wie bedeutsam ist Geschichtsrevisionismus für die rechte Ideologie à la AfD?

Zwischen den Zeilen der Parteiprogramme

Fast könnte man den Eindruck gewinnen, man habe es mit einer Nebensache zu tun. Es ist nur ein Satz im Grundsatzprogramm der AfD, der sich ganz explizit mit dem Umgang mit der deutschen Geschichte beschäftigt, ein Satz im Kapitel „Kultur, Sprache und Identität“. Dort heißt es:

„Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“

Eine Forderung unter vielen also? Schon die Einleitung zum Kapitel zeigt, welche Bedeutung die AfD dem Thema selbst zuweist: Kultur sei „die zentrale Klammer, in der sich auch ein neues Politikverständnis sehen muss“, heißt es dort etwas umständlich. Und: „Nirgendwo ist die ideologische Beeinflussung seitens des Staates so stark wie in der Kulturpolitik.“

Hier schimmert die in neurechten Kreisen verbreitete „Metapolitik“-Strategie durch: Der Versuch, Verschiebungen zuerst im vorpolitischen Raum zu erreichen, um damit die Voraussetzung für eine neue rechte Hegemonie zu schaffen. Die AfD verknüpft zudem bereits in der Kapitel-Überschrift und in dem Satz selbst Erinnerungspolitik mit Identität – kein Zufall, wie die weitere Analyse zeigt.

Die zitierte Stelle enthält verknüpft mehrere Kernelemente, die typisch sind für die geschichtspolitischen Vorstellungen der AfD: Es wird eine vermeintliche Verengung der Erinnerungskultur auf die NS-Zeit behauptet und kritisiert. Diese Form der Auseinandersetzung, heißt es, sei nicht „identitätsstiftend“, hierfür wäre demnach die Betonung anderer Epochen der deutschen Geschichte dienlich. Der Nationalsozialismus wird aber zugleich ex negativo als ein nicht positiver „Aspekt“ der deutschen Geschichte gefasst, also hier nicht verherrlicht, aber in seiner Bedeutung relativiert.¹

Offenen Geschichtsrevisionismus spare die AfD in ihren Programmen aus, sagt der Historiker Jens-Christian Wagner, Leiter der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Man müsse aber „zwischen den Zeilen lesen“: Wenn nur noch Kultur staatlich unterstützt werden solle, die „Großtaten der Deutschen“ in den Mittelpunkt stelle, könne man daraus ableiten, dass NS-Gedenkstätten wohl nicht mehr gefördert werden sollen.

In manchem Landesprogramm formuliert die AfD ihre Vorstellung eines anderen Umgangs mit der deutschen Geschichte deutlicher als im Grundsatzprogramm. Im Programm für die Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt, die Partei erreichte dort 24,3 Prozent, heißt es gleich in der Präambel:

„In keinem anderen Bundesland herrscht eine solche Dichte an Denkmälern von nationaler Bedeutung. Nirgendwo liegen so viele Wurzeln deutscher Geschichte wie hier. Wir sind stolz auf Sachsen-Anhalt! [...] Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.“

¹ Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) macht in seinem Gutachten zur AfD im Kontext Revisionismus noch auf eine weitere Stelle im Grundsatzprogramm aufmerksam. So schreibt die AfD im Kapitel „Außen- und Sicherheitspolitik“ von „alliierten Truppen“ in Bezug auf in Deutschland stationierte ausländische Streitkräfte. Das BfV hält dazu fest, dass es in diesem Zusammenhang unzutreffend sei, diese als „Alliierte“ zu bezeichnen, da die Bundesrepublik „auf Basis des Zwei-plus-Vier-Vertrags mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 auch die volle Souveränität wiedererlangt hat“. Der Begriff suggeriere hingegen „ein Fortbestehen eines wie auch immer gearteten Besatzungszustands, der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs anhalte“. Der Inlandsgeheimdienst kommt zu dem Schluss, dass die Forderung „zumindest den Schluss nahe [legt], dass die AfD Zweifel an der Souveränität der Bundesrepublik hegt und insoweit rechtsextremistischen Motiven nahestehen könnte“. Es lasse sich aber aufgrund der „unklaren Zielrichtung“ der Forderung hierbei „kein Beleg für eine revisionistische Einstellung der Partei ableiten“.

Ähnlich wie im Grundsatzprogramm wird hier ein Geschichtsbild skizziert, das den Nationalsozialismus („zwölf Unglücksjahre“) zum Betriebsunfall in Jahrhunderten glorreicher deutscher Vergangenheit macht. Im Kapitel zur Bildungspolitik fordert die Partei zudem, „eine gefestigte Nationalidentität“ bei Schüler*innen herauszubilden, müsse ein Ziel weiterführender Schulen sein: „Die deutsche Geschichte und die Geschichte Sachsen-Anhalts bieten genügend Anknüpfungspunkte, auf die wir uns mit Stolz berufen können.“ In den Schulen soll sich demnach nicht kritisch mit Geschichte auseinandergesetzt, sondern sollten die „Anknüpfungspunkte“ herausgegriffen werden, die für eine „Nationalidentität“ und einen „grundsätzlich positiven Bezug zum eigenen Land“ im Sinne der AfD nutzbar zu machen sind.

Auch mit ihrem bayerischen Wahlprogramm suggeriert die AfD, der Geschichtsunterricht in den Schulen sei nicht ausgewogen und fordert, „alle Epochen“ angemessen zu vermitteln, das ermögliche die „Identifikation mit den positiven Ausprägungen der eigenen Kultur“.

Explizit zum Nationalsozialismus heißt es unter anderem:

„Die angemessene Würdigung des Schicksals der Opfer, unter ihnen Millionen deutscher ziviler Opfer, ist uns ein Anliegen. Besonders sollte auf das Schicksal der Heimatvertriebenen und Aussiedler eingegangen werden.“

Es bleibt offen, wer „die Opfer“ sind, die angemessen gewürdigt sein sollen, unter denen aber offenbar vor allem „deutsche zivile Opfer“, Heimatvertriebene und Aussiedler hervorzuheben sind. Ob mit „deutschen zivilen Opfern“ auch etwa die ermordeten Jüdinnen und Juden oder Sinti und Roma gemeint sind?

Die AfD bezieht sich in ihren Programmen also keineswegs offen positiv auf den Nationalsozialismus oder leugnet die NS-Verbrechen. Zugleich klingen deutlich geschichtsrevisionistische Topoi an, wie die Vorstellung, dass die Beschäftigung mit Nationalsozialismus und Shoah

derzeit zu viel Raum einnehme, „deutsche Opfer“ (wer auch immer darunter jeweils verstanden wird) ausblende und eine Identitätsbildung der Deutschen, wie sie der Partei vorschwebt, behindere. Dem wird ein instrumenteller Umgang mit Geschichte in Schule und Gedenken entgegengestellt, der einen positiven Bezug auf die deutsche Nation ermöglichen, eine bruchlose deutsche Identität schaffen soll.

Obwohl die Passagen zur Erinnerungs- und geschichtlichen Bildung mitunter nur wenige Sätze ausmachen, wird bereits damit deutlich, welche Bedeutung sie im ideologischen Gefüge haben: Es geht um nichts Geringeres als um die Identität der Deutschen.

„180-Grad-Wende“ und „Vogelschiss“: Die Führungsfiguren

Deutlicher erkennbar als in den Parteiprogrammen finden sich in den öffentlichen Äußerungen von Führungsfiguren der AfD immer wieder geschichtsrevisionistische Positionen. Häufig folgt die Debatte darüber einem bestimmten Muster: Ein AfD-Vertreter relativiert den Nationalsozialismus. Erste Berichte erscheinen, Kommentator*innen und Verbände kritisieren die Aussage. Aus der AfD folgen Relativierungen der Relativierung. Ein anderer Funktionär sagt etwa: „Das wäre nicht meine Wortwahl, aber ...“ oder behauptet, die Äußerung sei falsch verstanden, böswillig ausgelegt worden oder die Kritik ein Beleg einer angeblichen „Diktatur der Political Correctness“. Folgen haben die Aussagen selten – sowohl innerparteilich² als auch im medialen Umgang mit ihren Vertreter*innen. Zugleich gilt: Das Signal für die Anhänger*innen ist gesetzt und das oft nicht mit der Hunde-, sondern mit der Trillerpfeife, was zur weiteren Normalisierung solcher Positionen beiträgt.

Exemplarisch steht hierfür sicherlich der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke. Auch nach Ansicht des Bundesamtes für Verfassungsschutz sticht er „im Hinblick auf ideologische Tiefe und argumentative Stringenz im Zusammenhang mit revisionistischen Positionen“ innerhalb der AfD-Spitze deutlich heraus – was trotz der Formulierung nicht als Kompliment zu verstehen ist. Beispielhaft lässt sich zeigen, dass seine Äußerungen dabei durchaus mit den Partei-

programmen korrespondieren, sich als Auslegung jener Grundüberzeugungen, als Übersetzung in eine populäre Sprache, als Zuspitzungen verstehen lassen.

Prominentestes Beispiel ist sicherlich Höckes sogenannte Dresdner Rede, die er im Ball- und Brauhaus Watzke im Januar 2017 hielt.³ Sie greift mehrere Argumentationsmuster auf, die sich auch in den Parteiprogrammen finden, formuliert diese deutlicher aus und geht noch über sie hinaus.

Zentral ist auch für Höcke die bereits erwähnte Verbindung von Geschichte, Erinnerungspolitik und Identität. Das zeigt sich bereits in einer Passage der Rede, in der Höcke zunächst über die Bombardierung Dresdens spricht. Die Luftangriffe sind auch in der extrem rechten Szene ein bedeutender Topos, der immer wieder zur Relativierung der NS-Verbrechen eingesetzt wird. Das dürfte Höcke wissen, der selbst 2010 bei einem Neonazi-Aufmarsch zum Thema in der sächsischen Hauptstadt mitmarschierte. In seiner Rede sieben Jahre später sagt Höcke:

„Mit der Bombardierung Dresdens und der anderen deutschen Städte wollte man nichts anderes als uns unsere kollektive Identität rauben. Man wollte uns mit Stumpf und Stiel vernichten, man wollte unsere Wurzeln roden. Und zusammen mit der dann nach 1945 begonnenen systematischen Umerziehung hat man das auch fast geschafft. Deutsche Opfer gab es nicht mehr, sondern es gab nur noch deutsche Täter. Bis heute sind wir nicht in der Lage, unsere eigenen Opfer zu betrauern.“

Hier knüpft Höcke gleich an mehrere Elemente revisionistischen Denkens an: Er setzt das Thema der nationalen Identität, wie es auch in den AfD-Programmen vorkommt, und verknüpft es mit einer Täter-Opfer-Umkehr, die sich derart explizit dort nicht findet: So sind es in Höckes Rede „die Deutschen“, die völlig vernichtet werden sollten, nicht etwa die Opfer der national-

sozialistischen Verbrechen und des deutschen Vernichtungskriegs. Seine Verwendung von „deutschen Opfern“ kurz danach legt nahe, dass er etwa jüdische Deutsche nicht dazu zählt. Der freigestellte Geschichtslehrer greift zudem die Rede einer alliierten Umerziehung auf, in der er offenbar eine Fortsetzung des Identitätsraubs zu Kriegszeiten mit anderen Mitteln sieht.

Wie die AfD in einigen ihrer Landeswahlprogramme, wendet Höcke seine Ideen bildungspolitisch und behauptet, die deutsche Geschichte werde in den Schulen „mies und lächerlich gemacht“. Von dort kommt er erneut und noch eindringlicher auf die Identität der Deutschen zu sprechen und begründet zuletzt damit die Notwendigkeit einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“:

„Eine Vision wird aber nur dann entstehen, wenn wir uns wieder selber finden, wenn wir uns wieder selbst entdecken. Wir müssen wieder wir selbst werden. Selber haben werden wir uns nur, wenn wir wieder eine positive Beziehung zu unserer Geschichte aufbauen. [...] Und diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute noch viel mehr als zu Franz Josef Strauß' Zeiten. Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad!“

Ähnlich wie seine Äußerung zum „Denkmal der Schande“ in dieser Rede lässt die Forderung nach einer 180-Grad-Wende in der Erinnerungspolitik mehrere Deutungen zu. So könnte Höcke argumentieren, damit

² Ausnahme: Die frühere schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Doris von Sayn-Wittgenstein wurde letztlich aus der Partei ausgeschlossen. Sie war zunächst von ihrem Landesverband wiedergewählt worden, obwohl sie einen rechtsextremen, geschichtsrevisionistischen Verein unterstützt hatte.

³ Auch im Rahmen eines Machtkampfs strengten parteiinterne Gegner Höckes ein – letztlich erfolgloses – Parteiausschlussverfahren gegen ihn an und argumentierten dabei auch mit dieser Rede. Der Parteitag der AfD Ende 2019 zeigte aus Sicht vieler Beobachter, dass Höckes „Flügel“ großen Rückhalt genießt – und damit auch seine Positionen. Insofern ist es gerechtfertigt, die Parteiprogramme auch durch seine Äußerungen auszudeuten.

nur – wie auch in den AfD-Programmen gefordert – dafür einzutreten, die vermeintliche Fixierung auf die NS-Zeit im Umgang mit der deutschen Geschichte zu beenden. Seine Rede legt aber nahe, dass es ihm auch darum geht, die NS-Zeit neu zu deuten, also einer Revision zu unterziehen – nicht im Sinne historischer Forschung, sondern im Dienste einer Wiedererweckung einer deutschen Identität, des seit 1945 gelähmten, „total besiegten“ deutschen Volkes. Das darf durchaus als Drohung gelesen werden, gerade im Kontext einer Rede, in der Höcke seine Partei als „letzte friedliche Chance für unser Vaterland“ bezeichnet – und aus dem Munde eines Mannes, der von der Notwendigkeit einer „Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘“ schreibt.

Auch der derzeitige AfD-Fraktions- und Ehrenvorsitzende Alexander Gauland, der in der Partei stärker als Höcke über die verschiedenen Strömungen hinweg Rückhalt genießt, ist mit revisionistischen Äußerungen aufgefallen. Einschlägig bekannt ist sein Diktum, „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“. Vor dem Hintergrund der AfD-Programme überrascht diese Haltung nicht, sondern drückt genau das aus, was dort beschrieben ist. Die Wortwahl macht die Intention dahinter aber deutlicher erkennbar und dürfte das große mediale Echo hervorgerufen haben. Noch expliziter formulierte Gauland sein Geschichtsverständnis bei einer Rede auf dem sogenannten Kyffhäusertreffen des „Flügels“ 2017:

„Ja, wir haben uns mit den Verbrechen der zwölf Jahre auseinander-gesetzt und, liebe Freunde, wenn ich mich in Europa umgucke, kein anderes Volk hat so deutlich mit einer falschen Vergangenheit aufgeräumt wie das deutsche. Man muss uns diese zwölf Jahre jetzt nicht mehr vorhalten! Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr und das sprechen wir auch aus. Und deshalb, liebe Freunde, haben wir auch das Recht, uns nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit

zurückzuholen. Wenn die Franzosen zu Recht auf ihren Kaiser stolz sind und die Briten auf Nelson und Churchill, haben wir das Recht, stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen.“

Seine Formulierung ist insofern aufschlussreich widersprüchlich, da Gauland sowohl behauptet, „diese zwölf Jahre“ würden „unsere Identität“ nicht mehr betreffen und zugleich das Recht postuliert, auf die Leistungen deutscher Soldaten auch während dieser Zeit stolz sein zu dürfen und sich so „unsere Vergangenheit zurückzuholen“, die also so bedeutungslos doch nicht sein kann. Es kann ihm also nicht nur darum gehen, die NS-Verbrechen insofern zu relativieren, dass er sie zu einer angeblich tausendjährigen deutschen Geschichte in Beziehung setzt, sondern zugleich darum, sich auch auf Teile der „Vogelschiss“-Epoche positiv beziehen zu können.

Vom „Schuldskult“ zum „Gutmensch“

Sowohl die Analyse der programmatischen Schriften als auch die exemplarischen Auszüge aus den bekannten öffentlichen Reden von Höcke und Gauland machen deutlich, dass das Thema Erinnerungskultur für die AfD keine Nebensache ist, wie ein Blick in das Grundsatzprogramm zunächst suggerieren könnte. Umfragen legen zudem nahe, dass unter den Anhänger*innen der Partei die Zustimmungswerte etwa zur Forderung nach einem „Schlussstrich“ auch im Vergleich mit der Bevölkerung insgesamt sehr hoch sind⁴ – und die unzähligen noch deutlicheren Aussagen von AfD-Funktionär*innen sind hier allein aus Platzgründen nicht betrachtet worden.

⁴ Einem ntv-Bericht zufolge haben bei einer Forsa-Studie 80 Prozent der Befragten AfD-Anhänger*innen angegeben, es werde Zeit, einen Schlussstrich unter die Zeit des Nationalsozialismus zu ziehen – allerdings äußerten sich demnach auch 42 Prozent der anderen Befragten so. Zudem werteten nur 33 Prozent der AfD-Anhänger*innen das Ende des Zweiten Weltkriegs als Befreiung, bei den Wahlberechtigten ohne AfD-Präferenz sind es 65 Prozent. Dem Bericht zufolge gaben 15 Prozent der befragten AfD-Anhänger*innen zudem an, sie glaubten, die NS-Verbrechen seien Propaganda der Siegermächte.

Für Jens-Christian Wagner ist klar, dass derartige Positionierungen eine tragende Rolle für die Partei spielen: Das eigentliche Kernthema sei zwar Migration, aber wer für Abschottung und Grenzsicherungen argumentiere, müsse den Grundkonsens angreifen, der sich seit den 1970er Jahren auch anhand der Negativfolie Nationalsozialismus gebildet habe, sagt er. „Die AfD sieht das ‚Gutmenschentum‘ als Folge des ‚Schuldskults‘, deswegen will sie die Axt an die Erinnerungskultur legen.“ Dem gelte es entgegenzuwirken.

Wagner warnt, dass ein großer Teil der Bevölkerung durchaus aufgeschlossen für eine bestimmte Form des Geschichtsrevisionismus sei. „Friede, Trauer, Eierkuchen“, da mache jeder mit, aber wenn man etwa die Frage aufwerfe, warum das nationalsozialistische Konzept der „Volksgemeinschaft“ für viele Menschen so attraktiv war, treffe man auf Abwehr. Zugleich beobachtet der Historiker auch unter denjenigen, die die AfD und ihre Positionen ablehnen, eine Repolitisierung: „Eine Reaktion, die Hoffnung macht.“

„JUDEN IN DER AfD“

Im Oktober 2018 haben sich 24 AfD-Mitglieder in Wiesbaden zur Gruppe „Juden in der AfD“ zusammengeschlossen. In der Grundsatzerklärung heißt es, die größte Bedrohung „für das Europa des 21. Jahrhunderts“ seien der „Anstieg der muslimischen Bevölkerung“ und ein „Erstarken des politischen Islams“. Zudem wird vor muslimischem Antisemitismus und linkem Antizionismus gewarnt sowie festgehalten: „Wir sehen in dem Wunsch der AfD danach, dass Deutschland wieder eine selbstbewusste Nation werden möge, durchaus keinen Widerspruch zu jüdischen Interessen.“ Die Partei sei dabei, sich von den „Restbeständen des rechten Antisemitismus“ zu trennen.

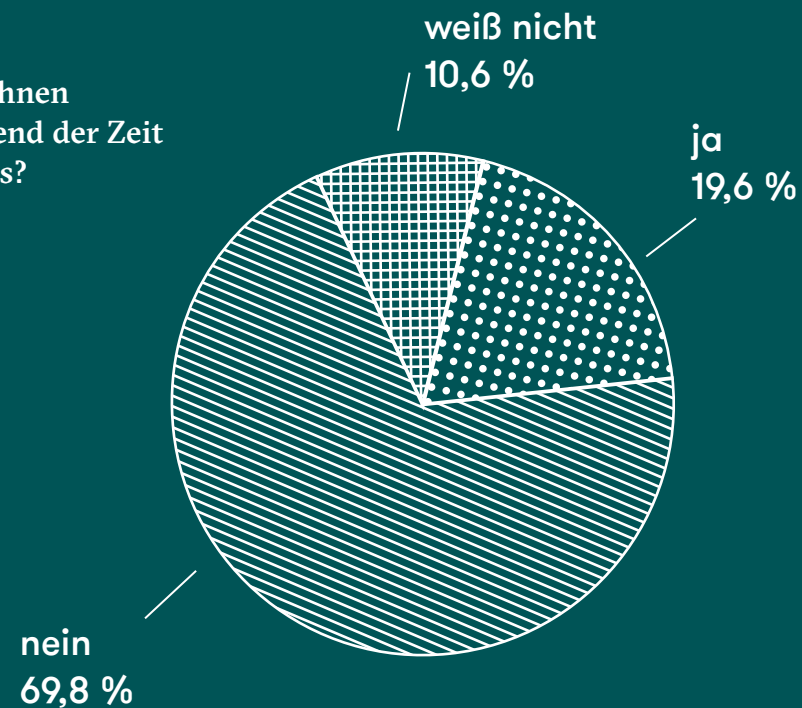
Zahlreiche jüdische Organisationen, darunter der Zentralrat der Juden in Deutschland, distanzieren sich mit einer „Gemeinsamen Erklärung gegen die AfD“ von der Gruppierung. Die Partei versuche „mit ihrer vermeintlichen Verbundenheit mit dem Staat Israel und ihrer angeblichen Sorge um die Sicherheit der Jüdischen Gemeinschaft in Deutschland zu punkten“, heißt es darin. „Die AfD ist eine Partei, in der Judenhass und die Relativierung bis zur Leugnung der Shoah ein Zuhause haben.“ Und: „Die AfD vertritt keinesfalls die Interessen der jüdischen Gemeinschaft.“

Über den Autor

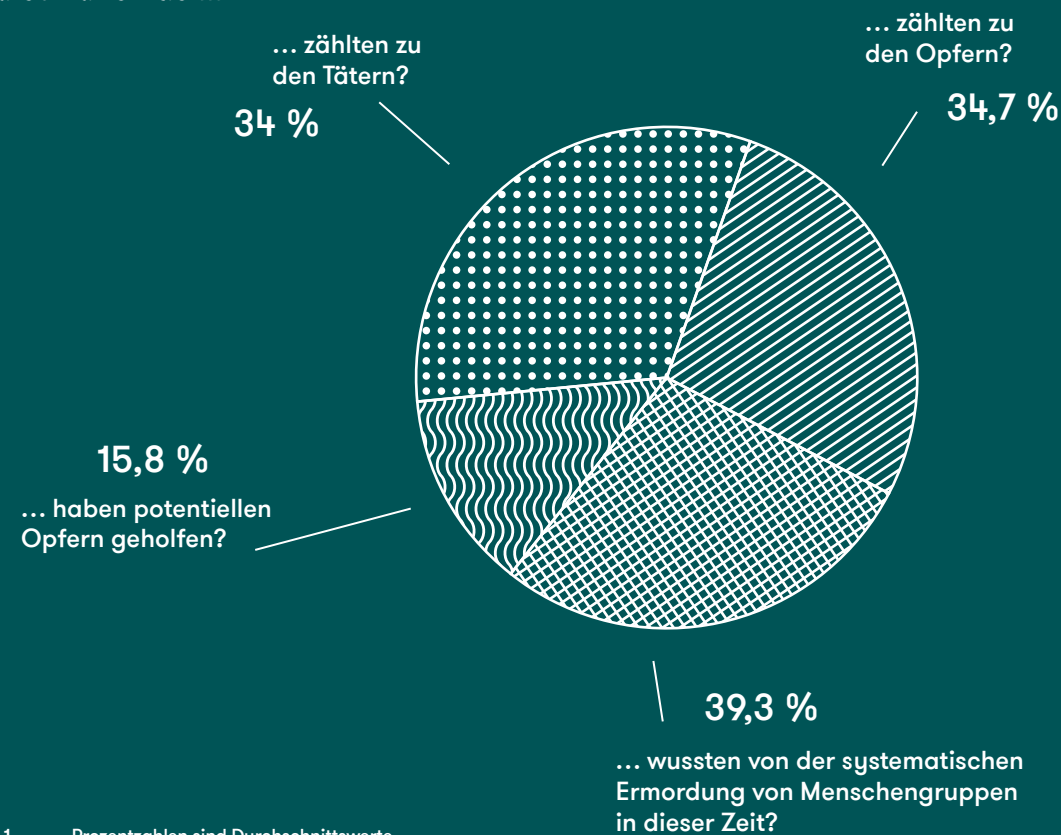
Martin Steinhagen arbeitet als freier Journalist in Frankfurt am Main. Sein Fokus liegt insbesondere auf der extremen Rechten.

Alles Opfer, keine Täter? Was die Deutschen glauben, wie sich ihre Vorfahren im Nationalsozialismus verhalten haben

Waren Vorfahren von Ihnen
unter den Tätern während der Zeit
des Nationalsozialismus?



Was schätzen Sie: Wie viel Prozent der
deutschen Bevölkerung während der Zeit
des Nationalsozialismus ...¹



1

Prozentzahlen sind Durchschnittswerte
der Angaben aller Befragten.

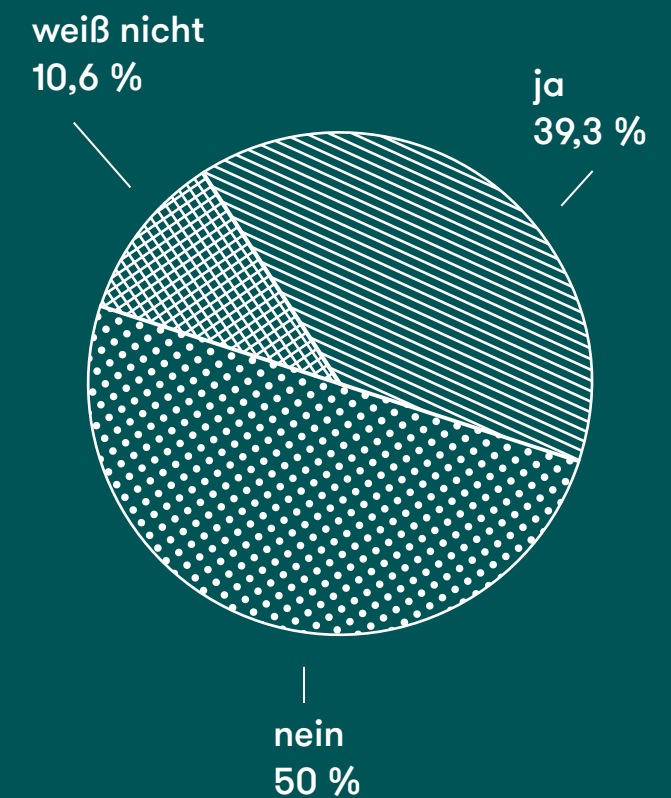
Welche der folgenden Kategorien
beschreiben die Opferschaft Ihrer
Vorfahren?



Welche der folgenden Kategorien
beschreiben die Täterschaft
Ihrer Verwandten oder Vorfahren?



Würden Sie sagen, dass Vorfahren
von Ihnen „Mitläufer“ in der Zeit des
Nationalsozialismus waren?



Quelle IKG der Universität Bielefeld/Stiftung EVZ: Multidimensionaler
Erinnerungsmonitor (MEMO) Studie II/2019

Goldschleier und „Schuld kult“

Zur Rolle der Desiderius-Erasmus-Stiftung im neurechten Geschichtsdiskurs

von Oliver Fassing und Leo Fischer

Seit 2017 gibt es die Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES), eine parteinahe politische Stiftung, die der „Alternative für Deutschland“ (AfD) nahesteht. Spätestens mit Beginn der nächsten Legislatur 2021 und dem absehbaren erneuten Einzug der AfD in den deutschen Bundestag wird die Stiftung zum ersten Mal Geld aus Bundesmitteln erhalten: mehr als 70 Millionen Euro.¹

Der Gründung der Stiftung gingen auch im AfD-Umkreis heftige Diskussionen voraus: Politische Stiftungen seien ein Instrument der „Altparteien“, so die Kritik, von denen sich die AfD als Bewegungspartei bewusst abzugrenzen habe. Befürworter*innen konterten dies mit der Forderung nach „Waffengleichheit“² (Erika Steinbach: „Man darf dem David nicht die Steinschleuder wegnehmen, um den Goliath zu erlegen“³), die gegenüber den anderen Parteien herzustellen sei. Mittlerweile ist die Stiftung in der AfD unumstritten, die von ihr gebotenen Vorteile dürften schlicht zu verführerisch sein: Neben direkten staatlichen Zuwendungen hat die Partei nun die Möglichkeit, über die Stiftung Geld auch aus anderen Quellen anzunehmen und über Honorarzahlgungen weiterzugeben – die Buchhaltungs-

pflichten für politische Stiftungen sind großzügig. Die Stiftung ist aber auch in programmatischer, ideologischer und publizistischer Hinsicht von unschätzbarem Wert für die Partei: als Forum einer Metapolitik, die Diskursverschiebungen gerade in einem kulturellen und bildungsbürgerlichen Milieu gestattet, das sich sonst von schrillen politischen Auftritten wenig beeindrucken lässt.

Politische Stiftungen in der Bundesrepublik

Die Rolle politischer Stiftungen im politischen System der Bundesrepublik ist sehr hervorgehoben und wahrscheinlich einzigartig unter den westlichen Demokratien. Jährlich wird über eine halbe Milliarde Euro an die Stiftungen gezahlt⁴ – fast ohne öffentliche Kontrolle und Transparenzpflichten. Bewilligt werden die Mittel als sogenannte Globalzuschüsse durch den Bundestag, dessen Mitglieder meist auch den Stiftungen vorstehen (Beispiel: Die Parlamentarierin Angela Merkel sitzt als MdB zugleich im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung).

Ein Stiftungsgesetz, welches etwa die Höhe der Zuwendungen regelte und von NGOs wie Transparency International seit Jahren gefordert wird, ist weiterhin abwesend. Im Unterschied zur Parteienfinanzierung, welche über die Skandale vergangener Jahrzehnte viel stärker reguliert wurde – staatliche Mittel wie auch jährliche Zuwächse sind strikt gedeckelt – gibt es bei den Stiftungen nichts Vergleichbares. Der Verdacht, dass Parteien fragwürdige Finanzierungsmodelle nunmehr über den Umweg der Stiftungen abwickeln, findet seinen Nährboden in zahlreichen dokumentierten Unregelmäßigkeiten.⁵ Die politischen Aktivitäten der Stiftungen im Ausland, die oft weit über ihr Gründungsmandat hinausreichen, wirken ebenfalls befremdlich: Erinnert sei nur an das Verständnis, welches Vertreter*innen der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für den Putsch in Honduras 2009 aufbrachten.

Auch demokratietheoretisch lässt sich die Arbeit der Stiftungen kritisieren, besonders in ihren Stipendienprogrammen: Parteiübergreifend pflegen sie eine elitäre Sprache, eine Rhetorik der Exklusivität und Erwähltheit. Kader- und Korpsgeist ist auch dezidiert linken Stiftungen nicht fremd. Trotz ambitionierter Förderung marginalisierter und einkommensschwacher Schichten verstärken Stiftungen soziale Ungleichheit eher, denn sie zu überwinden⁶ – so dienen den Parteien die Stiftungen parteiübergreifend oft nur der Reproduktion ihrer Funktionärs- und Führungsreserve.

Alle Stiftungen sehen sich aber in der Pflicht, ihr kulturelles Programm mit historischen Vorträgen, Seminaren und Konferenzen zu begleiten, die die NS-Vergangenheit thematisieren und sich ihrer wie auch immer gearteten Aufarbeitung verpflichten. Mit der AfD tritt in dieses Spektrum nun erstmals eine Partei, in der namhafte Akteur*innen geschichtsrevisionistische Thesen befördern, „erinnerungspolitische Wenden um 180 Grad“ fordern oder die NS-Zeit als „Vogelschiss“ bagatellisieren. Aus Gedenkstätten gibt es Berichte über AfD-Reisegruppen, die mit offen revisionistischen Thesen provozieren wollen. Nicht zufällig: Das Ende des „deutschen Schuld k ults“ ist zentrales Motiv der AfD-Geschichtspolitik. Nur eine selbstbewusste, von den

- 1 Bereits 2018 hatte die Stiftung 480.000 Euro und für 2019 900.000 Euro beim Bund beantragt, zunächst erfolglos. Eine Verfassungsbeschwerde war nicht von Erfolg gekrönt, da laut Richterspruch der Rechtsweg nicht ausgeschöpft sei.
- 2 <https://afdKompakt.de/2018/07/01/bundesparteitag-stimmt-fuer-erkennung-der-desiderius-erasmus-stiftung-als-parteiahe-stiftung-der-afd/>
- 3 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/warum-die-afd-die-erasmus-stiftung-gegrundet-hat-15668559.html>
- 4 „2017 bekam die Ebert-Stiftung insgesamt rund 171 Millionen Euro, gefolgt von der Adenauer-Stiftung (167 Millionen), der Luxemburg-Stiftung und der Böll-Stiftung (jeweils 64 Millionen) sowie der Seidel- und der Naumann-Stiftung (jeweils 58 Millionen). Seit 2012 hat sich der Gesamtbetrag um 30 Prozent erhöht, eine Obergrenze existiert nicht.“ <https://taz.de/15518970/>
- 5 So etwa bei der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, die Verluste beim Tagungs- und Hotelbetrieb mit Steuermitteln beglichen haben soll. Das Bundesverwaltungsamt konnte einen Missbrauch der Seidel-Stiftung für Tagungsstätten nachweisen („CSU-nahe Stiftung muss 1,8 Millionen Euro zahlen“ www.sueddeutsche.de/bayern/umgang-mit-steuergeldern-csu-nahe-stiftung-muss-1-8-millionen-euro-zahlen-1.2159283).
- 6 <https://taz.de/Stiftungen-foerdern-soziale-Ungleichheit/15637088/15637088/>

Fesseln einer selbstquälerischen „Zivilreligion“ befreite deutsche Nation, so der Tenor, könne der Zukunft entschlossen entgegentreten.

Die Rolle der Desiderius-Erasmus-Stiftung

Die zur Drucklegung noch andauernde Gründungs- und Konsolidierungsphase der Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) ist öffentlich vor allem durch Streit, Chaos und schrille Einzelakteur*innen gekennzeichnet. Die Auseinandersetzung darüber, ob die AfD überhaupt einer Stiftung bedürfe, wurde bald abgelöst von der Diskussion über ihren möglichen Namenspatron: Zeitweise war mit der Stresemann-Stiftung ein haus-eigener Konkurrent erwachsen. Die stärkere historische Belastung des Namens wie auch der Einspruch der Nachkommen Stresemanns haben diese Alternative inzwischen obsolet gemacht.

Bizarre öffentliche Stellungnahmen, geschichts-revisionistische Tweets und kämpferische Ansagen⁷ von prominenten Kuratoriumsmitgliedern wie der ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach und dem Investmentberater Max Otte haben in der Öffentlichkeit für scharfe Gegenreaktionen gesorgt.⁸ Der spektakuläre Austritt des rechten Publizisten David Berger aus dem Kuratorium zeigt, dass diese öffentliche Selbstfindungsphase noch nicht abgeschlossen ist.⁹

Interessanterweise hat diese Selbstzerfleischung in der Öffentlichkeit eher zu einer Geringschätzung der von der DES ausgehenden Gefahr geführt: Steinbach und Konsorten seien ja nicht ernst zu nehmen, ihre Forderungen nicht mehrheitsfähig. Diese paradoxe Verharmlosung durch Skandalisierung findet im offiziellen Stiftungsprogramm eine Antwort, das betont zivil und moderat auftritt. Im Gegensatz zum viel stärker polarisierend und kämpferisch agierenden rechts-radikalen Thinktank „Institut für Staatspolitik“ (IfS) setzt die DES ausweislich ihrer bereits erhältlichen Publikationen und ihrer Homepage auf bürgerliche Themen wie Religion, Kultur, „Abendland“ etc. Statt krassen Polemiken zur „Islamisierung“ bietet die DES liberal anmutende Seminare wie „Islam: Zum Konflikt zwischen Religionsfreiheit und einer Verteidigung unserer Grundwerte“.¹⁰

Wiederum in Abgrenzung zur von Schwulst und Mystizismus gekennzeichneten Rhetorik des IfS ist bei der DES eine Hinwendung zu aktueller akademischer Sprache wahrzunehmen: Sie entspricht überwiegend kurrenter soziologischer und kulturwissenschaftlicher Terminologie und scheut auch nicht den Kontakt zu linksalternativer und feministischer Theoriebildung.¹¹ Die DES will akademisch ernstgenommen werden; unterhalb des grandiosen Krawalls des Kuratoriums ist der Mittelbau der DES offenkundig bestrebt, Anschlussfähigkeit zum normalen Hochschulbetrieb herzustellen.

Dieses Programm ist aber ebenso offenkundig nur vorgeschoben: Die DES bot bereits Veranstaltungen

zum Thema, wie man als Aktivist*in einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz entgeht.¹² Mit der wachsenden Beobachtung einzelner Segmente der AfD durch die Sicherheitsbehörden werden Programme dieser Art zwangsläufig an Bedeutung gewinnen. Zu erwarten ist also eine exoterisch-esoterische Doppelstrategie: einerseits eine exoterische Normalisierung, ein Schwimmen mit dem akademischen Strom aktueller liberalbürgerlicher Diskurse, im Sinne des Narrativs: „Die AfD ist eine normale Partei mit einer normalen Stiftung.“

Gleichzeitig wird eine esoterische Radikalisierung stattfinden, in welcher exakt solche Normalisierungsstrategien diskutiert, eingeübt und ideologisch begründet werden können. Sie wird zugleich der weiteren Vernetzung disperser rechter Milieus dienen, Begegnungen zwischen Akteur*innen des IfS, der Identitären Bewegung, der Jungen Alternative, konservativer Strömungen wie der „Werteunion“ in der CDU, Burschenschaften, Kameradschaften, der „freien“ rechtsradikalen Szene etc. erlauben. Vorgeführt wurde dieses vermeintliche Kunststück, als im September 2019 mit Erik Lehnert der Vorsitzende des IfS als Schriftführer des DES-Vorstands berufen wurde. Im Raum steht nichts weniger als eine Kaderschmiede für zukünftige Aktivist*innen und Parteifunktionär*innen, die je nach Bedarf als konservative Akademiker*innen oder als radikale Einpeitscher*innen auftreten können – aber auch ein „Safe Space“ für das gesamte rechte Spektrum, in welchem die teils heftigen szeneeinternen Debatten vergleichsweise schmerzfrei auf der Ebene der Kultur ausgefochten werden können.

Nicht zuletzt muss auch die Rolle der DES als eine Überwinterungsstruktur betrachtet werden, wie sie für die Selbstorganisation der Neuen Rechten elementar ist. Während die AfD abgewählt werden oder in einem veränderten gesellschaftlichen Klima auch wieder in die Bedeutungslosigkeit verschwinden kann, ist das bei einer Stiftung keineswegs der Fall. Scheidet eine Partei aus dem Bundestag aus, steht nach allgemeiner

7 „Deutschland ist ein Fall für den Psychiater, und mit dieser Stiftung wollen wir die Therapeuten sein.“ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article183633908/AfD-nahe-Desiderius-Erasmus-Stiftung-Erika-Steinbach-angreift-Migrationspolitik.html>

8 Petition der Bildungsstätte Anne Frank gegen die Förderung der DES 2018 <https://www.openpetition.de/petition/online/keine-steuergelder-fuer-geschichtsrevisionismus>, auch wiedergegeben in diesem Heft [S. 22]

9 <https://philosophia-perennis.com/2019/06/29/david-berger-verlaesst-kuratorium-der-afd-nahen-desiderius-erasmus-stiftung/>

10 Andere Seminartitel lauten: „Frauenpolitisches Seminar: GLEICHBERECHTIGUNG versus GLEICHSTELLUNG“, „Migration: Zur politischen Herausforderung durch eine neue Völkerwanderung“, „Rechts – Mitte – Links: Über weltanschauliche Grundlagen und deren Konsequenzen“, „Nachhaltigkeit ist ein konservatives Prinzip“.

11 Vgl.: Alia Wielens: „Wo bleibt euer Aufschrei?‘ Rassistische Umdeutungen von #aufschrei und #metoo durch Identitäre Frauen.“ In: Femina Politica 01/2019 Alia Wielens

12 <https://taz.de/Angst-der-AfD-vor-dem-Verfassungsschutz/!5542441/>

Auffassung der ihr nahestehenden politischen Stiftung mindestens für die Dauer einer Wahlperiode der volle Anspruch auf Zuteilung von Globalzuschüssen zu. Auch die Bedeutung für die Indoktrination darf nicht unterschätzt werden: Ohne Zweifel werden Stipendien der DES (wie die anderer Stiftungen) auch von politisch eher fernstehenden, aber finanziell bedürftigen Studierenden nachgefragt werden, die mit einem umfangreichen Programm ideologisch und sozial an das Netzwerk gebunden werden können. Über das Bildungswerk können Stipendiat*innen in alle akademischen Berufe, in alle Branchen ausgestreut werden. Nicht zuletzt werden sie selbst als Pädagog*innen in Schulen wirken – und auch auf das an die junge Generation vermittelte Geschichtsbild Einfluss nehmen.

Zu erwartende Geschichtspolitik

Wie schon erwähnt steht im Zentrum der Geschichtspolitik der AfD und der Neuen Rechten insgesamt die Ablösung vom Nachkriegskonsens, die Zurückweisung der deutschen Schuld an Weltkrieg und Holocaust, zugunsten eines neuen Narrativs nationaler Selbstbehauptung. Dies geschieht auf verschiedenen Ebenen, in verschiedenen Subtilitätsgraden und in jeweils dem Zielpublikum angemessener Sprache.

Ohne Zweifel ist das Auftreten der parteieigenen Stiftung auf ein bildungsbürgerliches Publikum zugeschnitten. In Abgrenzung zum rabiatischen Auftreten einzelner Vertreter*innen der Stiftung werden Besucher*innen der DES-Homepage von einer betont kühlen, beruhigenden Ästhetik empfangen. Die Assoziationen, die erweckt werden sollen, sind denkbar unpolitisch, ähneln eher denen einer literarischen Gesellschaft denn einer radikalen Organisation. Genuin politische Botschaften reduzieren sich auf Appelle an humanistische Werte und abendländische Traditionen. Die DES spricht über Kultur, nicht über Politik. In ihren verfügbaren Schriften tritt sie selten polemisierend und niemals verletzend auf. Ihr Revisionismus ist subtil – krasse Shoah-Relativierungen, das hat die Neue Rechte gelernt, verschrecken bürgerliche Bündnispartner*innen. Vielmehr ermuntert sie, „weniger bekannte“ Seiten der Historie anzugehen, webt einen sanften Goldschleier über die Vergangenheit, die ja doch nicht nur schlecht gewesen sein könne. Holocaustrelativierungen geschehen wenn, dann indirekt, durch Dethematisierung oder Ironisierung – wie etwa bei einer Tagung zum Thema „100 Jahre Ende des Ersten Weltkrieges. Die Europäischen Friedensordnungen seit 1918 und das Selbstbestimmungsrecht der Völker“.¹³

Die ostentative Unbekümmertheit und der sanfte Nationalismus werden als Folie gebraucht, um gewissermaßen einen Geschichtsrevisionismus ex negativo zu erzeugen: Neben der frischfrommfrohlischen, nonchalanten Geschichtsbetrachtung der DES werden mahnende Historiker*innen, die zum Lernen aus der Geschichte auffordern, zwangsläufig als Hysteriker*innen, Nörgler*innen und Spielverderber*innen wirken, die dem frohlischen Party-Patriotismus im Weg stehen. En passant entsteht die Frage nach der Interessen-

lage derart unpatriotischer Historiker*innen, ein antisemitisches Dog-Whistling par excellence. Der Geschichtsrevisionismus ex negativo entsteht auch dort, wo der Rechtsruck als vermeintlicher Linksruck dargestellt wird. Es geht gar nicht so sehr darum, selbst revisionistische Positionen zu produzieren, sondern um ein Reframing des historischen Diskurses als solchem. Beispielhaft der Redner Karl-Heinz-Weißmann (stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender DES), der im Juni 2019 im Berliner Kronprinzenpalais den Kongress „Meinungsfreiheit – Anspruch des Grundgesetzes und politische Realität“ eröffnete. Zu Beginn der Veranstaltung stellte er sechs Zitate in den Raum, die er erst später historischen Personen zuordnete – zu Themen wie „Rasse“, Einwanderung und Geschichtspolitik.¹⁴ Diese Zusammenstellung sollte laut Weißmann deutlich machen, dass die

„gegenwärtig geltenden Denk- und Sprachregelungen nichts weniger als selbstverständlich sind. Dass die Biologie des Menschen von Bedeutung ist, dass die Kollektivschuld einen unerträglichen Vorwurf darstellt, dass unsere Soldaten Ehre hatten, dass die Beziehung zwischen Mann und Frau und die Familie eine entscheidende Bedeutung für die Existenz eines – ich wage es kaum auszusprechen – eines Volkes haben, und dass es da, wo es eine Mitte und eine Linke gibt, logischerweise auch eine Rechte geben muss; Das alles steht heute mehr oder weniger stark unter Tabu.“

Der Redner der DES erzeugt selbst keine kohärente revisionistische Argumentation, sondern versucht eine

13 Bei der Problemanalyse für die Zeit zwischen dem Ende des Ersten und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs gingen die damit befassten Referenten auf die Kriegs- und Vernichtungspläne der Nationalsozialisten nicht ein. Vielmehr konzentrierte sich der Wiener Historiker Lothar Höbelt darauf, dass mit dem System von Versailles „keine neue Weltordnung“ geschaffen werden konnte und zahlreiche Probleme ungelöst geblieben seien. So sei das Selbstbestimmungsrecht nur einigen Völkern zugestanden worden, nicht aber den Sudetendeutschen in der neu gegründeten Tschechoslowakei, auch nicht den Ungarn in Rumänien und den Ukrainern in Polen. Diese Probleme seien dann Ende der 30er-, Anfang der 40er-Jahre „gelöst“ worden, sagte Höbelt und ließ es ausdrücklich offen, ob man „gelöst“ in Anführungsstriche setzen sollte oder nicht.“

14 „Weder aus Frankreich, noch aus England, noch aus Deutschland dürfen wir Einwanderungsländer machen. Das ertragen diese Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft.“ (Applaus) (Helmut Schmidt; Anfang der 90er) – „Dass der durchschnittliche IQ der Schwarzen um eine Standardabweichung also 15 Punkte niedriger liegt als der der Weißen, kann als Faktum gelten“ (Artikel 1974 Zeit, Diether E. Zimmer). Dieser stellte sich die Frage „ob denn da ein Zusammenhang zwischen menschlichen Großgruppen, früher einmal ‚Rasse‘ genannt, deren biologischer Ausstattung und dem was daraus folge bestehe“, so Weißmann. – „Hitler hat genauso viele Deutsche wie Juden getötet. Ich kann nur sagen, dass wir bestrebt sind diese Zeit der Gräuelt, die man nicht ungeschehen machen kann, zu überwinden. Wir sollten sie aber nun der Vergangenheit überlassen.“ (1966, Adenauer) – „Es ist Propaganda über die Wehrmachtssoldaten zu sagen, ihr Militärdienst sei eine Art von Verbrechen gewesen, weil Verbrecher die oberste Kommandogewalt besessen haben.“ (Theodor Heuss) – „Entscheidend ist, dass sich jeder zutiefst der einzigartigen, sittlichen und völkischen Aufgabe und Bedeutung unserer Familien, unserer Mütter und Väter bewusst wird und damit in eine gemeinsame Kampffront für unsere Familien einsetzt.“ Franz Josef Wörmling; Rede im Bundestag der 1950er, Familienministerium – „Erhaltung muss den Umsturz ablösen. Um der bewahrenden Weltanschauung Bahn zu schaffen haben wir uns zu einer Partei der Rechten zusammengeschlossen.“ (Manifest der Rechten im Frühsommer 1945)

Richtigstellung: In seiner Suggestion gab es einmal einen homogenen, „normalen“ Diskurs über Nation, „Rassen“ und Holocaust, der in jüngster Zeit missbräuchlich verändert worden sei. Erneut stehen nicht-revisionistische Historiker*innen als manipulativ und geschichtsfälschend da, während die DES scheinbar die Geschichte für sich selbst sprechen lässt.

Grundsätzlich muss der Nationalismus der DES unter anderen Vorzeichen als denen des 20. Jahrhunderts gesehen werden. Neue Nationalist*innen glauben nicht mehr an eine historische Mission des Vaterlands, seine göttliche oder biologische Erwähltheit. Als Schüler*innen der Postmoderne brauchen sie auch nicht mehr an den Konstruktcharakter der Nation erinnert werden, sie leben ihn vielmehr bewusst: Die als Konstruktion erkannte Nation wird gerade als solche funktional. Die Menschen, so die Argumentation, bräuchten gerade in globalisierten Zeiten das nationale Narrativ für ein Gefühl der Sicherheit.

Es ist deshalb davon auszugehen, dass die DES in ihrer Veranstaltungspolitik sich einerseits weiter an klassisch bürgerlichen Themen („Abendland“), andererseits an postmoderner und kritischer Begriffsbildung orientieren wird – gerade im Hinblick auf die akademische Jugend. Für rechte Studierende ist es nicht attraktiv, in den von ihnen als links dominiert wahrgenommenen Fächern der Sozial- und Geisteswissenschaften direkt mit der kruden und eigenbrötlerischen Terminologie der Neuen Rechten aufzutreten – wohingegen ein rechtes Reclaimen kritischer Theorie subversiv und aufregend ist. Schon jetzt sind Versuche im akademischen Teil der Identitären Bewegung auszumachen, Begriffe der queeren, feministischen oder antirassistischen Identitätspolitik „ethnopluralistisch“ auszulegen. Die Adaption der Sprache der Entmarginalisierung wird rhetorische Strategie – als scheinbar legitimes Widerstandsgebaren¹⁵ einer angeblich verfolgten weißen Minderheit, deren Identität lediglich dieselben Rechte beanspruche wie die genuin Marginalisierten. Zu erwarten ist hier eine Bündelung weißer, männlicher / maskulinistischer und geschichtsrevisionistischer Opfernarrative auch im internationalen Kontext.

Aller Voraussicht nach wird dies auch die Strategie der „erinnerungspolitischen Wende“ sein, als deren maßgebliches Organ die DES schon jetzt angesehen werden kann. Der Holocaust wird nicht mehr direkt relativiert, der Faschismus als Teil der deutschen Geschichte akzeptiert – es muss lediglich ein „entkrampfter“ Bezug zu ihr gefunden werden. Ein entpolitisierte, kulturalisierende, letztlich enthistorisierte Geschichtszugang kommt dem Bedürfnis einer Öffentlichkeit entgegen, die sich entgegen jeder statistischen Evidenz als von Holocaustpädagogik überschwemmt empfindet.¹⁶

Geschichte wird deshalb von rechts als Sammlung von „Geschichten“ dargestellt werden, in welchem die russische Gefangenschaft des SS-Opas gleichberechtigt neben der einer Überlebenden des Warschauer Ghettos steht. Mit solcherart enthistorisierter Geschichte

entsteht eine reaktionäre „Multiperspektivität“, die universelle Maßstäbe ablehnt, historische Kausalität und Verantwortung leugnet und stattdessen einen emotional wie kognitiv stark distanzierenden, ästhetisierten und auf gegenwartsbezogenen Mehrwert hin instrumentalisierten Geschichtszugang erlaubt. Diese neue, tückische Form des Geschichtsrevisionismus ist deswegen so effektiv, weil sie auf kritische Strategien der Geschichtspädagogik zurückgreift und sie in ihrem Sinne umdeutet – in der Konsequenz werden ihre Kritiker*innen zwangsläufig als reaktionär, gestrig oder methodisch altmodisch dastehen.¹⁷

Gegenstrategien

Um die geschichtspädagogischen Strategien der DES zu bekämpfen, bedürfte es zunächst einer weitergehenden Dekonstruktion und Denormalisierung ihrer Methoden, einer Sichtbarmachung ihrer Strategien und einer Dechiffrierung ihrer bereits jetzt sehr elaborierten Rhetorik, die zahlreiche Anschlusspunkte für verschiedene Milieus und gesellschaftliche Bedürfnisse bietet. Die Aufmerksamkeit darf dabei gerade nicht auf der leerlaufenden Skandalisierung der oft absichtsvoll schrill auftretenden Figuren des Kuratoriums verweilen. Vielmehr müssen die Akteur*innen im Mittelfeld benannt werden, die die Normalisierungsstrategie im Wesentlichen tragen. Zuvörderst wäre dabei das Metanarrativ anzugreifen, welches die DES als eine Stiftung wie alle anderen Stiftungen darzustellen wünscht.

Ungleich wichtiger wäre aber ein Entzug der strukturellen und institutionellen Förderung, die die DES allein schon aufgrund ihrer Teilnahme am Parteiensystem erhalten wird. Ohne auch für andere Parteien schmerzhaft Korrekturen am ausnehmend lückenhaften Stiftungs- und Parteiengesetz wird das schlicht nicht zu leisten sein.¹⁸ Zugleich sind bürgerliche Akteur*innen aufgerufen, ihr eigenes Geschichtsbild darauf zu überprüfen, ob es den Zielen einer ent-

15 vgl. auch Steinbach: „David nicht die Steinschleuder wegnehmen“

16 „Vier von zehn Schülern wissen nicht, wofür Auschwitz steht“ <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/auschwitz-vier-von-zehn-schuelern-wissen-nicht-wofuer-es-steht-a-1170423.html>

17 Erik Lehnert (Schriftführer): zugleich Vorsitzender des IfS seit 2008, bis vor kurzem Geschäftsführer, zudem Mitarbeiter des MdB Harald Weyel (wiederum im Kuratorium der Stiftung). In einem Interview bezeichnete sich Lehnert einmal als Kämpfer „gegen eine moralinsaure Zivilgesellschaft, die jegliche Regung am rechten Rand unterdrückt“. https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article200898750/AfD-nahe-Stiftung-oeffnet-sich-fuer-Rechtsaussen.html

18 „Ein Stiftungsgesetz könnte die Einnahmenseite der politischen Stiftungen einheitlich regeln, ein Politikfinanzierungsbericht Transparenz auf der Ausgabe Seite schaffen. Doch dazu kommt es nicht, weil sowohl Regierung als auch Opposition kein Interesse daran haben. Alle profitieren vom System, so wie es jetzt ist. Anstatt dessen legten fünf Stiftungen eine gemeinsame Erklärung vor, in der sie vorschlugen, „bei einer Erhöhung des Gesamtansatzes der Globalzuschüsse die Zuwachsrate des Gesamthaushaltes grundsätzlich nicht zu überschreiten.““ https://www.deutschlandfunk.de/parteienfinanzierung-die-steuermillionen-fuer-politische.724.de.html?dram:article_id=315720

historisierten Historie bereits jetzt in Teilen entspricht. Dies wird nicht gelingen ohne Rekurs auf einen im bürgerlichen Milieu immer noch anschlussfähigen Topos der historischen Verantwortung. Zugleich müssen Bürgerliche klarstellen, dass staatliche Aufgaben sich nicht in einem ideologischen Vakuum vollziehen. Zu gerne wird hier das Grundgesetz als Sammlung von Freiheitsrechten dargestellt, in deren Rahmen geschichtsrevisionistische Thesen, als grundsätzlich von der Meinungsfreiheit gedeckt, zähneknirschend hingenommen werden müssten. Das Grundgesetz als historische Antwort auf die Verbrechen des Nationalsozialismus ernstzunehmen bedeutet hingegen die Pflicht, gerade jenen Positionen entgegenzutreten, die die vom Grundgesetz gewährten Rechte gegen diese selbst richten wollen.

Über die Autoren

Oliver Fassing ist Bildungsreferent bei der Bildungsstätte Anne Frank.

Leo Fischer ist Autor und Kolumnist (TITANIC, Taz, Neues Deutschland).

Petition der Bildungsstätte Anne Frank

Keine Steuergelder für Geschichtsrevisionismus: Programm der Desiderius-Erasmus-Stiftung muss von unabhängigen Expert*innen geprüft werden

Sehr geehrter Herr Bundesminister Seehofer,

mit großer Besorgnis verfolgen wir als Vertreter*innen namhafter bundesdeutscher Einrichtungen der historisch-politischen Bildung, Gedenkstätten und (internationaler) Überlebenden-Organisationen sowie als Wissenschaftler*innen im Feld NS-Geschichte und Erinnerungskultur die geschichtsrevisionistischen Haltungen und Positionen, die von Personen aus dem Umfeld der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung öffentlich geäußert werden, und möchten Ihr Ministerium zum Handeln auffordern.

Aus fachlicher Sicht ist es dringend geboten, das Programm der Desiderius-Erasmus-Stiftung im Bereich historisch-politische Bildung, Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und Erinnerungskultur einer kritischen Überprüfung durch unabhängige Expert*innen zu unterziehen. Wenn perspektivisch öffentliche Mittel für eine Stiftung ausgegeben werden, deren Vertreter*innen die Verbrechen der Nationalsozialisten verharmlosen und somit ein Geschichtsbild proklamieren, das weder den moralischen noch den wissenschaftlichen Standards genügt, konterkariert dies die langjährigen, erfolgreichen Bemühungen im Feld der Erinnerungspolitik und Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte. Für deren hohe Qualität erfährt die Bundesrepublik Deutschland im In- und Ausland enorme Anerkennung. Werden diese Bemühungen in Frage gestellt, könnte das der Demokratie in unserem Land langfristig massiven Schaden zufügen.

Ein aktueller Vorfall hat uns zu diesem Schreiben bewogen: Am Samstag, den 1. September 2018 verglich Max Otte, Vorsitzender des Kuratoriums der Desiderius-Erasmus-Stiftung, auf Twitter die „Vorfälle von Chemnitz“ mit dem Reichstagsbrand vom Februar 1933:

„Werden die medial völlig verzerrt dargestellten Vorfälle von #Chemnitz zum neuen #Reichstagsbrand zum Auftakt der offiziellen Verfolgung politisch Andersdenkender? #Meinungsterror #AfD #Freiheit #Demokratie“

Mit dieser rhetorischen Frage setzt Herr Otte Rechtsradikale und Neo-Nazis, die in den vergangenen Tagen in Chemnitz People of Colour, Migrant*innen und Journalist*innen gewaltsam angegriffen und bedroht haben, mit den Verfolgten des Nationalsozialismus gleich. Dabei handelt es sich um einen doppelten Fall von Täter-Opfer-Umkehr und um eine Relativierung der Verbrechen der Nationalsozialisten. Darüber hinaus bedient der Tweet das antisemitische Ressentiment von den angeblich gesteuerten, die Wahrheit verzerrenden Medien. Im Falle eines erneuten Einzugs der AfD in den Bundestag würden der Desiderius-Erasmus-Stiftung perspektivisch ab 2022 Mittel in Form der Globalzuschüsse aus dem Haushalt Ihres Ministeriums gewährt.

Wir wehren uns entschieden dagegen, dass aus Steuergeldern eine Stiftung finanziert wird, die ein Geschichtsbild proklamiert, das NS-Verbrechen verharmlost.

Wir fordern daher die Desiderius-Erasmus-Stiftung auf, ihr Programm im Bereich historisch-politische Bildung, Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und Erinnerungspolitik offenzulegen und von unabhängigen Expert*innen prüfen zu lassen.

Wir möchten Sie in Ihrer Funktion als Bundesminister des Innern mit Nachdruck darum bitten, diese Forderung durchzusetzen und als Kriterium für mögliche Zuschüsse aus Ihrem Haushalt heranzuziehen. Wir erleben derzeit einen erstarkenden Rechtspopulismus, mit dem ein neues Selbstbewusstsein rechtspopulistischer Akteur*innen einhergeht, sowie eine besorgniserregende Normalisierung geschichtsrevisionistischen Gedankenguts durch das Führungspersonal der AfD („Denkmal der Schande“, „Vogelschiss“). Vor diesem Hintergrund stehen Gedenkstätten und Einrichtungen der historisch-politischen Bildung zunehmend unter Druck. Holocaustrelativierung und die Verhöhnung der Opfer des NS finden inzwischen vermehrt auch an den Orten der Erinnerung und des Gedenkens statt – wie dies zuletzt der Besuch einer AfD-Gruppe aus dem Wahlkreis von Fraktionschefin Alice Weidel in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen auf erschütternde Weise illustriert: Im Rahmen des vom Bundespresseamt finanzierten Besuchs wurden von Teilnehmer*innen die Existenz von Gaskammern in Zweifel gezogen, die KZ-Verbrechen relativiert und verharmlost.

Begründung

Die politischen Stiftungen, die als Reaktion auf das Scheitern der Weimarer Republik im postnational-sozialistischen Deutschland etabliert wurden, leisten einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildung in Deutschland und sollen ein möglichst breites Publikum erreichen; dafür werden ihnen öffentliche Mittel in Form der Globalzuschüsse aus dem Haushalt des Bundesministeriums des Innern gewährt. Mit der staatlichen Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung wird das zweifelhafte Geschichtsbild, welches von ihrem Führungspersonal vertreten wird, nicht nur eine offizielle Anerkennung finden, sondern perspektivisch weite Teile der Bevölkerung in einem gesellschaftspolitischen Klima erreichen, in dem es ohnehin bereits möglich ist, die Existenz der Shoa offen anzuzweifeln und zu „fake news“ zu erklären. Bleibt eine kritische Prüfung dieser Stiftung aus, setzt die Politik ein falsches Signal für die Entwicklung unserer Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Meron Mendel
Direktor der Bildungsstätte Anne Frank (Initiator)

Erstunterzeichner*innen (alphabetisch sortiert)

- **Floriane Azoulay**, Direktorin des International Tracing Service
- **Dr. Reiner Becker**, Philipps-Universität Marburg
- **Prof. Dr. M. Brumlik**, Goethe Universität Frankfurt sowie Selma Stern Zentrum für jüdische Studien, Berlin/Brandenburg
- **Dr. Axel Dreccoll**, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen
- **Dr. Andreas Eberhardt**, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“
- **Prof. Dr. Sascha Feuchert**, Justus-Liebig-Universität Gießen
- **Dr. Detlef Garbe**, Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme
- **Christoph Heubner**, Exekutiv-Vizepräsident Internationales Auschwitz Komitee
- **Dr. habil. Klaus Holz**, Generalsekretär der Evangelischen Akademien Deutschland
- **Dr. Hans-Christian Jasch**, Direktor der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz
- **Sanem Kleff**, Vorstandsvorsitzende von Aktion Courage e.V.
- **Anetta Kahane**, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung
- **Prof. Dr. Doron Kiesel**, Wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland
- **Prof. Dr. Beate Küpper**, Hochschule Niederrhein
- **Dr. Thomas Lutz**, Stiftung Topographie des Terrors
- **Ruediger Mahlo**, Repräsentant der Claims Conference in Deutschland
- **Mario Machalet**, Vorsitzender des Hessischen Jugendrings
- **Prof. Dr. Paul Mecheril**, Center for Migration, Education and Cultural Studies, Universität Oldenburg
- **Prof. Dr. Astrid Messerschmidt**, Bergische Universität Wuppertal
- **Prof. Dr. Michael Naumann**, Rektor der Barenboim-Said Akademie
- **Sophia Oppermann**, Geschäftsführung, Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland
- **Prof. Dr. Benjamin Ortmeier**, ehem. Leiter der Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt/Main
- **Dr. Michael Parak**, Geschäftsführer, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
- **Dr. des. Katharina Rhein**, Leiterin der Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt/Main
- **Romani Rose**, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma
- **Dr. Miriam Rürup**, Direktorin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden
- **Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum**, Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin
- **Trude Simonsohn**, Holocaust-Überlebende und Ehrenbürgerin der Stadt Frankfurt am Main
- **Dr. Jörg Skriebeleit**, Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
- **Prof. Dr. Sybille Steinbacher**, Leiterin des Fritz-Bauer-Instituts und Inhaberin des Lehrstuhls zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust am Historischen Seminar der Goethe-Universität Frankfurt am Main
- **Prof. Dr. Prof. h.c. Egon Spiegel**, Universität Vechta
- **Prof. Dr. Martin Stöhr** (†), Ehrenpräsident des Internationalen Rats der Christen und Juden (ICCJ)
- **Jim G. Tobias**, Geschäftsführender Vorstand, Nürnberger Institut für NS-Forschung und jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts e. V.
- **Dr. Jens-Christian Wagner**, Geschäftsführer Stiftung niedersächsische Gedenkstätten
- **Dr. Mirjam Wenzel**, Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt
- **Jutta Weduwen**, Geschäftsführerin Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
- **Prof. Dr. Mirjam Zadoff**, Direktorin NS-Dokumentationszentrum München

Wer leitet die Desiderius-Erasmus-Stiftung?



→ Vorstand

Insgesamt elf Personen gehören zum Vorstand.

Eine Auswahl:

Erika Steinbach

ist Vorsitzende des
Vorstands der Stiftung

Die langjährige CDU-Politikerin und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen ist das Gesicht der Erasmus-Stiftung. Die 76-Jährige trat 2017 aus der CDU aus und warb bei der Bundestagswahl desselben Jahres für die AfD, ohne jedoch Mitglied zu werden – bis heute. Im März 2018 übernahm sie den Vorsitz der Stiftung, die wenig später von der AfD als parteinah anerkannt wurde. Steinbach stand bereits zu ihrer Zeit als CDU-Bundestagsabgeordnete weit rechts. Immer wieder wurde ihr vorgeworfen, die NS-Zeit zu relativieren. Steinbach ist auch auf Twitter sehr aktiv. Dort behauptete sie etwa unter Verweis auf den Namensbestandteil „sozialistische“ und „Arbeiterpartei“ der NSDAP, es habe sich um eine linke Partei gehandelt. Und als eine Berliner Waldorfschule es ablehnte, das Kind eines AfD-Politikers aufzunehmen, twiterte Steinbach: „Kinder von AfD-Mitgliedern sind die neuen ‚Judenkinder‘ und haben dort nichts verloren. Muss man doch verstehen ...“. Der CDU-Politiker Peter Tauber gab ihr wegen ihrer enthemmten Sprache eine Mitschuld an dem Tod des ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Sie hatte noch Anfang 2019 Beiträge mit einem Zitat Lübckes aus dem Jahr 2015 verbreitet, das ihn schon damals zur Hassfigur in der rechten Szene hatte werden lassen.

Konrad Adam

war Gründungsvor-
sitzender der Stiftung und
ist seit 2018 Ehrenvor-
sitzender auf Lebenszeit

Der frühere FAZ-Redakteur und Welt-Autor war einst CDU-Mitglied. 2013 wurde er einer der ersten Sprecher der AfD, später aber nicht mehr wiedergewählt. Er positionierte sich unter anderem gegen das Auftreten von Höcke und Gauland und spielt inzwischen kaum mehr eine wahrnehmbare Rolle in der Partei. Auf der Website der Erasmus-Stiftung wird er mit den Worten zitiert, dass es jetzt darauf ankäme, „über den Kreis der [AfD-Mitglieder und -Wähler hinauszugreifen und eine Brücke in die Gesellschaft zu bauen“. Dabei könne die Stiftung eine „wohltätige Rolle“ spielen.

Erik Lehnert

ist Schriftführer
und im Vorstand
der Stiftung

Der Publizist ist Leiter des „Instituts für Staatspolitik“ mit Sitz in Schnellroda, das vor allem mit dem bekannten Ideologen Götz Kubitschek in Verbindung gebracht wird und als neurechte Kaderschmiede gilt. Zu den „Akademien“ kommen regelmäßig Kader der „Identitären Bewegung“, von der sich die AfD offiziell abgrenzt. Lehnerts Wahl in den Vorstand kann als Signal gedeutet werden, dass sich auch die AfD-nahe Stiftung für den Kreis um Kubitschek öffnet. 2018 berichtete die taz, Lehnert arbeite für den AfD-Bundestagsabgeordneten Harald Weyel. Auch Weyel sitzt im Kuratorium der Erasmus-Stiftung.



→ Kuratorium

Insgesamt 32 Mitglieder des Kuratoriums listet
die Stiftung derzeit auf ihrer Homepage.

Eine Auswahl:

Max Otte

ist Vorsitzender
des Kuratoriums
der Stiftung

Der Ökonom und Fondsmanager wurde 2006 durch sein Buch „Der Crash kommt“ einem größeren Publikum bekannt, war dann immer wieder in Talkshows zu Gast und tritt weiterhin als Vortragsredner auf. Laut eigenen Angaben ist Otte seit 1991 CDU-Mitglied. Auf Twitter, wo er mehr als 20.000 Follower hat, kündigte er vor der Bundestagswahl 2017 aber an, AfD wählen zu wollen. Die deutsche Geschichte für seine politischen Anliegen zu nutzen, liegt ihm nicht fern: 2018 brachte er unter dem Namen „Neues Hambacher Fest“ etliche rechtspopulistische Redner am historischen Ort zusammen. Im Herbst 2018 twiterte er in Bezug auf die „medial völlig verzerrt dargestellten Vorfälle von #Chemnitz“, gemeint waren die Demonstrationen unter anderem von Neonazis, von einem möglichen „neuen Reichstagsbrand“, der ein „Auftakt der offiziellen Verfolgung politisch Andersdenkender“ sein könne. Nach dem Mord an Walter Lübcke im Juni 2019 schrieb er auf Twitter, der Mainstream habe nun eine neue NSU-Affäre und die Medien „hetzen schon jetzt gegen die ‚rechte Szene‘, was immer das ist“ – und bat kurz danach um Entschuldigung.

Roland Hartwig

ist stellvertretender
Vorsitzender
des Kuratoriums

Der 65-jährige Jurist ist seit 2017 Bundestagsabgeordneter für die AfD. Zuvor arbeitete er für die Bayer AG und ist heute freier Rechtsanwalt. Laut einem Bericht der Zeit galt er als parteiinterner Unterstützer der früheren AfD-Vorsitzenden Frauke Petry. Hartwig leitete 2018 die Arbeitsgruppe zum Umgang seiner Partei mit einer möglichen Verfassungsschutz-Beobachtung.

Karlheinz Weißmann

ist stellvertretender
Vorsitzender
des Kuratoriums

Der Autor ist einer der Hauptvertreter der sogenannten Neuen Rechten in Deutschland. Er gründete im Jahr 2000 gemeinsam mit Götz Kubitschek das „Institut für Staatspolitik“, ein Zusammenschluss, der für die Strömung in Deutschland prägend ist. Später überwarf er sich mit dem früheren Weggefährten. Nach eigenen Angaben ist er nicht Mitglied der AfD. Zum Thema Erinnerungspolitik sagte er in einem Interview, er glaube, dass „die Vergangenheitsbewältigung sich fatal auswirkt: auf die kollektive Verfassung genauso wie auf die Fähigkeit, den Staat zu lenken.“

Kosmopoliten mit Keule

Zum Zusammenhang von Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus in der Neuen Rechten

von Volker Weiß

Antisemitismus ist auch in der Neuen Rechten präsent. Meist artikuliert er sich in vergangenheitspolitischen Debatten, wie sich beispielhaft an dem Essay „Finis Germania“ nachweisen lässt. Die Schrift wurde 2017 durch den Antaios-Verlag vertrieben, einem zentralen Ideologielieferanten der neurechten Szene. Sie stammte aus dem Nachlass des kurz zuvor verstorbenen Historikers Rolf Peter Siederle und war eine Collage unveröffentlichter Gedanken zu den Themen Auschwitz, Deutschland sowie zur westlichen Zivilisation. „Finis Germania“ wirkte weit über das neurechte Milieu hinaus, der Verlag gibt die Auflage mit 35.000 Exemplaren an.¹

¹ Vgl. Benedikt Kaiser, Der Siederle-Skandal. Ein Verlaufsprotokoll, in: „Siederle lesen“, Sezession Sonderheft September 2017, S. 8–14, hier S. 14.

Rund um die Hauptthese vom Verlust der nationalen Identität in der Erinnerungskultur schuf das schmale Büchlein ein schwer zu entwirrendes Gewebe aus historischen Verweisstücken, Ressentiments und Kulturkritik. Neben der Behauptung, „Auschwitz“ sei „zum letzten Mythos einer durch und durch rationalisierten Welt geworden“, ist zudem die Rede vom „Menschheitsverbrechen“ der Kreuzigung Christi durch die Juden und der Angleichung der Deutschen an ihre jüdischen Opfer nach der Shoah.² Die Anerkennung des Verbrechens habe die Deutschen heute ebenso zu Parias gemacht, wie es zuvor die Juden in der christlichen Welt waren: „Da die Juden aber keinen Anteil an der christlichen Ehre haben konnten, nisteten sie sich in den Nischen dieser Gesellschaft ein, als Wucherer und Händler. Auch hier eine Affinität zu den Deutschen, die von Helden zu Händlern geworden sind, von aller Welt verachtet und auf ihren Vorteil bedacht.“³ Im Unterschied zu den Juden jedoch, die ihre Schuld am Gottesmord nie anerkannt hätten, seien die Deutschen heute beflissen, vor aller Welt die ihre einzugestehen. Damit erfüllten beide die gleiche Funktion, schreibt Siederle: „Die Welt braucht offenbar Juden oder Deutsche, um sich ihrer moralischen Qualitäten sicher zu sein.“⁴ Beide hätten sich nun auf ihre Weise mit der Situation arrangiert: „Die Menschen, welche in Deutschland leben, haben sich ebenso daran gewöhnt, mit dem Antigermanismus fertig zu werden, wie die Juden lernen mußten, mit dem Antisemitismus zurechtzukommen.“⁵

Der Text sollte eine letzte Bestandsaufnahme vor Deutschlands Untergang sein, angeregt durch „eine international von langer Hand geplante und im Herbst 2015 von der deutschen Kanzlerin putschartig ausgelöste akute Migrationskrise“, wie Siederles Nachlassverwalter R.T. Kolb schreibt. Siederle habe die „Überwältigung“ der Deutschen durch Migration und den Totalverlust ihres Kulturerbes gefürchtet, also das Verschwinden von allem, „was uns heute noch lieb und teuer ist.“⁶ Das Selbstbild des Autors sei das eines „herabstürzenden Ikarus“, der noch im Flug „die Augen offenhalte“.⁷ Als Vorbild für diese Einstellung Siederles identifizierte Kolb den „heroischen Realismus“, eine Haltung, die Werner Best 1930 in der von Ernst Jünger besorgten Textsammlung „Krieg und Krieger“ skizziert hatte. Best sollte anschließend eine steile Karriere bei der SS machen, die ihn bis ins Reichssicherheitshauptamt führte. Mit seiner Nennung fand sich Siederles kulturpessimistische Klage treffend in jenen Kanon des „Neuen Nationalismus“ eingemeindet, der heute der Neuen Rechten als historischer Referenzpunkt dient. Doch nicht allein mit diesem Hinweis offenbart sich Siederles Kulturkritik als weltanschaulich hochgradig aufgeladenes Pamphlet, ebenso spielt er auf die antisemitischen Autoren Paul de Lagarde und Wilhelm Marr an. Stoßrichtung des Textes ist eine Angleichung der Deutschen an die jüdischen Opfer. In der Bundesrepublik, so Siederle, habe sich die „direkte Fortschreibung der Entente-Propaganda des Ersten und Zweiten Weltkriegs“ in Form der Kollektivschuldthese etabliert, in der dann die vergangenheitspolitischen Debatten gründeten.⁸ Mit seinem Rückgriff auf Motive des christlichen Antijudaismus, den Anleihen bei den

Antisemiten des 19. bzw. frühen 20. Jahrhunderts und seinen Invektiven gegen die Aufarbeitung von Auschwitz vermischte der Autor beispielhaft die klassischen Kennzeichen des Antisemitismus vor und nach der Shoah.

„Finis Germania“ vereint mustergültig zentrale Elemente eines neurechten Geschichtsdiskurses in Deutschland, dessen besonderes Merkmal das Zusammenfließen von Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus ist. Eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte gilt in diesem Milieu als identitätsvergessen, für die Erinnerung an die Shoah hat sich die Formel vom „Schuldskult“ und der „Holocaust-Religion“ durchgesetzt. Seit Jahren wird, wenn auch mitunter elaborierter, jenes Geschichtsbild gepflegt, das der Fraktionsvorsitzende der AfD im Thüringer Landtag, Björn Höcke, im Januar 2017 in Dresden umrissen hat: Demnach sei bereits die Rede Richard von Weizsäckers zum 40. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 1985 eine „Rede gegen das eigene Volk“ gewesen. Der alliierte Luftkrieg und v.a. die „systematische Umerziehung“ nach 1945 habe das Ziel gehabt, den Deutschen „die kollektive Identität zu rauben“. Entsprechend gestalteten sich die nationale Haltung und Politik in der Gegenwart. Nach Höckes Diagnose ist „unsere Geistesverfassung, unser Gemütszustand immer noch der eines total besiegten Volkes.“⁹ Seine Rhetorik findet sich in den Publikationen des Antaios-Verlages, in dessen Umfeld er selbst wirkt, und auch in dem langjährigen Hauptmedium des Milieus, der Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Autoren wie Thorsten Hinz haben mit Titeln wie „Psychologie der Niederlage. Über die deutsche Mentalität“ oder „Literatur aus der Schuldkolonie“ und dem Begriff der „Vergangenheitsbewirtschaftung“ intellektuell das Feld für Höckes Bierhallenrede bereitet.

Während die Shoah selbst als historisches Ereignis in der neurechten Publizistik praktisch keinen Raum einnimmt, gilt der deutschen Vergangenheitsbewältigung eine gesteigerte Aufmerksamkeit. Hofiert werden Autoren wie Gerd Schultze-Rhonhof und Stefan Scheil, die mit revisionistischen Thesen zum Zweiten Weltkrieg hervorgetreten sind. Ein besonders umkämpftes Terrain im neurechten Milieu ist traditionell das Thema Holocaust-Leugnung, die als Ausweis wiedergewonnener Souveränität über die eigene Geschichte gilt. Schon der Spiritus Rector der neurechten Szene, Armin Mohler, trat im Namen der Meinungsfreiheit für das Recht auf Holocaustleugnung ein. Relativierung, Aufrechnung und Gleichsetzung sind die gängigen Mittel, mit denen man

² Rolf Peter Siederle, *Finis Germania*. Schnellroda 2017, S. 67.

³ Ebd., S. 68.

⁴ Ebd., S. 68.

⁵ Ebd., S. 77.

⁶ Ebd., S. 102.

⁷ Ebd., S. 104.

⁸ Ebd., S. 3.

⁹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-weizsaekers-rede-zum-8-mai-1945-war-gegen-das-eigene-volk/19273518-3.html>

sich dem Thema annähert. Mitunter werden dabei Grenzen überschritten. So wurde Hans Dietrich Sanders aufgrund einer Kolumne, die er unter dem Pseudonym „Ole Caust“ in seiner Zeitschrift *Staatsbriefe* veröffentlicht hatte, verurteilt. Die *Junge Freiheit* trennte sich von ihrem prominenten Kolumnisten Armin Mohler wegen seiner Verteidigung des Holocaust-Leugners Fred Leuchter. Der Jurist und heutige Antaios-Autor Thor von Waldstein wirkte als Anwalt sowohl Sanders' als auch Leuchters.

Der Wandel in den Grenzregionen des Strafbaren gehört dabei zum rebellischen Habitus. Antaios-Verleger Götz Kubitschek umriss dies im Gespräch mit dem AfD-Politiker Marc Jongen mit deutlichen Worten: „Wir bewegen uns ja fraglos sofort in tabubewehrten Zonen, wenn wir über die weltgeschichtliche Bedeutung des Judentums, des Zionismus oder der Holocaustindustrie nachdenken und unsere Gedanken äußern.“¹⁰ Kubitscheks Mitstreiter Eric Lehnert, inzwischen Mitarbeiter der AfD-Bundestagsfraktion und Vorstandsmitglied der Desiderius-Erasmus-Stiftung, sprach mit Blick auf die Kritik an Gedeons Schriften von einer „Antisemitismuskeule“, gegen deren Wirkung man aber mittlerweile immunisiert sei.¹¹ Entsprechend kommentierte Antaios-Autorin Caroline Sommerfeld eine oberflächliche Distanzierung des damaligen FPÖ-Politikers H.C. Strache vom Antisemitismus als „Sprache des Feindes“ und „Kriecherei“ vor den „Priestern der Zivilreligion“.¹²

Ein tieferer Blick in die Eigenliteratur zeigt, dass unter dem geschichtsrevisionistischen Diskurs auch noch klassisch antisemitische Stereotype präsent sind. Gemäß dem neurechten Denken von Völkern als überhistorisch und schicksalhaft determinierten Kollektivsubjekten wird auch die jüdische Geschichte auf angebliche ewige Merkmale zurückgeführt, die auch ursächlich für Angriffe auf Juden seien. In seinem Grundlagenartikel mit dem Titel „Was heißt Antisemitismus?“ führte Siegfried Gerlich in der Hauszeitschrift von Antaios, *Sezession*, den Antisemitismus auf die „Glaukens- und Lebensformen“ sowie den „National-“ und „Sozialcharakter der Juden“ zurück.¹³ Tradierte Klischees wirken mitunter noch als vergiftetes Lob fort. Karlheinz Weißmann empfahl in „Biblische Lektionen“ den jüdischen „Sonderweg“ der „strikten Abschließung nach Außen“ als vorbildliches „Lebensgesetz“ für die Selbstbehauptung eines Volkes durch die Geschichte.¹⁴ Zwar wählte Weißmann die Beispiele aus der Antike, bildet aber eine deutliche Analogie auf die multikulturelle Gegenwart.

Insgesamt kommt den Juden in der neurechten Publizistik eine Sonderrolle bei der Verbreitung des „identitätszerstörenden“ Liberalismus zu. Caroline Sommerfeld skizziert in der *Sezession* ausführlich den jüdisch-amerikanischen PR-Spezialisten Walter Lippmann als zentralen Akteur bei der Schaffung supranationaler Institutionen zur Durchsetzung des „Big Other“ und „unsichtbaren Bösen“.¹⁵ Die meist auf den US-Investor Georg Soros fokussierte, mittlerweile international verbreitete Debatte der äußersten Rechten um die „globalistischen Eliten“ als treibende

Kraft der Migration hat auch in Deutschland ihre Entsprechung. Noch im Blick auf den Nahostkonflikt schlägt diese Haltung durch. Gerade weil sich das Milieu durch scharfe Agitation gegen den Islam in Europa kennzeichnet, ist es bedeutsam, wenn ein Autor wie Thor von Waldstein islamisch-europäische Traditionen beschwört und das Problem in „Dekadenz“ und „Westextremismus“ ausmacht. In seinen „Thesen zum Islam“ schlägt er sich demonstrativ auf die Seite der Palästinenser und polemisiert gegen die USA und Israel.¹⁶ Israel und das Judentum treten in diesen Betrachtungen meist als Akteure auf, die zwar die eigene Homogenität bewahrten, die der anderen jedoch zu zerstören trachteten. In diesem Sinne warf Antaios-Autor Martin Semlitsch alias „Lichtmesz“ auf Twitter der jüdischen Leiterin der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, vor, Deutschland „umrassen, umvolken“ zu wollen, als diese die geringe Diversität im Straßenbild der ehemaligen DDR thematisierte. Im Verlauf der Auseinandersetzung sprach er ihr ab, eine „Weiße“ zu sein, und schrieb, Kahane zähle sich „zu einer anderen Mischpoke“.¹⁷ Damit griff er das seit dem 19. Jahrhundert bekannte Motiv des Juden als „weißen N*“¹⁸ auf, wie es durch den Antisemiten Bruno Bauer vertreten wurde.¹⁹

Diese Beispiele zeigen, dass die mit dem Judentum verbundenen Semantiken des neurechten Diskurses weitgehend antisemitisch geprägt sind. Der Antisemitismusforscher Samuel Salzborn hatte in einer systematischen Untersuchung bereits 2014 festgestellt, dass dem Judentum im Blick der Neuen Rechten nicht einfach die Rolle des Gegners, sondern des „Anderen“ zukommt.²⁰ Dieser Befund wurde in neuerlichen Betrachtungen bestätigt. So schreibt Jonas Fedders, weiterhin stehe das Judentum „in der Sezession für Universalismus, Kosmopolitismus und Modernität und wird deshalb von der ‚intellektuellen‘ Neuen Rechten als Bedrohung für die ‚deutsche Identität‘ wahrgenommen – nicht, weil Jüdinnen und Juden eine andere, konkurrierende Identität hätten, sondern weil ihre ‚Nicht-Identität‘ das Konzept ethnischer Identität schlechthin aufzulösen drohe.“²¹

Insgesamt ist die Neue Rechte durch ihren Geschichtsrevisionismus, die Aufnahme tradierter Stereotypen und die Konstruktion des Judentums als Bedrohung autochthoner Identitäten daher ebenso antisemitisch wie die alte.

- 10 <https://sezession.de/54541/der-fall-wolfgang-gedeon-ein-austausch-zwischen-marc-jongen-und-goetz-kubitschek>
- 11 <https://sezession.de/54553/wolfgang-gedeon-und-martin-hohmann>
- 12 <https://sezession.de/58151/inlaendertaxi-cucking-und-quadrille-wiener-akademikerball>
- 13 Siegfried Gerlich, Was heißt „Antisemitismus“, in: *Sezession* 37/2010, S. 16–20, hier S. 17.
- 14 Karlheinz Weißmann, Biblische Lektionen. In: *Sezession* 13/2006, S. 8–14, hier S. 13 f.
- 15 Caroline Sommerfeld, Das unsichtbare Böse. In: *Sezession* 92/20019, S. 33–39.
- 16 <https://sezession.de/58382/thor-v-waldstein-thesen-zum-islam>
- 17 Semlitsch/Lichtmesz auf Twitter am 11. Oktober 2017.
- 18 Wir haben uns entschieden, die Formulierung abzukürzen, da wir keine rassistische Sprache reproduzieren wollen und deshalb auf die Wiedergabe der rassistischen Beleidigung verzichten – die Hgg.
- 19 Bruno Bauer, Das Judentum in der Fremde. Separatabdruck aus dem Wagner'schen Staats- und Gesellschaftslexikon. Berlin 1863, S. 10.
- 20 Samuel Salzborn, Religionsverständnisse im Rechtsextremismus. Eine Analyse am Beispiel des neurechten Theorieorgans *Sezession*. In: *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit* 2014/15, S. 285–301.
- 21 Jonas Fedders, Antisemitismus in der Neuen Rechten – (k)ein Problem? URL: <https://gegneranalyse.de/antisemitismus-in-der-neuen-rechten-kein-problem/>

Über den Autor

Volker Weiß ist Historiker und Publizist. In seinem Buch „Die autoritäre Revolte – Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“ (2017) beleuchtet er Geschichte und Gegenwart des neuen rechten Denkens.

Permanentes Endkampf-Pathos

Die Mythen der „Identitären Bewegung“

von Natascha Strobl

Im Jahr 2012 machte die „Identitäre Bewegung“ zum ersten Mal auf sich aufmerksam. Gegründet wurde sie in Frankreich als „Génération Identitaire“. Mit einer geschickten Online-Strategie, die sich anfangs vor allem auf Facebook konzentrierte, gründeten sich schon bald identitäre Gruppen in ganz Europa. Der Agitationsraum beschränkte sich aber von Anfang an nicht auf die sozialen Medien, sondern auch auf vermeintlich spontane und schnelle Aktionen in der Öffentlichkeit. Im deutschsprachigen Raum sind hier besonders das Erklimmen des Brandenburger Tors mit Transparenten im Sommer 2016 sowie die Stürmung eines Theaterstücks von Elfriede Jelinek im Audimax der Universität Wien im Frühjahr desselben Jahres zu nennen. Diese Aktionen verschafften den Identitären nicht nur eine hohe Aufmerksamkeit, sondern auch viel, oft nicht kritisch kontextualisierten, Raum in den klassischen Medien.

Es zeigt sich hier eine ineinander greifende Strategie, die auf drei Säulen beruht: Aktionismus, soziale Medien und klassische Medienarbeit. Im Gegensatz zu anderen Gruppen aus dem rechtsextremen Spektrum lag der Fokus von Beginn an nicht auf einem nachhaltigen Organisationsaufbau oder der ideologischen Schulung der Mitglieder (was aber auch seinen Platz hat), sondern vor allem auf der schnellen und zielgerichteten Produktion medientauglicher Bilder. Ideologisch zählen die Identitären zum Spektrum der „Neuen Rechten“. Die „Neue Rechte“ ist Überschneidungsspektrum zwischen erzkonservativem Bürgertum und offenem Rechtsextremismus. Ziel ist Hegemoniepolitik, das heißt, das Denken in der Gesellschaft nach stramm rechts zu wenden. Dies geschieht durch Beeinflussung und letztlich Zerstörung des demokratischen Diskurses und Implementierung autoritärer und menschenverachtender Logiken. In der Verbreitung dieser Logiken und dem Selbstbild der Identitären spielen wiederum Mythen eine entscheidende, mobilisierende Rolle.

Was sind Mythen?

Eine Mythe ist eine Erzählung, mit der man aus der Vergangenheit in die Zukunft beziehungsweise Gegenwart weist. Mythen sind ein überhöhter, verklärter und verdichteter Bezugspunkt aus längst vergangener Zeit, der aber gleichzeitig Handlungsanleitung und Legitimation für das Hier und Jetzt ist, um zukünftig die eigenen Idealvorstellungen zu erreichen. Dieser Mythos steht nicht zur Debatte und befindet sich außerhalb des diskursiven Rahmens. Er begründet die gesamte eigene Ideologie, kann und darf also nicht hinterfragt werden. Im Mittelpunkt des faschistischen Mythos steht der kampfbereite, soldatische Männerbund, der auch Hauptakteur ist. Er vermittelt ein kosmisches Band von

gleichdenkenden und -handelnden Brüdern, die zu jeder Zeit und in jedem Jahrhundert bereit sind, ihr Leben für die Verteidigung von Volk und Nation zu geben: „So wie die damals, so wir heute.“ Der Mythos des italienischen Faschismus ist etwa das römische Reich. Im Nationalsozialismus war der bestimmende Mythos der des deutschen Reichs, also eines deutschen, sakralen Reichs, das sich über Jahrhunderte und Jahrtausende erstreckt, ungeachtet der formal-politischen Realitäten.

Die Mythen der Identitären

Die Identitären bedienen sich vieler spezifischer Mythen, die ihnen erlauben, sich in eine mythische Vergangenheit einzuschreiben, ohne direkt an dieselben Mythen des historischen Faschismus anzuknüpfen.

Sparta

Der Mythos der Schlacht auf den Thermopylen besagt, dass ein übermächtiges persisches Heer mit mehreren 100.000 Soldaten auf ein klar unterlegenes griechisches Heer traf. Am Ende hielten 300 Spartaner bis zuletzt den Angreifern stand und starben den Heldentod, ohne auch nur einen Zentimeter gewichen zu sein. Der Sparta-Mythos wurde vielfach literarisch wie politisch rezipiert. Die Identitären beziehen ihr Sparta-Bild vor allem aus der Bearbeitung von Frank Millers Graphic Novel „300“ und dem damit verbundenen Film von Zack Snyder, die jeweils einen sehr dichten und mit faschistischer Ästhetik zumindest liebäugelnden Stil verwenden. Das Symbol Spartas, das gelbe Lambda, übernahmen die Identitären von diesem Film. Sie sehen sich selbst als diese 300, die gegen ein übermächtiges Heer ihren Mann stehen und nicht zurückweichen. Im Film wird das

persische Heer als dezidiert multi-kulturell, effeminiert und tiergleich gezeigt. Demgegenüber stehen die stolzen, weißen, griechischen Spartaner, die muskelbepackt und vor Männlichkeit strotzend in den Kampf gehen. Der spezifische Kampfruf der Spartaner „A-Hu“ wird von den Identitären gerne bei ihren Demonstrationen gerufen, um so an den Sparta-Mythos anzuknüpfen. Die Sparta-Erzählung der Identitären lautet somit: „So wie die 300 damals Griechenland und damit Europa bis zu letzt gegen das persische (und implizit muslimische) Heer verteidigt haben, so tun wir es heute.“

Karl Martell

Karl Martell war ein gehobener Adeliger am Hof verschiedener Merowinger-Könige im Frühmittelalter. Später regierte er königsgleich, ohne den Titel zu besitzen. Für die Identitären ist Karl Martell vor allem wegen der Schlacht von Poitiers und Tours im Jahre 732 ein Mythos. Diese Schlacht wurde zwischen einem fränkischen und einem maurischen Heer bestehend aus muslimischen Arabern geschlagen, aus der Karl Martell siegreich hervorging. Erst im 19. Jahrhundert wurde daraus ein Ereignis von epochaler Größe, besonders in völkischen Bewegungen. Aus einer unbedeutenden Schlacht wurde ein Entscheidungskampf von Christentum gegen Islam. Die Identitären nehmen daran Anleihen. Die französische Génération Identitaire besetzte dementsprechend als erste Aktion überhaupt eine Baustelle einer Moschee in Poitiers und schrieb auf ihre

Transparente die Zahl „732“. Analog zu Karl Martell und dem fränkischen Heer sehen sie sich als Kämpfer gegen „den Islam“ in der heutigen Zeit. So wie damals 732 gegen die „Invasoren“ gekämpft wurde, so tun sie es heute auch, in ihren Augen.

Reconquista

„Europa, Jugend, Reconquista“ ist einer der zentralen Sprüche der Identitären Bewegung. Er findet sich als Ruf auf ihren Demonstrationen, auf T-Shirts und Stickern.

Mit dem Begriff „Reconquista“ beschreibt man historisch die Zeit von 722 bis 1492, als es auf der iberischen Halbinsel zu immer wiederkehrenden Kämpfen und Schlachten zwischen christlichen Heeren und den eindringenden beziehungsweise herrschenden Mauren kam. 1492 wurden die maurischen Herrscher endgültig vertrieben, während viele Mauren und Maurinnen längst Teil der sozialen Realität Europas geworden waren und blieben.

Die Reconquista wurde schon bald als ideologischer Kampf von Islam gegen Christentum aufgeladen, an dessen Ende das Christentum siegreich hervorging.

Diese Sicht der Dinge suggeriert, dass danach keine Mauren und Maurinnen mehr in Europa gelebt haben und alle vertrieben beziehungsweise zurückgedrängt wurden. Das entspricht nicht der Realität der Zivilbevölkerung, wo es zu Ehen, Kindszeugungen, aber auch Religionsübertritten in beide Richtungen kam. „Reconquista“ wird aber im Rechtsextremismus als Synonym für ethnische Säuberungen verwendet: Europa soll von Muslim*innen „befreit“ werden. Sie sollen entfernt werden. Der Terminus „Reconquista“ suggeriert, dass dafür auch militärische Gewalt gebraucht werden soll. So wie sich damals verschiedene christliche Herrscher auf der iberischen Halbinsel der Mauren erwehrt haben, so soll es auch heute geschehen. Diesmal jedoch europaweit.

Kreuzritter

Die Kreuzzüge waren ein Phänomen des Mittelalters, das eine Reihe von kriegesischen Pilgerfahrten vor allem gegen Muslime im heiligen Land beschreibt. Der deutsche Terminus ist eine Fabrikation der Moderne und historisch nicht belegt. Entsprechend wurde er von religiösen, völkischen und rechten politischen Bewegungen im 19. Jahrhundert mythisch aufgeladen und als Inbegriff des Entscheidungskampfes zwischen Islam und Christentum gesehen. Die Identitären beziehen sich etwa auf Stickern und T-Shirts positiv auf die Kreuzzüge. Vor allem der Kreuzfahrer-Spruch „Deus Vult“ (deutsch: „Gott will es“) kommt dabei zur Verwendung. Der Bezug auf den Kreuzzug-Mythos erlaubt, sich in eine ungebrochene Linie von Kämpfen zwischen Islam und Christentum einzufügen. So wie damals das Christentum und da-

mit das Abendland verteidigt wurde, so geschieht es heute vermeintlich auch noch.

1683

Der Mythos von 1683 gründet auf den realen Ereignissen vom 14. Juli bis zum 12. September 1683, als ein osmanisches Heer unter der Führung von Kara Mustafa Pascha Wien belagerte. Das ausschlaggebende Manöver für die Niederlage des Osmanen kam von einem Entsatzheer, das von Polens König Jan III Sobieski befehligt wurde. Diese Schlacht wurde im Nachhinein als Schlacht des Christentums gegen den Islam bezeichnet und über viele Jahrhunderte so rezipiert. Das osmanische Heer wird als ideologisches Heer gesehen, dessen Ziel die Bekämpfung des Christentums war. Dementsprechend werden auf der Gegenseite auch überzeugte christliche Soldaten gezeichnet, die für Gott und Vaterland kämpften und starben. 1683 ist einer der wichtigsten Bezugspunkte der Identitären, und sie suggerieren in ihrer Propaganda wieder eine Linie – so wie damals das tapfere christliche Wien sich der Belagerung erwehrt und das ebenso tapfere polnische Entsatzheer Wien befreit hat, so kämpfen wir heute gegen die „Invasion“ des Islam. 1683 ist aber nicht

nur Mythos für die Identitären, sondern zu einem der zentralsten Narrative des gesamten Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus geworden. Die FPÖ gab 2010 sogar einen ganzen Comic heraus, in dem der damalige Vorsitzende HC Strache als Superheldenfigur gemeinsam mit einem kleinen Jungen gegen die osmanischen Soldaten kämpfte. Auch die Terroristen von Utøya und Oslo, Christchurch und Halle bezogen sich prominent auf 1683. Dazu gehören nicht nur die Jahreszahl und der Name der Stadt, sondern auch die Befehlshaber Jan III Sobieski und Ernst Rüdiger von Starhemberg. Die Identitären erinnern in Wien jedes Jahr mit einem Fackelmarsch an die Türkenbelagerung, an dem zuletzt auch prominente Politiker*innen der FPÖ teilnahmen. Wien wird vom gesamten rechten Spektrum als Frontstadt gegen die vermeintliche Islamisierung Europas mythisch stilisiert.

Fazit

Die Identitären beziehen ihre Mythen aus der Zeit von 480 vor Christus (Sparta) bis 1683 (Türkenbelagerung von Wien). Es ist auffällig, dass die Zeit danach keinerlei politische Mythen für sie bereitzuhalten scheint. Das liegt daran, dass diese Zeit ideologisch aus Sicht der Identitären zu vermint ist. Sie befindet sich zu nah an der Gegenwart und ist im kollektiven Gedächtnis detaillierter präsent und aufgearbeitet. Damit einher geht von Seiten der Identitären ein völliges Verschweigen und eine Nichtbeachtung der Zeit, die relevant für die Verfasstheit der Gegenwart ist. Weder der Aushandlungsprozess und die Kämpfe für moderne, bürgerliche Staatlichkeit, noch soziale Kämpfe und schon gar nicht Widerstand gegen Autoritarismus und Faschismus sind Quelle für die eigene politische Motivation. Dieses Geschichtsverständnis ist

nicht nur ahistorisch, sondern überbewertet lange zurück liegende Ereignisse bei aktivem Desinteresse an der Gegenwart. Es wird zwar eine gedachte ideologische Einheit zwischen Jetzt und 480 vor Christus konstruiert, aber die Ereignisse zwischen 1933 bis 1945 werden historisiert und als abgeschlossen behandelt.

Gemeinsam haben all die Mythen der Identitären, dass ein epochaler Kampf von Okzident gegen Orient, Abendland gegen Morgenland dargestellt wird. Als sei das ein immer währender Kampf seit der Begründung Europas. Dabei ist es aber kein gleichberechtigter Kampf auf neutralem Boden, sondern Europa wird als zu verteidigend gegen die Angreifer aus dem Orient gesehen. Europa ist also seit tausenden Jahren ständig bedroht, und die Verteidiger Europas wehren immer wieder die einfallenden Invasoren ab. Egal ob auf den Thermopylen, in Poitiers, in Jerusalem (das als inhärent christlich und damit europäisch gesehen wird), auf der iberischen Halbinsel oder vor Wien. So wie all die mutigen Kämpfer für Europa das damals gemacht haben, so wollen es die Identitären heute machen. „Verteidigen“ suggeriert Notwehr und den berechtigten Einsatz von Gewalt zum Schutz der eigenen Existenz. Umgekehrt werden in dieser Erzählung aus geflüchteten Menschen ideologisch und religiös motivierte Invasoren konstruiert, die seit tausenden Jahren nur die Zerstörung Europas im Sinn haben. Mit dieser Sicht stellt man sich in eine lange glorreiche Linie von zur Tat schreitenden Männern, die bereit sind, ihr Leben für die Verteidigung des „Eigenen“ zu geben. Mit diesem Endkampf-Pathos geht die Prämisse einher, dass es nur ein „Wir oder die“ geben kann und kein Miteinander, was jeder Form menschlichen Zusammenlebens widerspricht. Mit ihren Mythen träumen die Identitären aber von nicht weniger als von einem muslimfreien Europa und einem rein christlichen Europa.

Über die Autorin

Natascha Strobl ist österreichische Politikwissenschaftlerin und Expertin für Rechtsextremismus und die Neue Rechte. Sie ist Mitautorin von „Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa“ (2017).



Wie die Rechten die Geschichte umdeuten

DDR und Mauerfall

II.1	Doppelter Revisionismus <i>Tom David Uhlig</i>	38–41
II.2	„Der Osten steht auf“ <i>David Begrich und Pascal Begrich</i>	42–45

Doppelter Revisionismus

DDR-Schablonen zwischen Trivialisierung des Nationalsozialismus und Dämonisierung der Demokratie

von Tom David Uhlig

„Vollende die Wende“, „Wende 2.0“, „Die ‚friedliche Revolution‘ mit dem Stimmzettel“ – diese Slogans prangten im Landtagswahlkampf 2019 auf brandenburgischen AfD-Plakaten. Immer wieder ziehen Politiker*innen der AfD Vergleiche zwischen der gegenwärtigen politischen Situation der Bundesrepublik und der Ein-Parteien-Diktatur im Osten. Sie selbst identifizieren sich dabei mit der ‚friedlichen Revolution‘, als Opfer von Zensur und Einschränkungen des Versammlungsrechts. Das ‚Regime Merkel‘ wird dabei zur Nachfolgeorganisation der SED stilisiert, die ‚totalitär‘ bestimmen würde, was die Bürger*innen zu denken haben.

Nun ist die Gegnerschaft zur DDR von rechts – sowohl inner- als auch außerhalb der DDR – natürlich kein neues Phänomen (vgl. Heitzer, 2018). Neu scheint indes die immense Beliebtheit des Vergleichs der aktuellen Bundesrepublik mit der DDR. Dabei ist das Verhältnis der sogenannten Rechtspopulist*innen und Neuen Rechten zur DDR keineswegs frei von Ambivalenzen. Eine autoritäre Gesellschaft, in welcher Grundrechte nach eigenem Gutdünken beschnitten werden können, ist ihr mehr oder minder erklärtes Ziel. Anetta Kahane (2018), Leiterin der Amadeu Antonio Stiftung, bringt diese Sehnsucht auf den Punkt: „Ein nicht unerheblicher Teil der Pegida-Demonstranten und AfD-Wähler wünscht sich genau diese DDR ohne Einwanderer und Demokratie zurück“ (ebd. S. 274).

Diese Faszination ist mit ihrer Ablehnung verwoben: Die Erinnerung an die DDR erlaubt eine Selbstviktimisierung in Vergangenheit und Gegenwart, von der aus zum Angriff übergegangen werden kann. Man will Opfer der DDR geworden sein, ist es vermeintlich auch heute noch, und erlaubt sich deshalb den autoritären Griff nach der Macht.

Ein doppelter Geschichtsrevisionismus stützt diesen Diskurs: Zum einen dient die DDR zur Entsorgung der deutschen Schuld des Nationalsozialismus, indem sie eine Umdeutung der Täter*innen zu Opfern erlaubt, zum anderen wird die DDR selbst verharmlost durch den Vergleich zur Gegenwart (vgl. Begriff in diesem Band). Insbesondere auf den ersten Punkt soll hier näher eingegangen werden, die Instrumentalisierung der DDR zur Schuldabwehr von NS-Verbrechen. Diese Denkfigur ist kein Produkt von Akteuren wie der AfD, sondern politisch und geschichtswissenschaftlich sowohl in der ost- wie der westdeutschen Gesellschaft vorbereitet worden. Die AfD kann hier an gesellschaftlich wirkmächtige Erzählungen anschließen, was ihre Strategie wohl auch so erfolgreich macht.

„Totalitarismus“: Die DDR aus westdeutscher Sicht

Die DDR wurde von westdeutscher Seite vielfach als ungerechte Bestrafung des ‚deutschen Volks‘ empfunden und selten als direktes Produkt des deutschen Vernichtungswahns verstanden. Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker zitiert in seiner bedeutsamen Rede „Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“, die 1985 so etwas wie den Startschuss für eine staatstragende Erinnerungspolitik abfeuerte, Worte des sächsischen Bischofs Johannes Hempel: „Es lastet es blutet, dass zwei deutsche Staaten entstanden sind mit ihrer schweren Grenze.“ Die Rede, welche vordergründig die Anerkennung der deutschen Verbrechen zum Thema hat, dabei aber systematisch Täter*innen und Opfer durcheinanderbringt, dient auch der Vorbereitung der sogenannten Wiedervereinigung. In der Blut-und-Boden-Metapher schwingt die Klage über eine vermeintliche Härte der deutschen Teilung mit, die rückgängig gemacht werden will.

Im Folgejahr brach im deutschen Feuilleton der ‚Historikerstreit‘ aus: Anlass war ein geschichtsrevisionistischer Artikel des Historikers Ernst Nolte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit dem Titel „Vergangenheit, die nicht vergehen will“. Nolte stellte darin die Singularität von Auschwitz in Abrede und behauptete, das stalinistische Gulag-System sei den deutschen Konzentrationslagern vorgängig und Vorbild gewesen. Die nachfolgende Diskussion brachte geschichtswissenschaftlich keinerlei neue Erkenntnisse, befeuerte aber eine vergleichende Perspektive auf Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus, die auch vor der DDR nicht Halt machte.

1993 wurde das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung gegründet, das sich zur Aufgabe machte, „die politischen und gesellschaftlichen Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime sowie ihre Folgen für die Gestaltung der deutschen Einheit zu analysieren“ (zit. nach Ionescu, 2019, S. 66). Arendt wurde hier mit ihrem Buch „The Origins of Totalitarianism“ von 1951 zur Stichwortgeberin eines Vergleichs herangezogen, den sie selbst keineswegs getroffen hatte. Laut Arendt ist ein zentrales Charakteristikum totaler Herrschaft der Terror, ein Element, das Mitarbeiter*innen des Instituts mutwillig ausklammerten, um eine weitere Vergleichbarkeit zwischen SED-Regime und Nationalsozialismus leisten zu können (vgl. ebd., S. 67).

Solche geschichtlich fragwürdigen und politisch gefährlichen Gleichsetzungen wurden institutionell Mitte der 1990er Jahre verankert – und wirken weit darüber hinaus. Hubertus Knabe, ehemals Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, gab dem *SPIEGEL* 2007 bekannt: „Erst wenn die kommunistische Diktatur den Deutschen ähnlich präsent ist wie das verbrecherische Regime der Nationalsozialisten, ist die Aufarbeitung der Hinterlassenschaften von Stasi-Minister Erich Mielke wirklich gelungen.“ Diesen Kurs behielt er bis zu seiner Freistellung 2018 bei.

Die „doppelte Vergangenheitsbewältigung“ hat zum Vorteil, sich nicht mehr mit den Spezifika des Nationalsozialismus auseinandersetzen zu müssen. Bis heute ist der Glaube weit verbreitet, die Gesellschaft der Täter*innen sei hier irgendwie auch Opfer geworden, und die Shoah nur ein geschichtliches Ereignis unter vielen.

„Antifaschismus light“: Die DDR aus Sicht der DDR

Auch in der DDR verschwanden die Besonderheiten des Nationalsozialismus, besonders der konstitutive mörderische Antisemitismus, oftmals aus der Diskussion. Die Dimitroff-These entfaltete hier ihre volle Wirkung: Georgi Dimitroff vertrat 1933 die marxistisch-leninistisch inspirierte Behauptung, der Nationalsozialismus sei „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“

Der Nationalsozialismus tritt hier lediglich als „Agent“ des Kapitals auf – eine Verkürzung, die sich auch unter westdeutschen Linken der 1970er Jahre einiger Beliebtheit erfreute und die vergisst, dass die NS-Vernichtungspolitik keineswegs ökonomischem Kalkül folgte. Daraus folgte, dass Jüdinnen und Juden kaum in besonderer Form gedacht wurde beziehungsweise sie sogar als „Opfer zweiter Klasse“ hinter den kommunistischen Widerstandskämpfer*innen zurückstehen mussten. Verena Haug (2015) konstatiert eine „Verengung des Blicks auf die Opfer des kommunistischen Widerstands und die Erklärung des Faschismus durch die ‚Monopolstellung des Finanzkapitals‘“ (ebd., S. 25).

Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus hatten keinen Platz im nationalen Narrativ der DDR. Sie waren sinnlos gestorben, aus keinem Grund, als dass sie Jüdinnen und Juden waren, und taugten also wenig zur Staatspropaganda. Wenn der Shoah gedacht wurde, dann vorrangig im Rahmen einer Universalgeschichte, die versuchte, das Geschehene zu verallgemeinern.

Der Soziologe Thomas Haury zeichnet diese Praxis der Geringschätzung nach: ‚Arisiertes‘ Vermögen wurde kategorisch nicht zurückgegeben und Opfer als „Verfolgte“ geringer berentet als die „Kämpfer“ (vgl. ebd. S. 305–324). Gleichzeitig hält sich bis heute der Mythos, in der DDR sei konsequent mit der deutschen Vergangenheit gebrochen worden, einerseits durch die ‚Aufarbeitung‘ der Vergangenheit, die eben vor allem den kommunistischen Kämpfer*innen galt, und andererseits durch eine effiziente Entnazifizierung.

Tatsächlich erfolgte in der Sowjetischen Besatzungszone eine rasche und – gemessen an Westdeutschland – umfassende Entnazifizierung. Allerdings duldete das Regime auch einen hohen Prozentsatz ehemaliger NSDAP-Mitglieder in den Reihen ihrer Funktionsträger*innen. Wie im Westen wollte man auf deren ‚Expertise‘ nicht verzichten und tabuisierte das Thema nach einer kurzen Phase.

Nach Volkhard Knigge (2017) war das Geschichtsbild „staatlich gelenkt: Der Nationalsozialismus war ausschließlich ein Werk Hitlers und seiner Clique im Dienste des in die Krise geratenen Kapitalismus. [...] Das deutsche Volk war in erster Linie Opfer. Der Faschismus galt als Regime-, nicht auch als Gesellschaftsverbrechen. Die DDR begriff sich zudem als der Teil Deutschlands, in dem der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet sei.“ Im Einigungsvertrag zwischen DDR und BRD, welcher den Beitritt der DDR regeln sollte, ist nach Martin Jander (2018) dann auch weder von der antizionistischen Politik der SED noch den Verbrechen der Deutschen im Nationalsozialismus die Rede (vgl. ebd., S. 217).

Schablonen

Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn (2003) schreibt: „Dem stets halluzinierten Vorwurf einer deutschen Kollektivschuld, den es tatsächlich von alliierter und assoziierter Seite als politische Handlungsmaxime nicht gegeben hat [...], wird mit einer Geschichtsinterpretation begegnet, die geradezu auf die Schaffung eines Mythos deutscher Kollektivunschuld zusteuert“ (S. 36). Es gibt eine Reihe populärer Diskursangebote zur Schuldabwehr, auf welche die völkisch Rechten zurückgreifen können. Insbesondere die instrumentelle Erinnerung an die DDR, deren Grundlagen sowohl inner- als auch außerhalb derselben entwickelt wurden, liefert hier eine wirkmächtige Schablone. Die Rechten beklagen nicht die autoritäre Staatsform der DDR, denn eine solche wünschen sie sich selbst, sondern nutzen die Erzählungen, sich als Opfer zu inszenieren und dabei ihren Antikommunismus zu bedienen.

Diese Form der Selbstviktimisierung lässt sich nur vor der Folie des Verhältnisses der DDR zum Nationalsozialismus verstehen. Der geschichtsrevisionistische Umgang mit der DDR dient gleichzeitig der Trivialisierung der deutschen Verbrechen wie der Dämonisierung der gegenwärtigen Demokratie, deren Abschaffung man sich so sehnlich wünscht.

Literatur

Haury, T. (2002). Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg: Hamburger Edition.

Haug, V. (2015). Am „authentischen“ Ort. Paradoxien der Gedenkstättenpädagogik. Berlin: Metropol.

Heitzer, E. (2019). DDR-Systemgegnerschaft von rechts. Anregung für eine Perspektiverweiterung. In: E. Heitzer, M. Jander, A. Kahane & P. G. Poutrus (Hrsg.), Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung (S. 64–82). Frankfurt a.M.: Wochenschau-Verlag.

Jander, M. (2018). Antifaschismus ohne Juden. In: E. Heitzer, M. Jander, A. Kahane & P. G. Poutrus (Hrsg.), Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung (S. 206–222). Frankfurt a.M.: Wochenschau-Verlag.

Ionescu, D. (2019). Eine Totalitarismustheorie, die eigentlich keine ist. In: E. Berendsen, K. Rhein & T. Uhlig (Hrsg.), Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts (S. 59–74). Berlin: Verbrecher Verlag.

Kahane, A. (2018). Von der ideologischen Schuldabwehr zur völkischen Propaganda. In: E. Heitzer, M. Jander, A. Kahane & P. G. Poutrus (Hrsg.), Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung (S. 264–275). Frankfurt a.M.: Wochenschau-Verlag.

Knabe, H. (2007). Mielkes schweres Erbe. SPIEGEL Online, 20.8.2007. <https://www.spiegel.de/geschichte/vergangenheits-bewaeltigung-a-946738.html> (13.1.2020).

Knigge, V. (2017). Geht der Osten anders mit der Schuld um? Interview mit Valerie Schönian. FAZ, 6.11.2017. <https://www.zeit.de/2017/45/ns-zeit-ost-deutschland-volkhard-knigge-gedenkstaette-buch-enwald/komplettansicht> (13.1.2020).

Salzborn, S. (2003). Opfer, Tabu, Kollektivschuld. Über Motive deutscher Obsession. In: M. Klundt, S. Salzborn, M. Schwietring & G. Wiegel (Hrsg.), Erinnern Verdrängen Vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert (S. 17–41). Gießen: NBKK.

Über den Autor

Tom David Uhlig ist Bildungsreferent der Bildungsstätte Frank und Mitherausgeber des Bandes „Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts“ (Verbrecher-Verlag, 2019).

„Der Osten steht auf“

Zur Semantik der AfD
im ostdeutschen Wahlkampf

von David Begrich und Pascal Begrich

Immer wieder nimmt die AfD offensiv Bezug auf die „Friedliche Revolution“ und den gesellschaftlichen Umbruch in der DDR der Jahre 1989/90 – das hat sich nicht zuletzt in den Landtagswahlkämpfen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2019 gezeigt. Die folgenden Thesen sollen diese politische Strategie analysieren und die Auseinandersetzung mit der Wende-Rhetorik der AfD unterstützen.

1

Die AfD bedient sich im Wahlkampf einer Sprache des Systemumbruchs, die an die zeitgeschichtliche Erfahrung ostdeutscher Wähler*innen anknüpft. Angesprochen werden insbesondere jene, die in der DDR sozialisiert wurden und unmittelbare Zeug*innen und/oder Akteur*innen des Herbstes 1989 waren.

2

Die AfD bedient das Narrativ eines notwendigen zweiten Systemwandels: Heute wie damals sei es angezeigt, nach Ausdrucksformen des Protests – im Sinne eines „Regime Change“ – und seiner Durchsetzung zu suchen. Die AfD sieht ihr Wirken in der direkten Nachfolge der DDR-Opposition. Sie behauptet die Notwendigkeit eines Widerstands gegen eine Bevormundung der Bevölkerung, die heute wie damals gegeben sei. Akteur*innen der AfD präsentieren sich mit der Aufschrift „Dissident“, fordern die „Vollendung der Wende“ und rufen dazu auf, „Bürgerrechtler“ zu werden. Die AfD versteht sich als legitime Erbin der „Friedlichen Revolution“. Besonders deutlich wurde dies im internen Diskurs bzgl. der Entscheidung der sächsischen Wahlkommission im Juli 2019, nur eine verkürzte Kandidat*innenliste zuzulassen. So posteten Parteimitglieder Bilder der Proteste gegen die Wahlfälschungen 1989 in der DDR und Auszüge aus damaligen Protestschriften von Bürgerrechtler*innen.

3

Die AfD setzt die Erfahrung sozialer Sanktionen in der DDR mit den Diskursverläufen der Gegenwart gleich. Heute wie damals ginge es um die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Die Partei präsentiert ihre Positionierungen als unterdrückte Erzählung „aus dem Volk“. So nimmt z.B. Björn Höcke in mehreren Reden Bezug auf den in der DDR üblichen Unterschied zwischen der privaten Öffentlichkeit der Freundeskreise und der Familie einerseits und den ritualisierten Erzählungen in Schule und Arbeitsleben andererseits. In Anlehnung an die Diskurs Erfahrung in der DDR wird suggeriert, die freie Äußerung der Meinung sei im vereinigten Deutschland nahezu unmöglich, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, Repression zu erfahren. Das offene Wort müsse vor den Kindern verborgen werden, weil sie sich sonst „in der Schule verplappern“ würden. Damit knüpft die AfD an eine weit verbreitete Praxis in der DDR an, Kindern einzuschärfen, sie sollten in der Schule nicht erzählen, was zu Hause über Politik gesprochen werde. Am Ende dieses Vergleichs steht die Botschaft, man lebe in einer DDR 2.0, deren Charakter jedoch nur im Osten durchschaut werde.

4

In indirekten Zitaten nehmen Funktions- und Mandatsträger*innen der AfD Bezug auf das kulturelle Gedächtnis jener Generationen, die ihre primäre politische Sozialisation in der DDR erfuhren. Im scheinbaren Widerspruch zur Wende-Rhetorik bezieht sich die Partei positiv auf Elemente der DDR-Ideologie – immer dann, wenn sie nationalistisch aufgeladen waren. Höcke zitierte beim

Kyffhäuser-Treffen des „Flügels“ der AfD 2019 indirekt aus den Gedichten des DDR-Kulturministers Johannes R. Becher. Das Lied „Unsere Heimat“ aus den Musikkbüchern der DDR wird auf parteinahen Facebookseiten verlinkt und auf Kundgebungen angestimmt. Beschwört werden soll eine Komplizenschaft der AfD und ihrer ostdeutschen Wähler*innen gegen die im AfD-Milieu abrufbare Figur des arroganten, aber unwissenden „Wessis“.

5 Die von der AfD beschworene „Vollendung der Wende“ bleibt in ihrer Zielsetzung bewusst unbestimmt, will aber bei den Rezipient*innen einen politischen Assoziationsraum ansprechen, der an die ostdeutsche Erfahrung der Endlichkeit politischer Systeme anknüpft. Die Wende-Rhetorik zielt auf das Krisenbewusstsein und die Verunsicherung der Wähler*innen im Osten. Sie appelliert an deren regressive Identitätsdiskurse und Gemeinschaftsvorstellungen.

6 Die Bezugnahme der AfD auf die DDR- und Wende-Erfahrung soll ihr Image als Anti-Establishment-Partei befördern. Bedient werden anti-westdeutsche und anti-westliche Ressentiments in der ostdeutschen Bevölkerung. Zugleich geht es um die Verächtlichmachung der politischen Mitbewerber*innen und der repräsentativen Demokratie. Die AfD bedient das diffus Politische, die Wut, aber auch die Ambivalenz gegenüber der als „westdeutsch dominiert“ wahrgenommenen politischen Kultur der Bundesrepublik. Zugleich versucht die Partei damit, eine Repräsentationslücke in Ostdeutschland zu füllen, die von anderen Parteien offenbar hinterlassen wurde.

7 Den westdeutsch sozialisierten Akteur*innen der AfD geht es nicht um biografische Authentizität, sondern um die (emotionale) Ansprache eines „ostdeutschen Lebensgefühls“. Der vermeintlichen Absurdität der „Wir“-Rhetorik eines Höcke oder Kalbitz stehen die Ressentiments der Adressat*innen der AfD entgegen. Bisher jedenfalls hat sich die ostdeutsche Zuhörer*innenschaft deswegen von ihnen nicht abgewendet.

8 Die Bedienung des Wende-Diskurses wird nur temporär gelingen. Wenn – wie zu erwarten – die „Wende“ als eine spürbare Veränderung der gesellschaftlichen Umstände mittelfristig ausbleibt, ist das Potential für Enttäuschungen groß. Nur wenn es der AfD gelingt, das heterogene Wähler*innenmilieu in einem Zustand andauernder Erregung und Emotionalisierung zu halten, kann die AfD bei Wahlen weiterhin erfolgreich sein. Hierzu bedarf die AfD eines beständigen Wechsels oder der Variierung entsprechender Themen.

9 Die „Wende-Rhetorik“ der AfD ist zugleich erinnerungspolitisch konnotiert. Auch nach dem 30. Jahr des Umbruchs in der DDR geht es um einen Deutungskampf: Wem gelingt es, Begriffe wie „Wende“, „Demokratie“, „Volk“ oder „Meinungsfreiheit“ erfolgreich zu besetzen – den Verfechter*innen einer autoritären oder einer offenen Gesellschaft?

Über die Autoren

Pascal Begrich ist Geschäftsführer von Miteinander e.V., Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt.

David Begrich ist in der Arbeitsstelle Rechtsextremismus von Miteinander e.V. tätig.

Miteinander e.V. ist seit 1999 Träger für Bildungs- und Beratungsarbeit unter anderem zum Thema Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und arbeitet mit einer breiten Palette von Ansätzen zu dem Thema, vor allem in Sachsen-Anhalt.

Handlungsstrategien aus Pädagogik, Medien und Kulturbetrieb

III.1	„Historische Bildung muss demokratische Praxis sein“ <i>Interview mit Axel Drecolli und Martin Schellenberg</i>	48–51
III.2	Erinnerung zwischen Weltmeister- schaft und Kehrtwende <i>Deborah Krieg</i>	52–55
III.3	„Wir sind nicht neutral“ <i>Interview mit Sanem Kleff</i>	56–59
III.4	Und jetzt können sie auch noch lesen <i>Eva Berendsen und János Erkens</i>	60–65
III.5	Wegducken geht nicht <i>Nadja Erb</i>	66–67
III.6	Eloquente Feindlichkeit <i>Oliver Saal</i>	68–73
III.7	Die Schamlosigkeit des professionellen Beschämens <i>Tim Wolff</i>	74–77
III.8	Regeln für eine Kunstaktion im deutschen Gedächtnistheater <i>Max Czollek und Stella Hindemith</i>	78–79

„Historische Bildung muss demokratische Praxis sein“

Interview: Martín Steinhagen

Axel Drecoll und Martin Schellenberg über rechte Störaktionen in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen, die kritische Auseinandersetzung mit AfD-Funktionär*innen und Gedenkstätten als historische Lernorte

Herr Drecoll, Sie haben in der Gedenkstätte Sachsenhausen zuletzt ganz konkrete Erfahrungen mit Geschichtsrevisionismus gemacht. Was genau ist passiert?

Axel Drecoll: Im Juli 2018 ist eine Gruppe aus dem Umfeld der AfD, dem Wahlkreis der Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel, zu einer Führung in die Gedenkstätte gekommen. Diese Gruppe von circa 20 Personen ist unseren Guides dadurch aufgefallen, dass einige offensichtlich rhetorisch geschulte Revisionisten unter den Teilnehmern waren.

Wie machte sich das bemerkbar?

Drecoll: Es war schnell klar, dass sie die Führung dazu nutzen wollten, Verbrechenskomplexe in Frage zu stellen. Das gipfelte in der Behauptung, dass es Gaskammern nur in den USA gegeben habe. Daraufhin haben die Guides, nach Rücksprache mit mir, die Führung abgebrochen. Es folgte ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, das erst kürzlich mit einem Strafbefehl zu Ende ging.

Martin Schellenberg: ... und damit mit einer rechtskräftigen Verurteilung.

In dem Fall war für Sie also eindeutig: Der Besuch muss beendet werden. Warum?

Drecoll: Ein solcher Abbruch muss immer auch im Ermessen der Guides selbst liegen, sie können das am besten einschätzen. Für uns ist aber klar: Wenn wir erkennen, dass es Besuchern nicht darum geht, kritisch nachzufragen, sondern die Verbrechen insgesamt in Frage zu stellen, dann brechen wir die Führung ab und schalten die Staatsanwaltschaft ein. Wir sind der Staatsanwaltschaft dankbar, dass sie der Sache nachgegangen ist, und froh über das deutliche Signal, dass solche Äußerungen auch Konsequenzen haben. Das ist für uns eine enorm wichtige Botschaft.

Hat sich seither das Verhältnis zur AfD verändert?

Drecoll: Es gibt kein Verhältnis. Wir haben uns mitunter zu erinnerungspolitischen Äußerungen von AfD-Funktionären verhalten. Das war immer eine

ausgesprochen kritische Auseinandersetzung, wie man sich vorstellen kann. Ansonsten haben wir kein Verhältnis.

Haben Sie als Reaktion ein Hausverbot gegen AfD-Funktionär*innen verhängt?

Drecoll: Wir haben eine Besucherordnung, die uns erlaubt, bei bestimmten Verhaltensweisen Besucher auszuweisen. Das ermöglicht das Hausrecht. Präventive Hausverbote gibt es bisher nicht.

Warum?

Drecoll: Das ist juristisch schwierig. Wir haben uns intensiv beraten lassen. Die Ausübung des Hausrechts sollte an konkretes Verhalten gebunden sein. Wir sprechen Hausverbote nicht präventiv aus, es sei denn, es sind im Vorfeld ganz klar inakzeptable Äußerungen gefallen.

Im Dezember 2018 wollte ein AfD-Politiker bei einer Gedenkveranstaltung einen Kranz niederlegen. Das haben Sie nicht zugelassen. Wieso?

Drecoll: Wir tolerieren keine Leugnung von Verbrechen, aber stellen uns natürlich Nachfragen und der Diskussion. Aber bei Gedenkveranstaltungen, insbesondere bei Kranzniederlegungen, geht es nicht um eine Debatte, sondern um eine symbolische Würdigung der Opfer. Das hat auch eine rituelle Dimension. Die Äußerungen von führenden AfD-Funktionären haben dazu geführt, dass wir dieses Ritual nicht gemeinsam mit Vertretern der Partei begehen wollen. Deshalb haben wir damals den unangemeldeten Versuch der Kranzniederlegung seitens der AfD nicht zugelassen und den Kranz am Ende der Veranstaltung wieder ausgehändigt.

Herr Schellenberg, nehmen revisionistische Äußerungen bei Führungen allgemein zu?

Schellenberg: Wir beobachten eine leichte Steigung auf insgesamt niedrigem Niveau, aber es ist schwierig, empirisch zu sagen, ob die Fälle wirklich zugenommen haben oder ob unsere Sensibilität dafür gestiegen ist. Die denkbare Bandbreite ist ohnehin groß. Das geht von Provokationen über offen getragene extrem rechte Symbole bis hin zu ganz kleinen Vorfällen.

Können Sie ein Beispiel für den Umgang damit nennen?

Schellenberg: Wenn zum Beispiel ein Schüler ein Hakenkreuz auf den Fußboden kratzt, stellt sich die Frage: Ist das ein strafrechtlich relevantes Ereignis oder sollte man die Situation pädagogisch aufgreifen? Das orientiert sich auch daran, ob der Schüler oder die Schülerin ein manifest rechtes Weltbild hat oder man das eher als Provokation wertet. Das zu entscheiden, darin liegt die Herausforderung für die Pädagog*innen in solchen Situationen.

Welche Empfehlung geben Sie Ihren Guides?

Schellenberg: Wir verstehen uns als einen offenen Lernort. Es geht nicht darum, jungen Menschen Haltungen vorzugeben, sondern sie dazu anzuregen, eigene Positionen zu entwickeln. Historische Bildung muss demokratische Praxis sein. Das heißt, dass so eine Störung eine Chance sein kann, die Haltung dahinter zu thematisieren. Rassistische Vorstellungen sind in der Gesellschaft weit verbreitet und sollten angesprochen werden, wenn sie zum Ausdruck kommen. Wir arbeiten verstärkt gemeinsam mit den Guides an der Frage, wann man intervenieren muss und welche Optionen es gibt.

Welche Möglichkeiten gibt es?

Schellenberg: Es geht häufig nicht darum, die Person zu überzeugen, die provoziert hat, sondern vor der Mehrheit der Gruppe Haltung zu zeigen und zum Nachdenken anzuregen. Es ist ja davon auszugehen, dass die Mehrheit einer Gruppe sich kritisch mit so einem Thema befassen möchte, sich aber nicht immer artikuliert. Wir besprechen mit unseren Guides tatsächliche oder mögliche Situationen in der Gedenkstätte und bestimmte Argumentationsmuster. Dabei beraten wir auch, ab wann pädagogische Veranstaltungen abgebrochen oder sogar zur Anzeige gebracht werden müssen.

Gibt es denn typische revisionistische Argumentationsmuster, die immer wieder genutzt werden?

Schellenberg: Die manifest Rechten in Schulgruppen kommen oft gar nicht mit oder äußern sich nicht. Hinter Provokationen stehen oft Personen, die noch kein geschlossenes Weltbild haben oder einfach nur provozieren wollen. Geschulte Rechte stellen mitunter gezielt Fragen, um die Geschichte zu relativieren, etwa durch Vergleiche mit anderen Verbrechen. Das kommt aber in der Gedenkstätte sehr selten vor.

Drecoll: Ein rhetorisches Mittel ist die Ausblendung des Kontextes. Viele schriftliche Befehle aus dem Nationalsozialismus sind etwa nicht eindeutig, nutzen euphemistische Begriffe – oder Befehle wurden nur mündlich gegeben. Da wird dann angeknüpft und versucht, mit vermeintlichem Detailwissen unter Ausblendung jedes Kontextes die Verbrechen insgesamt infrage zu stellen. Das kennen wir bereits aus den 1990er Jahren, als mit merkwürdigen Gutachten die Existenz von Gaskammern in Frage gestellt werden sollte – trotz hunderter Zeugenaussagen und Akten.

Kommt Gedenkstätten im Kampf gegen Geschichtsrevisionismus eine besondere Rolle zu?

Drecoll: Es ist eine Doppelfunktion: Erstens sind wir baulich manifestierte Ausrufezeichen der Erinnerungskultur. An uns kommt man erst mal nicht vorbei. Wir haben eine hohe Aufmerksamkeit. Mehr als 700.000 Menschen kommen pro Jahr nach Sachsenhausen, der ganz überwiegende Teil, um sich zu informieren und kritisch zu reflektieren. Zweitens zeigt so ein Konzentrationslager, wohin Diskriminierung und Ausgrenzung in ihrer schlimmsten Form führen – so sehr man sich

als Historiker davor hüten muss, einfache Parallelen zu ziehen. Die ehemaligen Tatorte machen klar, dass diese Taten im Bereich des Menschenmöglichen lagen. Das zeigt auch die Aktualität: Der Möglichkeitshorizont, auf den wir verweisen, der ist so furchtbar, dass er unbedingt zum Nachdenken anregen muss, was gegenwärtige Ereignisse angeht. Das halte ich für eminent wichtig.

Werden diese Orte noch an Bedeutung gewinnen, wenn immer weniger Zeitzeug*innen über ihre Erlebnisse berichten können?

Schellenberg: Ja. Vielleicht hat man eine Zeit lang gedacht, die NS-Gedenkstätten seien ein Teil der Erinnerungskultur der Bundesrepublik geworden; nicht mehr ein kritischer Stachel gegen Verdrängung wie in der Vergangenheit, sondern normale Orte. Man merkt jetzt durch die Angriffe von rechts, dass die Auseinandersetzung damit wieder an Bedeutung gewinnt und dass die Orte auch wieder stärker zivilgesellschaftlich in Anspruch genommen werden müssen.

Wie kann das gelingen?

Schellenberg: Wir arbeiten etwa mit Jugendlichen auch zur Frage „Wie möchten wir leben?“, und nicht nur dazu, was historisch passiert ist. Wir zeigen die Gegenwartsbezüge der Geschichte auf. Wir fragen nicht nur: „Was war das Leid der Sinti in Sachsenhausen?“, sondern auch: „Wo werden Roma heute in der Bundesrepublik diskriminiert?“ Wir zeigen auf, dass die Demokratie in Weimar nicht durch eine „Machtergreifung“ einfach zerstört, sondern von gewählten Parteien abgeschafft wurde.

Was wünschen Sie sich von der Gesellschaft, um revisionistischen Tendenzen entgegenzuwirken?

Drecoll: Mein Wunsch wäre, dass wir neben einem sehr stark international geprägten Publikum vor allem auch das nähere und weitere Umfeld erreichen. Dass wir die bundesdeutsche, aber auch die brandenburgische Zivilgesellschaft an unsere Orte binden, dass wir sie dazu anregen können, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Wir wollen nicht vorschreiben, welche Lehren zu ziehen sind, aber wir wollen zu dieser Beschäftigung animieren. Mein Wunsch ist, dass uns das gelingt.

Schellenberg: Als Leiter der Bildungsabteilung wünsche ich mir, dass diejenigen, die zu uns kommen, Sachsenhausen stärker als ihren eigenen Ort begreifen, ihre Fragen mitbringen, mit uns in den Dialog gehen und es weniger als Pflichtritual sehen. Bildung ist ein Prozess. Wir sind dafür offen und wünschen uns, dass sich unsere Besucher*innen darauf einlassen.

Über die Interviewten



Axel Drecoll ist Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen.



Martin Schellenberg leitet die pädagogische Abteilung der Gedenkstätte Sachsenhausen.



Ansichten aus der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen in Brandenburg



Erinnerung zwischen Weltmeisterschaft und Kehrtwende

Gratwanderungen der historisch-politischen Bildung

von Deborah Krieg

Soviel vorab: Geschichtsvermittlung ist kein (Allheil-) Mittel gegen Geschichtsrevisionismus und antisemitische Bezugnahmen oder Umdeutungen von Geschichte.

Lange Zeit bestand die Hoffnung, mit dem Beweisen und Erinnern der nationalsozialistischen Verbrechen zu einem „nie wieder“ beitragen, sich vor künftigen Gefahren wappnen und eine bessere, andere Gesellschaft gestalten zu können. Gegen viele Widerstände und Anfeindungen wurde recherchiert, zutage gefördert, offengelegt, wurden Spuren gesucht, Tatorte sichtbar gemacht und konservatorisch fixiert. In zahlreichen Ausstellungen, Theaterstücken und Filmen, aber auch in politischen und juristischen Auseinandersetzungen und Prozessen, wurde um einen angemessenen Umgang mit der NS-Ideologie und den Verbrechen der Shoah gerungen. Die Abwehr von Erinnerung, der Versuch der Umdeutung oder die strategische Platzierung anderer, scheinbar konkurrierender oder relativierender Geschichten und Erzählungen hat eine ebenso lange Tradition.

Vor und nach der „Wende“ schien es in allen Teilen Deutschlands den (zwar immer wieder herausgeforderten, aber mehrheitsfähigen) Konsens zu geben, dass eine Abgrenzung und unbedingte Ablehnung von NS-Ideologie und Antisemitismus Voraussetzung für eine demokratische und moderne Gesellschaft seien. Gleichzeitig gab es durchgehend „Schlussstrichdebatten“, das Gefühl, dass es „zu viel“ sei, dass „alle gelitten“ hätten. Es gab aggressive Reaktionen auf individuelle und lokale, aber auch nationale Versuche und Projekte einer „aktiven Erinnerungskultur“. Und es gab die Relativierer*innen, es gab die Leugner*innen, es gab die Verherrlichung des Nationalsozialismus und die Rechtfertigung der Shoah.

Und auch wenn wir inzwischen ein Mahnmal in der Hauptstadt haben, NS-Zeit und Shoah Teil des schulischen Curriculums geworden sind und viele Jugendliche in Deutschland Gedenkstätten besuchen – wir sind weiterhin gefragt, uns Gedanken zu machen, wie wir mit den sich anpassenden und verändernden Qualitäten von Antisemitismus und Revisionismus umgehen sollen, wie wir – auch im Bereich der Bildung – gegen ihr Erstarken und ihre breiter werdende Etablierung vorgehen können und was wir Tabubrücken und Diskursverschiebungen entgegensetzen können.

Das Leugnen, Relativieren oder Verherrlichen der NS-Geschichte und des Holocaust erfüllt eine Funktion in der und für die Gegenwart. Es geht in der Bildungsarbeit nicht vorrangig darum, Vergessen oder Vergessen-Wollen zu bekämpfen, sondern (gewollte) Umdeutungen. Diese Umdeutungen sind kein Teil einer offenen Auseinandersetzung mit Geschichte im Bemühen um ein umfassenderes Verständnis historischer Ereignisse und Prozesse oder gar ein Verstehen von (historischen) Gelingensbedingungen für Verbrechen. Sie erfüllen eine Funktion, der es gleichgültig sein kann und muss, ob sie für ihre Zwecke Erfindungen, Lügen, „Fake News“ oder „alternative Fakten“ bemüht. Es geht um die Etablierung eines unbeirraren emotionalen Wissens, um die Unterfütterung eines Weltbildes mit passenden Erzählungen. Dagegen können – zumindest bei denjenigen, die dieses Wissen verbreiten und propagieren oder es für

ihr Selbstverständnis dringend benötigen – Richtigstellungen, historische Fakten und Gegenerzählungen wenig ausrichten.

Ging es zunächst noch um die konkrete Abwehr von der eigenen Verantwortung und Beteiligung als Einzelne*r oder als Gesellschaft, geht es heute vermehrt um die Vorherrschaft einer schuldbehafteten, homogenen, völkischen Gemeinschaft. Es geht um die Deutungshoheit: Wer ist wir? Wer gehört zu uns? Wie sind wir aufgestellt? Wer soll an die Macht?

Es ist daher ein wesentlicher Teil von Bildung, sich auch mit der Funktion sowie den Strategien und Funktionsweisen von Revisionismus und Antisemitismus im Kontext von Erinnerung auseinanderzusetzen.

Bildung muss über die Vermittlung historischen Wissens hinausgehen

Dass wir aus der Geschichte lernen müssen, darin sind sich die meisten Pädagog*innen und Bildner*innen einig. Aber bei der Frage, wer lernen soll, und was und wie, hat die Einigkeit oft ein Ende, wird aus Gewissheit häufig Verunsicherung. Nicht viele können bei diesen Fragen auf einen eigenen, gut ausgestatteten Bildungsweg zurückblicken.

Gerne wurde und wird die Verantwortung für die Zukunft in Forderungen an Schulen und Jugendbildung weitergereicht. Dort kann und darf sie aber nicht stehen bleiben. Es ist wichtig, auch sich selbst zu überprüfen: Inwieweit sind die eigenen Strategien zum Umgang mit der Vergangenheit von Abwehrdiskursen, Schweigen oder oberflächlich gebliebenen Postulaten geprägt? Welches Instrumentarium wurde uns an die Hand gegeben, um mit Herausforderungen wie revisionistischen oder schuldabwehrenden Argumenten und Erzählungen umzugehen? An welchen Stellen und in welchen Situationen wollen und müssen wir unsere Bildungskonzepte nachjustieren?

Häufig finden wir uns in der Gestaltung und Moderation von Bildungsprozessen in einem Dilemma wieder. Wollen wir offene, befähigende Prozesse anstoßen, freie Meinungsbildung ermöglichen und auf die Vernunft der Adressat*innen unserer Angebote setzen, stehen wir oft vor der Herausforderung, problematische Äußerungen und Positionierungen unwidersprochen „stehen lassen“, wirken lassen zu müssen. Die eigene Position und Rolle können dann schnell als zustimmend oder beliebig interpretiert werden. Das Bildungsangebot kann ohne jede Irritation oder sogar mit dem Gefühl der Bestätigung dieser Argumente konsumiert werden. Setzen wir dem Normverdeutlichen entgegen und Grenzen im Sinne des Schutzes von Betroffenen und universeller Werte, kann die gemeinsame Auseinandersetzung schnell als direktiv, protektionistisch und zensorisch abgewehrt werden.

Gerade mit solchen scheinbar widerstreitenden Anforderungen politischer Bildung an sich selbst spielen

rechte und rechtspopulistische Strategien. Auf bewusste Tabubrüche folgt die Anklage, dass das Recht auf Meinungsfreiheit oder das Neutralitätsgebot verletzt würden. Daher ist es wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, dass zum einen Meinungsfreiheit nicht Widerspruchsfreiheit bedeutet. Zum anderen beinhaltet das Neutralitätsgebot nicht nur ein Verbot, sondern eben auch ein Gebot: gegen jede unterschiedliche Behandlung wegen Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Religion oder Nationalität einzuschreiten. Es kann dabei hilfreich sein, nicht (vergeblich) nach dem besten Mittel zwischen Offenheit und Korrektur zu suchen, sondern die Gleichzeitigkeit beider Prinzipien als gemeinsame Anstrengung transparent zu machen.

Auch in anderen Situationen passiert es immer wieder, dass Bildungsangebote gegen rechtspopulistische oder rechtsextreme Denkfiguren und Argumente in selbigen stecken bleiben und in einen Schlagabtausch geraten (manchmal mit geschulten und geübten Redner*innen). Verdrehungen werden Fakten, Umdeutungen Deutungen gegenübergestellt. Die eigentliche Frage – die nach der Funktion, nach der Ideologie und Weltsicht, die durch die vorgebrachten Argumente und Erzählungen vertreten wird – wird zweitrangig: Warum soll es denn wichtig sein, Menschen in Rassen zu unterscheiden, die Unvereinbarkeit von Kulturen zu erkennen, die Shoah als Erfindung zu akzeptieren, die guten Seiten des NS anzuerkennen, die jüdische Art zu entlarven, sich endlich einmal zu trauen, diese oder jenes offen zu sagen ...? Welche Konsequenzen ziehen diejenigen, die sie vertreten, aus diesen Behauptungen? Wie sieht denn die Gesellschaft aus, die sie gestalten wollen? Und was soll mit all denen passieren, die sie anders oder unpassend finden? Im Vordergrund sollte stehen: Warum, aus welcher Überzeugung heraus, stelle ich mich gegen einen solchen Gesellschaftsentwurf? Wofür stehe ich ein? Gegenrede und Widerspruch sind dann effektiv, wenn sie Gegenentwürfe beschreiben und begründen können, eigene Themen setzen, und nicht allein auf die Überführung oder Überzeugung ihres Gegenüber zielen – gerade auch im Hinblick darauf, dass in den meisten pädagogischen Begegnungen nicht nur jene Störer*innen beteiligt sind, sondern auch Menschen, die diese Positionen ebenfalls ablehnen, die verunsichert sind, sich überfordert fühlen oder unmittelbar betroffen sind.

Inhalte einer Bildung gegen Antisemitismus und Revisionismus sollte dem Thema daher auf drei Ebenen begegnen:

× HISTORISCHES LERNEN

Neben dem Wissen um historische Fakten und Ereignisse steht ein Lernen über „die Geschichte“ als gemeinsames Projekt, als gemeinsame Konstruktion und unabgeschlossener Verhandlungsgegenstand, sowie die Frage nach der Bedeutung von Geschichte für unsere gegenwärtige Welt- und Selbstsicht. Woher kommt Geschichte, wer macht sie und wofür brauchen wir sie? Dem schließt sich die Frage nach dem konkreten Umgang mit der NS-Geschichte und der Shoah an. Dazu gehört auch die Behandlung von Bearbeitungsdefiziten in der (jüngeren) Vergangenheit.

× GESCHICHTSBEWUSSTES VERHANDELN DER GEGENWART

Im gegebenen Komplex brauchen Bildungsangebote Räume, um sich mit der Frage danach zu beschäftigen, welche Funktionen schuldabwehrende, revisionistische oder verherrlichende Positionen erfüllen und welche Wirkungen die dahinterstehenden Welt- und Selbstbilder auf das gesellschaftliche Miteinander haben.

× HANDLUNGSSTRATEGIEN

Um Gegenpositionen entwerfen und verteidigen zu können, braucht es schließlich die (Alltags-) Kompetenz, entsprechende Argumente dechiffrieren, Antisemitismus erkennen, Kommunikationsstrategien identifizieren zu können. Es muss also auch um die Auseinandersetzung mit konkreten Aussagen, wiederkehrenden Symbolen und Topoi gehen.

Wir sind viele

Bei alledem müssen im pädagogischen Raum stets die individuellen Positionierungen der Anwesenden als Ausübende oder Betroffene diskriminierenden Handelns berücksichtigt werden. Ein Weg, verletzendes Handeln besprechbar zu machen, ohne den Ausübenden alternative Handlungsspielräume zu verschließen, ist die Trennung von „Tat“ und „Täter“, also von „Absicht“ und „Wirkung“ des problematischen Handelns (Ein Beispiel: Statt zu sagen „Du Antisemit“, sollte besser die Rede sein von „das Argument ist antisemitisch, weil ...“). Im Vordergrund steht dabei das Ziel, eine Verhaltensmodifikation zu erreichen, welche die Betroffenen und den gemeinsamen Raum vor weiteren Verletzungen schützt.

Für das pädagogische Handeln ist es zudem von besonderer Wichtigkeit, in der Reaktion auf Verletzungen Betroffenen den Subjektstatus nicht abzuerkennen. Der Anlass für eine Intervention muss immer die Verletzung sein, nicht die (Anwesenheit von) Verletzten. Die Betroffenenperspektive ist im Sinne eines allgemeingültigen Prinzips der Gleichwertigkeit aller aus dem Selbstverständnis der pädagogisch Handelnden heraus zu schützen. Antisemitismus und Revisionismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind nicht nur Ideologie und Einstellung – sie sind auch Alltagserfahrung. Ziel eines diskriminierungssensiblen Agierens im pädagogischen Raum sollte es daher sein, dieser Lebensrealität eine Alltagserfahrung solidarischen Handelns entgegenzusetzen.

Die Gestaltung von Erinnerungsräumen und Bildungsprozessen ist häufig von einem großen wechselseitigen Misstrauen darüber geprägt, ob die jeweils anderen richtig erinnern, aus den richtigen Gründen erinnern oder einen geeigneten Zugang zur Erinnerung haben. Dieses Misstrauen kann sich zum Beispiel intergenerationell, „interkulturell“ oder milieubedingt begründen. Können die überhaupt noch nachvollziehen, wie wir für einen anderen Umgang mit der Vergangenheit gekämpft haben? Interessieren sie sich überhaupt für unsere Geschichte, sind ihre Erzählungen und Traditionen, ihre Familiengeschichten nicht viel zu weit von NS und Shoah entfernt? Oder sind sie zu nah dran, um einen objektiven Umgang zu finden? Haben sie überhaupt die notwendige Vorbildung, um sich mit derart komplexen Themen auseinanderzusetzen? Sind sie nicht schnell verführt? Sind es ihre Ängste, die sie anfällig machen? Liegt ihr Unvermögen einer kritischen Reflexion an ihrer (Gruppen-) Sozialisation?

Zuletzt sei daher angemerkt, dass die Einteilung der Adressat*innen in unterschiedliche, jeweils einheitliche Gruppen, denen eine jeweils spezifische Herangehensweise und spezifische Schwierigkeiten unterstellt werden, ebenfalls dazu führen kann, eigene Vorstellungen von homogenen Wir-Gruppen zu befeuern. Das macht sie als Gegenentwurf für völkische Ideen instabil. Es bleibt also ein ständiger Auftrag, nicht nur die Erzählungen und das Wissen der Anderen (der Adressat*innen von Bildung), sondern auch die eigenen kritisch zu hinterfragen, um glaubhaft und wirksam für eine offene, vielfältige Gesellschaft einzutreten.

Über die Autorin

Deborah Krieg ist Bildungsreferentin der Bildungsstätte Anne Frank und Kuratorin des interaktiven Lernlabors „Anne Frank. Morgen mehr.“



Vertreter*innen der hessischen Courage-Schulen beim Landestreffen in Frankfurt am Main

„Wir sind nicht neutral“

Interview: Martín Steinhagen

Sanem Kleff, Direktorin des Bundesnetzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, über die Reaktion auf geschichtsrevisionistische Positionen im Unterricht und den Umgang von Schulen mit der AfD

Frau Kleff, in den vergangenen Jahren sind geschichtsrevisionistische Aussagen wieder lauter geworden. Macht sich das an Schulen bemerkbar?

Nach meiner Wahrnehmung ist das nicht stärker geworden, das gab es schon immer, zumindest während meiner 40 Jahre als Lehrerin. Kinder zwischen fünf und 15 Jahren sind aber nicht gerade die Altersgruppe, die sich mit Geschichte beschäftigt. Wenn, dann ist das Thema in den oberen Stufen.

Hat sich da etwas verändert?

Es gibt immer wieder einzelne Schülerinnen und Schüler, die sich über ihr soziales Umfeld mit solchen Thesen und Theorien beschäftigt haben. Mir berichten aber Kolleginnen und Kollegen, dass solche Themen offener und bewusst als Provokation angelegt angesprochen werden. Das ist neu.

Wie erklären Sie sich das?

Das deutet darauf hin, dass wir heute mehr Jugendliche vor uns haben, die eine „Schulung“ durchlaufen haben. Das „Informationsangebot“ aus der rechten Ecke an geschichtsrevisionistischen Thesen, vor allem in Form von Videos, von Tutorials geradezu, hat zugenommen. Beliebt ist etwa das Thema Opferzahlen – also „sechs Millionen jüdischer Opfer kann es ja nicht gegeben haben, weil ...“. Aber auch andere Versatzstücke und „Klassiker“ aus diesem Denken. Dazu gibt es im Netz Unmengen an Material.

Warum ist solche Propaganda für manche Jugendliche ansprechend?

Nicht zuletzt wegen der vermeintlich aufklärerischen Attitüde: „Jetzt kommen wir und sagen, wie es wirklich war, räumen endlich mit den Lügen auf.“ Jugendliche finden es grundsätzlich gut, zu der Gruppe zu gehören, die mutig sagt, wie es wirklich ist.

Wie können Eltern damit umgehen, wenn ihre Kinder solche Videos anschauen oder sich entsprechend äußern?

Da gibt es keine pauschale Antwort, das kommt sehr auf die Eltern an. Elternsein ist nicht einfach und es gibt viele Menschen, die dieser Herausforderung nicht gewachsen sind. Mein Fokus liegt umso mehr auf der Institution Schule. Es ist ihre Aufgabe, bewusst kompensatorisch zu wirken, um annähernde Chancengleichheit in der Bildungskarriere herzustellen. Das gilt besonders fürs Sozialverhalten: Schule muss auch Haltung mitprägen. Ich bin der Meinung, dass wir Werte zu vermitteln haben.

Was können Lehrer*innen tun, wenn Schüler*innen solche Medien konsumieren oder mit revisionistischen Parolen auffallen?

Schülerinnen und Schüler konsumieren unglaublich viel. Darunter vieles, was eigentlich immer wieder kritisch aufgegriffen werden müsste – nicht nur Revisionistisches.

Es kommt auf zwei Dinge gleichzeitig an: Erstens, der Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen muss als eine wichtige Quelle der Beeinflussung ihres Denkens ernst genommen werden. Da ist ganz klassische Medienkompetenzvermittlung angesagt: Quellen checken und überprüfen, welche Interessen dahinterstecken. Hilfreich ist dabei immer, wenn man den Jugendlichen Wege eröffnet, selber zu Medienmachern zu werden, damit sie aus der Rolle der Konsumierenden herauskommen. Der zweite Punkt betrifft historische Themen wie den Geschichtsrevisionismus selbst. Diese werden ja nicht nur über Medien vermittelt. Das Thema muss man von sich aus gezielt aufgreifen und dafür sensibel sein.

Sie meinen, noch bevor es eine Schülerin, ein Schüler anspricht?

Ja, alle Problemfelder sind besser zu bearbeiten, wenn man sie nicht in einer Konfliktsituation aufgreift, sondern vorher. Man sollte also nicht warten, bis der erste Schüler sagt: „Ach, sechs Millionen waren es gar nicht.“ Dann muss man natürlich intervenieren als akute Reaktion, aber das ist nicht die Lösung. Es geht darum, dass ich als Pädagogin das Thema ernst nehme und es selbst auf die Tagesordnung setze.

Wie viel Zeit ist dafür in der Schule?

Damit sieht es nicht gut aus. Ich habe vor sechs, sieben Jahren ein Modellprojekt zum Thema Erinnerungs- und Gedenkkultur in der Einwanderungsgesellschaft durchgeführt. Das Ziel war, herauszufinden, wie Erinnerungskultur angesichts einer diversen Schülerschaft mit unterschiedlichen familienbiographischen Bezügen aussehen sollte. Wir haben mit Schülerinnen und Schülern gearbeitet, um zu hören: Was ist denn für dich wichtig, aus Geschichte zu lernen? Was weißt du? Was interessiert dich?

Was haben Sie erfahren?

Es war schon ziemlich erschütternd, dass eine Gruppe von 15- bis 16-jährigen Schüler*innen aus verschiedenen Schulformen in Berlin nicht einmal zu berichten wusste, was die Mauer war. Sie wussten nicht wirklich zu sagen, warum sie da stand, wer sie gebaut hat. Als wir über den Zweiten Weltkrieg sprachen, fragte ich, wer gegen wen gekämpft habe. Die einhellige Meinung war: die Amerikaner gegen die Russen.



Häufig bieten zivilgesellschaftliche Initiativen politische Bildung oder Workshops zu geschichtlichen Themen in Schulen an. Aus der AfD heißt es mitunter: Das verstößt gegen das Neutralitätsgebot. Sie haben darauf mit dem Hashtag #wirsindnichtneutral geantwortet. Was meinen Sie damit?

Genau das. Wir sind nicht neutral. Wir stehen für eindeutige Werte. Wir stehen für ein Menschenbild, das wir auch im Grundgesetz wiederfinden und nicht nur in Artikel 1. Dieses Menschenbild geht von der Gleichwertigkeit aller Menschen aus. An diesem Punkt gibt es einen nicht überbrückbaren Dissens mit der AfD. Wir setzen uns bewusst parteiisch für diese Werte ein. Das kann man gut oder schlecht finden, aber wir bleiben bei unserer Position. Neutral im Sinne von „das ist uns alles vollkommen gleich und egal“ – das kann es nicht geben.

Was heißt das für Schulen?

Gerade an öffentlichen Schulen darf es eine solche Gleichgültigkeit nicht geben. Lehrerinnen und Lehrer sind den Eckpfeilern unserer Gesellschaft, unseres Grundgesetzes, verpflichtet. Sie sind insofern aufgerufen, parteiisch zu sein. Die Überzeugung, dass alle Menschen die gleichen Menschenrechte haben und die, dass Menschen unterschiedlich viel wert seien – das sind nicht zwei gleichwertige Meinungen, die einfach so nebeneinander stehenbleiben können.

Wie sieht das in der Praxis aus, etwa wenn an einer Schule eine Podiumsdiskussion geplant ist mit Vertreter*innen verschiedener Parteien und ein AfD-Kandidat sagt, er wolle auch eingeladen werden?

Die Schulleitung kann immer darüber bestimmen, wer den Fuß in das Gebäude setzen darf oder nicht – egal, ob Parteienvertreter oder Würstchenverkäufer. Es ist eine politische und eine pädagogische Frage, ob man ein Podium mit der gesamten Bandbreite macht oder nicht. Man könnte sich ja auch fragen, ob zum Beispiel die FDP noch relevant ist oder nicht. Diese Entscheidung sollte von Schulen inhaltlich begründet getroffen werden und nicht nach Schema F. Tatsache ist, dass die AfD eine zur Wahl zugelassene Partei ist und deshalb juristisch erst einmal dieselben Rechte in Anspruch nehmen darf wie jede andere Partei. Eine andere Frage ist, wie ich deren Inhalte bewerte.

Inwiefern?

Da gilt wieder: Wir dürfen nicht neutral sein. Wir müssen unsere Wertmaßstäbe anlegen. Wenn ich so zu dem Schluss komme, diese Partei lehnt die Gleichwertigkeit aller Menschen ab – und es braucht nicht viele Argumente dafür, warum das naheliegt – dann ist eine rote Linie überschritten. Auch Aussagen wie das „Vogelschiss“-Zitat, aus denen ja der Wunsch nach einem Schlussstrich unter die Aufarbeitung der NS-Geschichte spricht, sind klare Botschaften. Das sind dann inhaltliche Gründe, mit denen ich argumentiere: Diese Inhalte möchte ich nicht auf meinem Podium, weil ich sie nicht als gleichrangige Meinungen betrachten



kann, über die unserer Schülerschaft dann diskutieren soll.

Oft heißt es auch: Man muss Vertreter*innen solcher Ansichten stellen statt sie auszuschließen. Wie sehen Sie das?

Sicher ist denkbar, dass eine Schule sich bewusst dafür entscheidet, jemanden von dieser Partei einzuladen, um ihre Thesen dann in den Diskussionen mit den Schülerinnen und Schülern aufzuarbeiten. Das erfordert allerdings ein komplexes, zeitaufwendiges Vorbereiten, Durchführen, Nachbereiten. Das kann auf keinen Fall locker nebenher geleistet werden, wenn in der Aula 300 Schülerinnen und Schüler sitzen. Man muss mit viel Aufwand die passenden Formate schaffen. Als pragmatisch veranlagte Lehrerin frage ich mich dann: Lohnt sich das? Reicht es nicht, aufgezeichnete Auftritte mit den Schülerinnen und Schülern anzusehen?

Um beim Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ mitmachen zu können, müssen sich 70 Prozent der Schulmitglieder zu einer Selbstverpflichtung bekennen (siehe Infobox). Folgt aus diesen Leitlinien direkt etwas hinsichtlich dieser Frage?

Nein. Die drei Punkte beziehen sich zunächst auf das Handeln der unterzeichnenden Person selbst. Sie geben aber auch eine Absicht wieder, wofür die Mehrheit an der Schule stehen will. Alles andere ist davon abzuleiten. Wenn ich Punkt eins ernst nehme und sage, ich setze mich dafür ein, dass keine Form von Diskriminierung und Menschenverachtung an meiner Schule Platz hat, dann muss ich auch reflektieren, was es an der Schule bewirkt, wenn ich Vertreter solcher Positionen einlade. Also ob das menschenfeindliche Haltungen befördert oder ob es dazu dient, diese präventiv einzuschränken. Da ist Verantwortungsbewusstsein gefordert – von den Erwachsenen wie von den Schülern.

Zur Person



Sanem Kleff ist Direktorin von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Bundesweit haben sich mehr als 3200 Schulen zu der Selbstverpflichtung des Netzwerks bekannt. In Hessen ist die Bildungsstätte Anne Frank mit der Landeskoordination beauftragt.

Die Selbstverpflichtung

Wer sich zu den Zielen einer „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bekennt, unterschreibt folgende Selbstverpflichtung:

1. Ich werde mich dafür einsetzen, dass es zu einer zentralen Aufgabe meiner Schule wird, nachhaltige und langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden.
2. Wenn an meiner Schule Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen ausgeübt werden, wende ich mich dagegen und setze mich dafür ein, dass wir in einer offenen Auseinandersetzung mit diesem Problem gemeinsam Wege finden, uns zukünftig zu achten.
3. Ich setze mich dafür ein, dass an meiner Schule einmal pro Jahr ein Projekt zum Thema Diskriminierungen durchgeführt wird, um langfristig gegen jegliche Form von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, vorzugehen.

Eine Schule bekommt den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, wenn mindestens 70 Prozent aller Menschen an einer Schule diese Selbstverpflichtung unterschrieben haben.

Mehr unter: schule-ohne-rassismus.org

Und jetzt können sie auch noch lesen

von Eva Berendsen und János Erkens

Wenn die Neue Rechte Buchmessen kapert:
Was man ihr entgegensetzen kann –
ohne über ihre PR-Stöckchen zu springen



„Tatort“-Darsteller Andreas Hoppe auf der Frankfurter Buchmesse 2017

Das Feedback, das den Auftritt der Bildungsstätte Anne Frank auf der Buchmesse 2017 begleitete, war nicht durchgehend erbaulich. Zum weltgrößten Lesefest erhielten wir massig Hass aus dem Lager der Neuen Rechten – direkt am Stand, als Verbalattacken gegenüber den Mitarbeiter*innen, aber auch als Hate Speech auf unseren Social-Media-Kanälen. Antisemitische und rassistische Hetze, schräge historische Analogien und die Aneignung von Anne Frank-Zitaten für geschichtsrevisionistische Zwecke stellten das Team während der Messetage vor enorme Herausforderungen. Ganz zu schweigen von der Frage, wie eine wehrhafte Zivilgesellschaft auf die „metapolitischen“ PR-Strategien der Neuen Rechten reagieren sollte: mit Empörung? Mit Ignoranz? Oder mit ganz was Neuem?

Die Neue Rechte inszeniert sich selbst

Was war passiert? Der neurechte Antaios-Verlag von Götz Kubitschek, der mit seiner Frau Ellen Kositzka zu den Chefidelog*innen der Neuen Rechten zählt, hatte seinen Stand in unmittelbarer Nachbarschaft zu zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wie der Amadeu Antonio Stiftung und der Bildungsstätte Anne Frank aufgebaut. Zum Programm des Antaios-Verlags gehören der antisemitische und verschwörungsideologische Bestseller „Finis Germania“ des verstorbenen Rolf Siederle sowie das rassistische Manifest der rechts-extremen Identitären Bewegung, „Der große Austausch“ von Renaud Camus. Enger Freund und Vertrauter Götz Kubitscheks ist AfD-Rechtsaußen Björn Höcke, der zum großen „Schaulaufen der Rechten“¹ ebenso anreiste wie neurechte Intellektuelle, die Köpfe der Identitären und organisierte Neonazis. Toleriert wurde diese selbstbewusste Raumnahme von Buchmesse, Buchbranche und der Öffentlichkeit mit dem Argument, man pflege nun einmal eine offene, demokratische Debatte – ein Argument, das Verunsicherung und Zaghaflichkeit im Umgang mit völkischen, antisemiti-

schen, geschichtsrevisionistischen und rassistischen Akteur*innen nur notdürftig kaschieren konnte. Frankfurter Buchmesse 2017, ein PR-Coup für die Neue Rechte in Deutschland, die in den vergangenen Monaten in puncto Medienarbeit und Image-Marketing alles richtig gemacht hatte.

¹ In: Frankfurter Rundschau, 16.10.2017: www.fr.de/kultur/buchmesse-frankfurt/buchmesse-vor-ort/antaios-auf-der-buchmesse-die-landnahme-a-1369283 (zuletzt aufgerufen: 1.10.2018)

Strategien der Metapolitik, auf rechts gedreht

Seit Jahren schon ist die Neue Rechte bemüht, sich einen intellektuellen Anstrich zu geben – und ist damit einigermaßen erfolgreich. Ihr strategisches Ziel dabei ist es, sich vom geistig als eher unterkomplex geltenden Spektrum aus holocaustleugnenden Altnazis und Haudrauf-Glatzen in Springerstiefeln aus den 90ern abzugrenzen. Wie jeder ordentliche Wissensproduktionsbetrieb waren also auch Verlage aus dem neurechten Spektrum immer wieder auf den Buchmessen in Frankfurt/Main und Leipzig vertreten. Ihre Präsenz blieb jahrelang mehr oder weniger unter dem Radar einer breiteren Öffentlichkeit. Dann kam es auch in Deutschland zu einem massiven Erstarken des Rechtspopulismus, mit dem Aufstieg der AfD im Zuge der „Flüchtlingskrise“ 2015. Die Neue Rechte hatte außerdem mit der sogenannten Metapolitik eine polit-aktivistische Strategie für sich entdeckt, die sie sich bei der politischen Linken und den sozialen Bewegungen abgeschaut und deren Muster sie auf rechts gedreht hatte. Zum Repertoire der an Kubitscheks Thinktank, dem sogenannten Institut für Staatspolitik im sachsen-anhaltischen Schnellroda geschulten Polit-Aktivist*innen gehören etwa die Störung oder Blockade von öffentlichen Veranstaltungen, die Besetzung symbolträchtiger Bauten oder Guerilla-Marketing. Spätestens seit 2017 sucht die Neue Rechte auch die Bühne der großen Lesefeste des Landes, um diese für ihre „metapolitische“ Propaganda zu nutzen. Dem Kleinverlag Antaios gelang es dabei, an den Frankfurter Messetagen 2017 maximale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.



Popsänger Udo Lindenberg ließ sich für „mut mutiger mund auf!“ fotografieren

Fallstricke der Gegenstrategien: Unsere Kampagne „mut mutiger mund auf!“

Die Aktivitäten eines solchen Verlages samt zugehörigem Autor*innenrepertoire, zumal in unmittelbarer Messe-Nachbarschaft, einfach unwiderrprochen lassen? Unsere Antwort lautete entschieden: nein! Mit der Kampagne „mut mutiger mund auf!“ – Gib der Vielfalt Deine Stimme“ forderten wir die Messe-gäste dazu auf, ein deutliches Zeichen gegen rechts zu setzen. Ganz unkompliziert: Am Stand der Bildungsstätte Anne Frank konnten Besucher*innen ihren Mund fotografieren und ein Statement für Vielfalt abgeben. Fertig. Tausende Fotos von Mündern und Unterschriften konnten wir an den Messetagen sammeln. Zahlreiche Messegäste zeigten sich erleichtert, dass an kleinen Ständen wie jenem der Bildungsstätte Anne Frank mit einer niedrighschwelligen Aktion gegen rechts und für Vielfalt die demokratische Zivilgesellschaft verteidigt wurde, während bei den Großen der Buchbranche ein enttäuschendes business as usual herrschte. Prominente wie der Buchpreisträger Robert Menasse, der Schriftsteller Uwe Timm, die damalige Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries, Popsänger Udo Lindenberg, Moderator Michel Friedman, der einstige Kanzlerkandidat Martin Schulz, die Bloggerin Stefanie Sargnagel oder die Holocaustüberlebende Eva Szepesi ließen sich für die Aktion fotografieren. Zahlreiche Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützten die Bildungsstätte – darunter das Bundesfamilienministerium, die Stadt Frankfurt, der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Gewerkschaften, Kirchen und verschiedene Migrant*innen-Selbstorganisationen. Comedian Jan Böhrmann mit seinen mehr als eine Million Facebook-Follower*innen teilte einen Post der Bildungsstätte, der sich mit den Diskursstrategien der Neuen Rechten befasste, und trug damit das Thema über die Messe-Blase hinaus in die Breite. Auf unterschiedliche Weise konnte gezeigt werden, dass die Mehrheit für eine Gesellschaft eintritt, in der alle einen Platz haben – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, religiöser Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung.

Ein voller Erfolg? Ja.

Und nein. Denn das aktive Eintreten gegen rechte Akteur*innen auf der Buchmesse war nicht nur für die Beteiligten äußerst kraftraubend, sondern stellt ganz grundsätzlich ein Dilemma dar, das es bei jeder Intervention gegen rechte Akteur*innen auszutarieren gilt.

Zum einen war die direkte Konfrontation mit dem Antaios-Dunstkreis ein nervlicher Drahtseilakt. Immer wieder suchten Personen aus dem Umfeld des rechtsradikalen Verlags den Stand der Bildungsstätte auf, um die Mitarbeiter*innen zu bedrängen und in Diskussionen zu verstricken. Wie sich schnell herausstellte, ging es den Rechten dabei keineswegs um eine wirkliche Diskussion, sondern darum, Energie und Zeit der Gesprächspartner*innen zu binden. Themenhopping und inhaltliche Verkehrungen gehören

zu den Spezialitäten des Fanclubs um das Ehepaar aus Schnellroda: Eben versucht man noch, die unter der Tarnvokabel des Ethnopluralismus ausgegebenen Äußerungen als nicht identisch mit dem, was wir unter „Vielfalt“ verstehen, sondern als rassistisch zu entlarven – schon hat das Gegenüber bereits das Thema gewechselt und behauptet, wer für Gender-Mainstreaming sei, befördere die „Frühsexualisierung unserer Kinder“. Standardtenor der um Verdrehungen von historischen Tatsachen nicht verlegenen Klientel: „Ihr seid die wahren Faschisten!“ Während man die Messeatmosphäre offline schon ziemlich hässlich findet, meldet die Social-Media-Redaktion, auf der Facebook-Seite der Bildungsstätte würden zahlreiche Hasskommentare gepostet, darunter auch solche, in denen Anne Frank-Zitate in geschichtsrevisionistischer



und diffamierender Weise genutzt wurden, um gegen die Bildungsstätte und ihre „mut“-Aktion zu hetzen. Viele Kommentator*innen behaupteten eine Verfolgung wie zu Zeiten der NS-Diktatur: „Es trennt uns nicht mehr viel von 1933, nur dass noch niemand wegen seiner ‚bösen‘ Meinung abgeholt wurde“, schreibt ein Nutzer unter Klarnamen. „Aber das kommt auch noch.“

Zum anderen tragen Kampagnen wie unsere „mut“-Aktion unvermeidlich zu noch mehr Aufmerksamkeit für die rechte Prominenz bei, die sich – vom Posterboy Martin Sellner über den wegen Volksverhetzung verurteilten Akif Pirinçci bis zu AfD-Rechtsaußen Björn Höcke – auf der Buchmesse von ihren Fans feiern ließen. Die Proteste der Gegendemonstrant*innen wurden dazu genutzt, sich als Opfer einer „Meinungsdiktatur“ zu inszenieren, wofür die Messeleitung später die Gegendemonstrant*innen verantwortlich machte – sicherlich auch, um die eigenen Fehler und Versäumnisse zu kaschieren. In der Tat schaffte es die smarte Neue Rechte, sich fast jeden Protest einzuverleiben und anzueignen: So trug Ellen Kositzka vom ersten Messetag an den Button unserer Aktion mit dem Schriftzug „mut mutiger mund auf!“ sichtbar am Revers. Dies begründete wiederum das bürgerlich-

liberale Narrativ, die Raumnahme der Buchmesse durch die Neue Rechte sei nur aufgrund des Gegenprotests aus dem linken Spektrum möglich gewesen – denn diese Proteste seien von den Akteur*innen der Neuen Rechten bereits vorweggenommen und in die eigene PR-Strategie eingeflochten worden. Wir sehen uns vielmehr so: Auf unsere Aktion reagierte das Antaios-Umfeld mit der üblichen Opferinszenierung, die innerhalb eines bürgerlich-liberalen Spektrums, das ausschließlich über Meinungsfreiheit diskutieren will, wiederum unmittelbar verfangt. In den Worten von Götz Kubitschek bei einer Veranstaltung auf der Messe: „Wir haben ja unsere PR-Abteilung nach außen verlagert. Die PR wird von anderen für uns gemacht... Man verlegt Minen und irgendein Idiot tritt drauf.“

Hausaufgaben machen!

Selbstbewusste Raumnahme von rechts bei raumgreifender Verunsicherung von Veranstalter*innen und Buchbranche, Politik, Medien und Zivilgesellschaft – während der Buchmesse 2017 zeigte sich deutlich, dass es keine Patentrezepte gegen die Strategien der neuen, medienkompetenten Rechtspopulist*innen gibt. Einige Grundregeln im Umgang mit rechten Akteur*innen haben wir dennoch aus unseren Erfahrungen im Rahmen der Kampagne ableiten können.

In der politischen Kommunikation gegen rechts müssen Begriffe geschärft und Schlagworte kritisch hinterfragt werden, um nicht mit einer Kombination von Worthülsen in die Offensive zu treten, die zwar erst einmal gut klingen, dabei aber auch unter identitären, neurechten oder rechtspopulistischen Akteur*innen recht problemlos ihre Zustimmung finden können. Denn zu den Strategien der Neuen Rechten gehört auch die Selbstdarstellung als kompatibel mit den Forderungen der Mehrheitsgesellschaft: Sowohl Rassismus als auch Antisemitismus und Ungerechtigkeit lehnt die Neue Rechte vordergründig ab.

Ein Beispiel dafür war der Claim unserer Kampagne „mut mutiger mund auf!“. Auch Rechtspopulist*innen konnten ihn problemlos für sich reklamieren, wie unser Button am Revers von Ellen Kositzka deutlich machte. Die Bildungsstätte Anne Frank hat an den Messetagen 2017 die Kampagne deshalb spontan nachgebessert: Der schwammige Vielfalts-Begriff wurde für alle sichtbar am Stand mit Inhalt gefüllt. „Gegen völkischen Nationalismus und jeden Antisemitismus“, schrieben wir etwa auf Sprechblasen. Und: „Ethnopluralismus bedeutet Rassismus“.

Der Sensationslust widerstehen

Viele fühlen sich derzeit angesichts der Stärke der Rechtspopulist*innen und ihrer erfolgreichen Strategien in der Defensive. Sicherlich haben die zahlreichen Homestories in der Presse, die Götz Kubitschek als Rowlingschen Dunklen Lord plus Ziegenzucht in



Auch der einstige SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz schloss sich der „mut“-Aktion der Bildungsstätte an

Szene setzten, zu dem Unbehagen beigetragen – sogar die *New York Times* hatte eine solche Story veröffentlicht. Medien dürfen nicht der Faszination, welche die Köpfe der Neuen Rechten auszuüben in der Lage sind, erliegen, sondern müssen nüchtern berichten – und dürfen strategisch gezielt hochgejazzte Gruppierungen wie die Identitäre „Bewegung“ nicht größer machen, als sie sind. Die Nervosität, welche die Neue Rechte im bürgerlich-liberalen Lager erzeugt, ist Teil der Strategie, die den „Rabatz“ (Kubitschek) braucht, um gesehen zu werden und die gesellschaftliche Spaltung weiter voranzutreiben. Dem sollte die Zivilgesellschaft die Coolness der Mehrheit entgegensetzen.

Nicht mit, sondern über Rechte reden

Während die Öffentlichkeit unter dem Diktum des „Mit Rechten reden“ noch um eine souveräne Haltung ringt, sollte sie vermeiden, immer wieder auf den „Vulgärliberalismus“ (Melanie Amann) der Rechtspopulist*innen sowie ihre Selbstinszenierungen als Opfer hereinzufallen. Meinungsfreiheit ist nicht als Pflicht zu verstehen, sich auch alles widerspruchlos anhören zu müssen. Menschenfeinde als solche zu benennen und ihre menschenverachtenden Äußerungen zu kritisieren ist, entgegen den Polemiken der Neuen Rechten, keinesfalls gleichzusetzen mit „Zensur“.

Die Rechte sucht das Gespräch in der Regel nicht, um offen Positionen auszutauschen und zu diskutieren, sondern um ihre menschenverachtenden Terminologien zu streuen und in einen breiten gesellschaftlichen Diskurs einzuspeisen. Unser Team hat an den Messtagen noch einmal eindrücklich erfahren, dass man Gespräche auch abbrechen kann, wenn das Gegenüber immer wieder menschenverachtende Positionen äußert und sich andeutet, dass ideologisch gefestigte Personen um pure Provokation bemüht sind und dabei vielleicht sogar noch die Handykamera laufen lassen, für später auf Youtube.

Der Anspruch, gefestigte Ideolog*innen im Handstreich zu Demokrat*innen erziehen zu können, mag löblich sein, birgt jedoch auch die Gefahr, rechte Aussagen zu legitimen Diskurspositionen aufzuwerten. Während man sicherlich nicht jeden sprachlichen Köder der AfD schlucken, im O-Ton zitieren und damit weiter kursieren lassen sollte, dürfen wir uns zugleich um keinen Preis an die Sprache der Rechtspopulist*innen gewöhnen oder ihre Begriffe nachlässig in den eigenen Sprachgebrauch aufnehmen. Stattdessen gilt es, rassistische, antisemitische, völkische und menschenverachtende Ideen zu dokumentieren, zu benennen und zu kritisieren – und zu erklären, warum sie problematisch sind. Die Zivilgesellschaft, die längst auch eine digitale ist, ist aufgefordert, Opfer und Betroffene von Hass und menschenfeindlicher Hetze zu unterstützen, unabhängig davon, ob sich die Gewalt auf der Straße oder im Netz abspielt. Immer wieder berichten Betroffene von menschenfeindlicher Gewalt, dass sie das Schweigen der Unbeteiligten und des Umfelds als fast noch schmerzhafter als den Angriff selbst erlebt hätten.

Ein Jahr später, auf der Frankfurter Buchmesse 2018, haben wir uns am Stand der Bildungsstätte Anne Frank entschieden, das Gespräch mit Rechten nicht in den Mittelpunkt unseres Messtreibens zu stellen. Wir wollten vielmehr mit denjenigen reden, die von Rechten bedroht werden, die von rechter Gewalt betroffen sind, für die es keinen Platz im völkischen Weltbild gibt, denen viel zu wenig zugehört wird. Weil Rechte zuvor auf Twitter zur Störung der Veranstaltung aufgerufen hatten, fand der Talk mit linken, jüdischen und BPoC-Blogger*innen und -Autor*innen – Juna Grossmann, Max Czollek und Ayesha Khan – unter Polizeischutz, aber vor mehr als hundert Messe-Zuschauer*innen statt. Auf den Besuch des Rechtsradikalen Björn Höcke auf der Messe waren wir in jenem Jahr auch gut vorbereitet – mit einem Flyer, der argumentierte, warum es okay ist, gegen Höcke zu protestieren. Der Antaios-Verlag war in jenem Jahr nur im Rahmen eines missglückten PR-Stunts auf der Messe vertreten. In den Medien wurde die Performance der Neuen Rechten auf der Messe weitgehend ignoriert.²

2019 hatte die Messeleitung den Antaios-Verlag zusammen mit der rechten Tageszeitung *Junge Freiheit* und anderen rechten Akteur*innen in einem abgelegenen Gang der Halle vier platziert, fernab der journalistischen Haupttrouten. Auch diese Entscheidung der Buchmesse versuchten Kubitschek & Co. in ihrem Sinne umzudeuten: In gewohnt geschichtsrevisionistischer Manier machte das Schlagwort der „Ghettoisierung“ auf rechten Plattformen und in entsprechenden Verlagskreisen die Runde (Kositza: „Klingt irgendwie nach Ghetto.“³), doch auch dieses Lamento blieb weitgehend unrezipiert. Stattdessen: Langeweile. Oder, in den Worten Kubitscheks: „Diese [sic!] Jahr nun: Sackgasse.“ Man könne nur einmal unterschätzt auftauchen, bilanziert Kubitschek auf seinem Blog sezession.de. Das sei das alte Gesetz der Provokation und des Coups. In gewohnt militaristisch verklärter Tonart fährt er fort: „Insofern war die Messe nur solange unser Ort, als wir die Bedingungen diktieren und mit völlig unterlegenen

Kräften wie mit dem Fallschirm abgeworfen an einen Knotenpunkt erobern, den der Gegner nicht mehr rechtzeitig abschirmen konnte.“⁴

Eine Medienresonanz wie 2017 konnte die Neue Rechte in den Folgejahren also nicht mehr ansatzweise erreichen. Wenn alle – Veranstalter*innen, Journalist*innen, Zivilgesellschaft – den gezielt provokativen Spielchen der Neuen Rechten keine Plattform bieten, läuft ihr PR-Konzept ins Leere.



Die rechtsextreme Publizistin Ellen Kositza (links) beim Versuch, die „mut“-Aktion zu vereinnahmen, und Mitarbeiter*innen der Bildungsstätte, die dies verhindern

Über die Autor*innen

Eva Berendsen leitet den Bereich Kommunikation in der Bildungsstätte Anne Frank.

János Erkens ist Mitarbeiter im Bereich Kommunikation der Bildungsstätte Anne Frank.

2 Kubitschek hatte die Öffentlichkeit mit dem angeblichen Verkauf seines Verlags an den weithin unbekannten Loci-Verlag zu täuschen versucht. Antaios, zuvor gar nicht angekündigt, zeigte seine Bücher dann am Loci-Stand. Kubitschek und sein Gefolge feierten das als einen PR-Coup, während die etablierten Medien der Story allerdings nur wenig bis gar keine Aufmerksamkeit schenkten.

3 zit. nach Fedders 2019 <https://gegneranalyse.de/die-neue-rechte-in-der-sackgasse/>

4 <https://sezession.de/61669/buchmesse-2019-viel-stoff>

Wegducken geht nicht

Über den medialen Umgang mit der AfD

von Nadja Erb

Die geschichtsrevisionistischen Äußerungen von AfD-Politiker*innen bedeuten für uns Journalist*innen ein Dilemma. Wie sollen wir darüber berichten, ohne die Empörungsspirale mitzudrehen, auf die die Rechten offenkundig setzen? Wie solchen Tabubrüchen mit Haltung begegnen, ohne zugleich ihre Wirksamkeit zu erhöhen? Die gewählten Mittel können sicher von Fall zu Fall andere sein, doch für uns bei der *Frankfurter Rundschau* ist klar: Wegducken geht nicht.

Natürlich sind Auftritte wie der des Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke, der im Januar 2017 das Holocaust-Mahnmal in Berlin ein „Denkmal der Schande“ nannte, gezielte Provokationen. Ein Tabubruch mit Ansage, für den Höcke beispielsweise den Ort und den Zeitpunkt offensichtlich bewusst auswählte: das einst von Bomben zerstörte und nun von selbsternannten „Patrioten“ heimgesuchte Dresden und den Tag der Entscheidung zum NPD-Verbot in Karlsruhe. Der damalige AfD-Chef Alexander Gauland hielt seine „Vogelschiss“-Rede im Sommer 2018 auf dem Bundeskongress der AfD-Jugendorganisation, deren Mitglieder noch häufiger extrem rechte Positionen pflegen als die der Mutterpartei. Auftritte wie diese sind also ganz im Sinne der AfD-Strategie, mit genau geplanten Ausfällen möglichst große Aufmerksamkeit zu erzielen und die Agenda von Medien und politischen Gegner*innen zu dominieren – Hauptsache Schlagzeilen.

Insofern läge der journalistische Reflex nahe, sich dieser populistischen Logik von Provokation → Empörung → Dauerpräsenz zu entziehen und die AfD mit vollständigem Aufmerksamkeitsentzug zu bestrafen.

Diesem Reflex nachzugeben und Höcke, Gauland und Co. zu ignorieren, verbietet sich dennoch. Nicht nur deshalb, weil es keine dahergelaufenen Neonazis sind, die da mit ihren rechtsextremen Parolen an den Grundfesten der Bundesrepublik rütteln. Es sind Führungsfiguren einer Partei, die in allen Länderparlamenten und im Bundestag vertreten ist und die laut Umfragen jede*n siebte*n Bundesbürger*in zu ihren Anhänger*innen zählen darf.

Hinzu kommt, dass sich selbst Äußerungen, die vor einem relativ überschaubaren Publikum getätigt werden – Gauland brachte sein „Vogelschiss“-Zitat vor rund 100 Leuten – über die sozialen Medien rasend schnell und weit verbreiten können, angefeuert von der AfD-eigenen PR-Maschinerie, die längst viele Menschen außerhalb der rechten Filterblase erreicht. Wir Journalist*innen schaffen der AfD also nicht unbedingt eine Bühne, wenn wir die geschichtsrevisionistischen Äußerungen ihrer Funktionär*innen einordnen. Diese Bühne hat sie längst – in den Parlamenten wie im Netz.

Natürlich darf es nicht darum gehen, entsprechende AfD-Zitate schlicht als Nachricht weiterzuverbreiten. Wir müssen sie einordnen, müssen Zusammenhänge liefern, sie mit historischen Fakten kontern.

Die *Frankfurter Rundschau* macht beispielsweise im Zusammenhang mit Berichten über geschichtsrevisionistische Äußerungen von AfD-Politiker*innen auch immer wieder die Strategie deutlich, die dahintersteht. Neben dem Bericht zu Höckes Rede etwa stand eine kurze Dokumentation des internen Strategiepapiers der Partei zum Bundestagswahlkampf, in dem es hieß, man wolle „mit sorgfältig geplanten Provokationen“ die anderen Parteien zu nervösen und unfairen Reaktionen verleiten. Und dass es umso „positiver für das Profil der Partei sei“, je mehr sie

stigmatisiert werde. Viele Medien haben nach entsprechenden Äußerungen seitens der AfD ausführlich Historiker*innen oder Antisemitismusforscher*innen zu Wort kommen lassen – ebenfalls ein guter Zugang. Es wäre falsch, die Gefahr zu unterschätzen, die von dem seitens der Rechten auf die beschriebene Weise verbreiteten Gedankengut ausgeht, bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Mit jedem der wohlkalkulierten Tabubrüche von Höcke und seinesgleichen droht die Menschenfeindlichkeit der extremen Rechten ein Stück mehr salonfähig zu werden.

Wer die Relativierung des Holocaust gesellschaftsfähig machen will, dem muss deshalb sichtbar und mit aller Vehemenz widersprochen werden. Eine große Wirkung in diesem Sinne hat beispielsweise die Titelseite des Berliner *Tagesspiegel* in der Montagsausgabe nach Gaulands „Vogelschiss“-Rede entfaltet. Die Zeitung druckte 13 Fotos ab, von denen jedes für ein Jahr NS-Zeit und ihre Verbrechen steht, darunter ein Porträt von Anne Frank. Plakativ, aber wirkungsvoll.

Sich mit dem rechten Gedankengut auseinanderzusetzen heißt weder, über jedes propagandistische Stöckchen zu springen, noch bedeutet es zwangsläufig, sich mit AfD-Politiker*innen direkt ins Benehmen zu setzen. Über die Gefahren des Geschichtsrevisionismus von rechts lässt sich in Talkshows möglicherweise auch gut mit Historiker*innen und Vertreter*innen anderer Parteien streiten, statt den Platz AfD-Politiker*innen einzuräumen, der dann dieselben Sätze wiederholen darf, um zu erklären, dass sie eigentlich ganz anders gemeint waren. Ich würde mir wünschen, AfD-Politiker*innen würden – wenn überhaupt – häufiger in Sendungen zur Renten- als zur Erinnerungspolitik eingeladen.

FAZ-Herausgeber Berthold Kohler rechtfertigte im Herbst 2018 den umstrittenen Abdruck eines Gastbeitrags Alexander Gaulands zum Thema Populismus mit dem Voltaire-Zitat „Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen.“ Damit knüpft er direkt an das Mantra rechtskonservativer Kreise von dem an, was angeblich nicht mehr gesagt werden darf. Während die Rechten gleichzeitig die Grenzen des Sagbaren in Talkshowsesseln, auf Kongressbühnen und an Rednerpulten in den Parlamenten immer weiter verschieben.

Die braunen Verführer*innen von der AfD macht man nicht klein, indem man sie totschweigt. Aber auch nicht, indem man sie hofiert. Die Balance zu finden ist für uns Journalist*innen eine Herausforderung – jeden Tag aufs Neue.

Über die Autorin

Nadja Erb ist stellvertretende Ressortleiterin Politik der *Frankfurter Rundschau*.

Eloquente Feindlichkeit

Historische Hassrede auf Twitter & Co:
Empfehlungen zum Umgang
mit Online-Geschichtsrevisionismus

von Oliver Saal

Hate Speech ist gewalttätige Sprache. Sie kann Angriffe, Beschimpfungen und Hass enthalten – oder ganz subtile Abwertungen. In jedem Fall werden durch Hate Speech Gruppen von Menschen beleidigt oder verleumdet – es handelt sich also um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Hate Speech liegt auch vor, wenn Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit die Gleichwertigkeit oder die gleichen Rechte abgesprochen werden – schlimmstenfalls das Recht, zu leben (oder immer öfter: in Deutschland zu leben).

Auch Geschichte, also die Aspekte der Vergangenheit, derer Menschen gedenken, wird instrumentalisiert, um Gruppen abzuwerten. Historische Lügen, Verfälschungen, Vereinfachungen und Relativierungen beziehen sich in Deutschland besonders häufig auf den Nationalsozialismus und den untrennbar damit verbundenen Zivilisationsbruch Holocaust – und sind damit antisemitisch. Dazu zählt die offene Leugnung des Holocausts, die vor allem von offen rechtsextremen Antisemit*innen betrieben wird. Die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel weist in ihrer 2019 erschienenen Studie nach, dass Judenhass im Internet in den vergangenen zehn Jahren erheblich zugenommen hat. Viele der von ihr angeführten und typisierten antisemitischen Aussagen relativieren den Holocaust, etwa indem israelische Politik mit der Vernichtungspolitik der Nazis verglichen oder behauptet wird, Israel habe – im Unterschied zu Deutschland – aus der Geschichte nicht gelernt.

„Hass“ legt als Begriff nahe, bei Hate Speech würde es sich um ein irrationales Gefühl handeln, das ausschließlich im Unbewussten entsteht. Historische Hassrede dagegen ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Menschenverachtung hinter Hassrede nicht immer durch Beleidigungen oder Irrationalität ihren Ausdruck findet. Hassrede kann vielmehr auch eloquent und sachlich formuliert sowie scheinbar logisch argumentiert daherkommen – und dennoch zutiefst feindselig gemeint sein. Was die deutsche Geschichte tatsächlich zeigt: Hassrede kann die Grundlage für Gewalt und Verfolgung einer ganzen Menschengruppe sein. Die folgenden Punkte sollen deshalb Umgangsstrategien mit historisch begründeter Hate Speech in sozialen Netzwerken aufzeigen.

1. STRAFRECHTLICH RELEVANTE HATE SPEECH

Über strafrechtlich relevante Äußerungen, Bilder und Posts müssen Sie nicht diskutieren. Stattdessen sollten Sie den entsprechenden Post oder Kommentar dem sozialen Netzwerk melden sowie zur Anzeige bringen, zum Beispiel über die Formulare der Onlinewachen der Bundesländer.¹ Natürlich können Sie als juristischer Laie nicht sicher beurteilen, ob ein Post strafrechtlich relevant ist. Weil Strafanzeigen aber auch online mit wenigen Klicks gestellt werden können, sollten Sie den Aufwand nicht scheuen. Strafverfahren machen aus Geschichtsrevisionist*innen natürlich keine überzeugten Demokrat*innen – aber dadurch werden die besonders radikalen Hassredner*innen in ihre Schranken verwiesen, und ihnen wird der Raum zur öffentlichen Artikulation von Menschenfeindlichkeit genommen.

So ist beispielsweise jede öffentliche Leugnung des Holocausts eine Straftat und sollte zur Anzeige gebracht werden. Das schließt nicht nur die direkte Verleugnung („Das hat es nicht gegeben“) ein, sondern auch Verharmlosungen („Das können gar nicht sechs Millionen gewesen sein“). Relativierungen hingegen, wenn beispielsweise Auschwitz mit der Bombardierung deutscher Städte verglichen wird („Bombenholocaust“), sind zwar niederträchtig, aber mehrere deutsche Gerichte sahen hier in der Vergangenheit keine strafbare Aussage vorliegen.

¹ https://www.bka.de/DE/KontaktAufnehmen/Onlinewachen/online_wachen_node.html

Hinweise für eine korrekte Beweissicherung

- Zusammenhang mitdenken: Oft ergibt sich die Schwere einer Aussage erst aus vorangegangenen Kommentaren oder dem Ursprungspost, auf den reagiert wird – mit abbilden, wenn nötig.
- Screenshot mit Zeitstempel (d.h. den kompletten Bildschirm fotografieren, sodass der Screenshot auch eine Uhrzeitanzeige enthält) oder ein PDF erstellen.
- URL des verfassenden Profils anhängen und abfotografieren.
- Eigene Identität schützen: Das eigene Profilbild und den Profil-Namen auf den Screenshots unkenntlich machen.

Klassische Straftatbestände im Zusammenhang mit Hasskommentaren sind

- § 185 Beleidigung
- § 130 Volksverhetzung
- § 130 Abs. 3 Holocaustleugnung
- § 240 Nötigung und § 241 Bedrohung
- § 186 Üble Nachrede
- § 187 Verleumdung
- § 111 Öffentliche Aufforderung zu Straftaten

Wenn Sie unsicher sind, ob ein Beitrag strafbar ist, senden Sie den Post an spezialisierte Meldestellen. Hier ordnen Jurist*innen die Posts ein und übernehmen gegebenenfalls rechtliche Schritte:

- www.internet-beschwerdestelle.de
- www.hass-im-netz.info
- www.demokratiezentrum-bw.de
- www.jugendschutz.net/hotline
- www.hassmelden.de
- www.hessenschauthin.de

2.

AUSSAGEN, DIE ERLAUBT SIND – ABER DENNOCH MENSCHENFEINDLICH

Die Meinungsfreiheit schließt auch sehr viele geschichts-revisionistische, antisemitische, rassistische, islamfeindliche, sexistische Äußerungen ein – es liegt in diesen Fällen an der Zivilgesellschaft, zu widersprechen. Dabei ist es sehr unwahrscheinlich, dass Sie in einer Online-Diskussion zum Beispiel überzeugten Antisemit*innen erfolgreich die Irrtümer ihres Weltbildes aufzeigen. Stattdessen sollten Sie bei Diskussionen in der Öffentlichkeit des Internets zwei strategische Ziele verfolgen: Erstens, den vielen Mitlesenden Gegenargumente zugänglich machen. Zweitens, betroffene Gruppen und Einzelpersonen vor weiteren Anfeindungen schützen. Diese strategische Ausrichtung hat Konsequenzen auf die Art, wie Sie in sozialen Netzwerken erfolgreich diskutieren können:

Schützen Sie Ihr Profil, sodass Unbekannte möglichst wenige private Informationen sehen können.

Schweigen Sie nicht, wenn Sie eine Aussage stört. Benennen Sie, was Sie stört. Wenn sich eine*r traut, trauen sich oft auch andere.

Bleiben Sie sachlich.

Wenden Sie sich direkt an die Mitlesenden und aktivieren Sie sie: „Bin ich die einzige, die das stört?“

Helfen Sie Betroffenen, seien Sie solidarisch.

Sie müssen nicht ewig diskutieren. Machen Sie Ihr Argument, positionieren Sie sich und beenden Sie das Gespräch, wann immer Sie möchten.

EINIGE TYPISCHE GESCHICHTSREVISIONISTISCHE STRATEGIEN

Eine klassische Strategie im Umgang mit Hassredner*innen ist es, nach Quellen für aufgestellte Behauptungen zu fragen. Diese Strategie gelangt im Umgang mit geschichtsrevisionistischen Gegenübern schnell an ihre Grenzen: Sie sind häufig sehr belesen, argumentieren eloquent und scheinbar logisch. Sie werden keine Schwierigkeiten haben, vermeintliche Quellen für ihre Behauptungen aufzuzeigen – wenn auch

von tendenziösen Seiten. Anstatt sich daher sofort auf eine Diskussion über die Faktizität bestimmter Aussagen einzulassen, überlegen Sie: Was wird gesagt? Warum wird es gesagt? Welche Strategie wendet Ihr Gegenüber an? Benennen Sie anschließend die Strategie und zeigen Sie auf, warum es sich dabei um menschen- oder demokratiefeindliche Aussagen handelt.

Täter-Opfer-Umkehr

Eine wesentliche Strategie rechtsextremer und neurechter Gruppen besteht darin zu behaupten, sie würden benachteiligt, ausgegrenzt und seien Opfer eines Meinungsdictats. Dabei schrecken sie auch nicht davor zurück, ihre Rolle mit der Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus auf eine Stufe zu stellen. Das stellt gleich eine mehrfache Umkehrung der Tatsachen dar: Sie erklären sich zu Opfern – dabei werden sie von der Öffentlichkeit nur an ihren Taten und Aussagen gemessen. Sie relativieren mit solchen Vergleichen die Verbrechen der Nationalsozialist*innen und sie wiederholen die antisemitische Botschaft von den vermeintlich gesteuerten Medien.

Mögliche Antwort:



„Das ist eine Verharmlosung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, die in der Geschichte der Menschheit einzigartig waren.“

Tabubrecher-Rhetorik

Geschichtsrevisionist*innen bedienen sich häufig einer Tabubrecher-Rhetorik, nach der gewisse Wahrheiten, insbesondere in Bezug auf den Nationalsozialismus, Jüdinnen und Juden oder Israel, nicht ausgesprochen werden dürfen.

Mögliche Antwort:



„Sie dürfen alles sagen, sofern es nicht gegen das Strafrecht verstößt. Aber Sie müssen auch damit leben, wenn Menschen Ihnen widersprechen.“

Schuld- und Erinnerungsabwehr

Gemeint ist die starke Abwehrreaktion auf erinnerungskulturelle Praktiken und Handlungsmaximen: „Wir haben mit dem, was vor 70 Jahren passiert ist, nichts zu tun.“ Die Nutzer*innen behaupten eine kollektive Haftung, die bis heute greifen würde. Sie lehnen jegliche Verknüpfung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ab, und sei es auch nur durch die deutsche Geschichte.

Mögliche Antwort:



„Sie trifft persönlich keine Schuld, aber wir sind alle dafür verantwortlich, dass sich Vergleichbares nicht wiederholt.“

Antisemitismus-Abwehr

Offene Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden ist in der deutschen Gesellschaft nach 1945 verpönt. Antisemitische Gedanken werden daher oft über den Umweg des Antizionismus formuliert. Während klassisch rechtsextreme Gruppen zum größten Teil einen offenen Antisemitismus pflegen, sind sich neurechte, aber auch linke und liberale Antisemit*innen dessen bewusst und versuchen, ihre Aussagen schon vorab als nicht-antisemitisch zu markieren und somit antizipierter Kritik vorzubeugen: „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...“; „Ich bin kein Antisemit, ich äußere nur berechtigte Kritik.“

Mögliche Antwort:



„Eine antisemitische Aussage bleibt antisemitisch, auch wenn Sie das hier umzudeuten versuchen.“

Weiterlesen

Open History e.V.: Geschichtsscheck.
Historiker*innen gegen Hassrede:
www.geschichtsscheck.de

Monika Schwarz Friesel:

Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl, Berlin 2019.

Evyatar Friesel:

Juden-Hass gestern und heute:

Ein historischer Blick auf 130 Jahre judeophobische Feindseligkeit, in: Jörg Meibauer (Hrsg.): Hassrede / Hate Speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion, Gießen 2013, S. 17–27.

Über den Autor

Oliver Saal ist Historiker und arbeitet seit 2017 für die Amadeu Antonio Stiftung – zuerst als Social Media-Redakteur und inzwischen als Referent für digitale Themen. Er publiziert regelmäßig über die extreme Rechte in Deutschland. Außerdem bietet er Workshops an, in denen er Engagierten hilft, rechtsextreme Kommunikationsstrategien besser zu durchschauen und sich online gegen Menschenfeindlichkeit zur Wehr zu setzen.

Die Amadeu Antonio Stiftung berät, fördert und vernetzt die demokratische Zivilgesellschaft. Sie bietet ihre Expertise, Fortbildung und Qualifizierung an, etwa in Projekten zu Hate Speech und einer demokratischen Diskussionskultur im Internet.

Die Schamlosigkeit des professionellen Beschämens

Über das Revisionistische in deutscher Komik und Satire

von Tim Wolff

Dieser Witz ist mir in letzter Zeit häufiger begegnet: Ein Holocaust-Überlebender stirbt in hohem Alter, tritt vor Gott und fragt: „Weißt Du, was ich lustig fand?“ Gott verneint. „Den Holocaust.“ – „Das ist nicht lustig“, antwortet Gott. Darauf der Holocaust-Überlebende: „Tja, ich vermute, man muss dabei gewesen sein.“ Ich musste sehr über ihn lachen. Aber warum? Holocaust-Anspielungen sind bei mir häufiger als alles andere Lachverderber, selbst bei Witzen, die es so gut meinen wie dieser. Schließlich wird mit der dreisten Pointe gleichzeitig die Klage wiederholt, wo Gott damals gewesen sei. Wenn ich ehrlich bin, ist es aber vor allem die größtmögliche Fallhöhe, jemanden auf eine so umständliche wie geschickte Weise behaupten zu lassen, man müsse im Holocaust dabeigewesen sein.

Diese Fallhöhe ist reizvoll, gerade für Deutsche, die glauben, gegen etwas zu rebellieren. Und sei es nur gegen guten Geschmack. Nicht wenige leben aber vor allem ihre Niedertracht aus, indem sie etwas von „schwarzem Humor“ erzählen und bei Gegenwehr „Satire“ rufen. Doch fungiert „Satire“ nicht nur als Schutzschild revisionistisch. Auch die wohlmeinende, professionelle Satire verschiebt als stets reagierende Kunstform die Grenzen des Sagbaren, indem sie rechte Diskurse aufnimmt und zuspitzt. Und dabei nicht immer reflektiert, von welcher Position aus sie spricht.

Der oben erzählte Witz verhandelt den – in Sachen revisionistischer Tendenzen der Komik wahrscheinlich entscheidenden – Aspekt mit, wer einen Witz erzählt, und wem er erzählt wird. Der Autor (oder die Autorin) dieses Witzes ist (mir) unbekannt, aber ich kann mir kaum vorstellen, dass er oder sie nicht einer wie auch immer jüdischen Sozialisation entstammt. Es scheint mir, wenn man es so einfach definieren will, kein Judenwitz zu sein, sondern ein jüdischer. Ein Unterschied, der Welten ausmachen kann. Und die Frage, an der sich dieser Tage, vor allem im englischsprachigen Raum, Komiker*innen und Satiriker*innen ganz praktisch abarbeiten: Muss man erlebt haben, worüber man scherzt? Muss man Teil der Gruppe sein, die mit dem jeweils präsentierten Witzklischee identifiziert ist; genügt die Vermittlung grundsätzlicher Empathie gegenüber wie auch immer Andersartigen, um die spielerische Kälte von Komik so anwenden zu können, dass sie nicht den Hass vermehrt? Oder konkret für die Grundfrage dieses Textes: Können nicht-jüdische Deutsche jüdische Witze (er-)finden?

Komik, vor allem solche, die mehr will als zu zerstreuen, nimmt ihren Gegenstand doppelt ernst: einmal auf einer unkomischen analytischen Ebene, um zu verstehen, was sie da überhaupt behandelt, zum anderen

auf einer Spielebene, wo sie Brüche, Widersprüche und Verdrängtes explizit macht. Intuitiv kann so etwas nur gelingen, wenn man vom Gegenstand betroffen ist, weswegen jeder jüdische Witz über die Shoah und ihre Folgen eine andere Substanz hat. Wenn Larry David in der Fernsehserie „Curb your Enthusiasm“ ein Missverständnis durchspielt, bei dem zwei Survivor zur Dinner-Party eingeladen sind, der eine Holocaust-Überlebender, der andere ehemaliger Teilnehmer einer Reality-TV-Show namens „Survivor“, und das Tischgespräch sich in eine absurde Konkurrenz ums Durchlitene hineinsteigert, dann spielt das mit einer Kenntnis der kitschigen Aspekte der Verarbeitung innerhalb des sozialen Umfelds eines in Hollywood Situierten, die ich nicht habe. Kurz: So etwas kann nur Larry David schreiben. Für mich wäre es harte Arbeit, die richtige Tiefe der Kenntnis und die angemessene Distanz zum Betrachteten zu finden. Ich kann letztlich nur die Widersprüche bei der Verarbeitung meines sozialen Umfeldes betrachten; und das wird in einem Land, das längst Wege gefunden hat, nur den als Antisemiten zu bezeichnen, der unbedingt ein KZ leiten will, gleich bedeutend weniger heiter.

Zum Beispiel: Als der *Stern* die gefälschten Hitler-Tagebücher veröffentlichte, reagierte *TITANIC* mit einem fingierten Poesie-Album des Führers. In diesem stehen die Zeilen: „In meinem Lager rußt der Ofen, in meinem Herzen ruhest nur Du – gez. Dein Namensvetter Adolf Eichmann.“ Um diesen Witz goutieren zu können, braucht es deutlich mehr Kontext und individuelle Voraussetzungen als in den beiden vorigen Beispielen. Ohne die Kenntnis der Sensationsgier des *Stern* und der Fähigkeit, den Wortwitz als Parodie auf die Sorglosigkeit der gefälschten Tagebücher einzuordnen, bleibt nur Schabernack mit dem Schrecken. Es ist ein Witz, über den Täter-Nachkommen leichter lachen können. Aber auch in Larry Davids Umgang mit



Satiriker Martin Sonneborn, verkleidet als Graf Stauffenberg, in Begleitung von PARTEI-Mitgliedern auf der Frankfurter Buchmesse 2018



Der Komiker Chris Tall und sein Publikum fröhen der „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“-Stimmung

dem Thema steckt etwas Relativierendes, denn jeder Versuch, dem Ernst des Lebens komische Seiten abzugewinnen, beinhaltet etwas Despektierliches. Entweder wird lässig behauptet, es sei nicht so schlimm, oder bitter der Gegenstand unterkomplex zur Anklage genutzt. Selbst ein satirisch so klarer Scherz wie der *TITANIC*-Titel: „Schrecklicher Verdacht: War Hitler Antisemit?“, mit dem die bundesdeutschen Debatten zur Entlastung von Antisemit*innen zugespitzt wurden, kommt auf der Spielebene nicht umhin, Hitler und damit den Holocaust zu trivialisieren.

Überhaupt Hitler. Während es mir in meinen *TITANIC*-Jahren leicht fiel, direkte Holocaust-Anspielungen zu streichen, wenn sie einzig dem Lachzweck dienten, kommt man um Hitler in Deutschland natürlich nicht herum. Und ich kann mich nicht entscheiden, was der richtige komische Umgang mit ihm ist. Der sittliche Ernst, mit dem Hitler im Nachkriegsdeutschland zum Beispiel mit Joachim Fests Autobio-, quatsch: Hitler-Biografie begegnet wurde, war jedenfalls die Grundlage für die populäre Entschuldung, dass die guten Deutschen einem irgendwie fremden Verführer verfallen seien. Diesen Hitler zu einer Witzfigur zu machen, bedeutet im günstigsten Fall, auch die Lüge des Durchschnittsdeutschen zu entwerten, man hätte von nichts gewusst. Auf einen lächerlichen Keifer hereinzufallen, entschuldigt gar nichts. Ist Hitler aber erst mal zur allseits belachten Comedyfigur geworden, dient der Witz über ihn wieder einem anderen Zweck. In der Masse wird gleich das ganze „Dritte Reich“ zur

Lachnummer, für die es keine Verantwortung mehr benötigt; ist ja nur ein Witz. Ein *TITANIC*-Hitlertitel meiner Redaktionszeit verhandelt das womöglich sogar ganz gut: „Hitlers Beauty-Geheimnis“, im Stile einer Frauenzeitschrift mit Fitness- und Salattipps („Kraut, Kraut und nochmals Kraut“). Alle anderen Hitlerwitze des Magazins scheinen mir ohne Bekenntnis des eigenen Berausehens am Hitlerspiel zu funktionieren. Andererseits: Braucht es das? Ist diese mitgelieferte Selbstkritik nicht auch nur eine Form von Bitte um Absolution?

Humor als fehlgeschlagene Entnazifizierung

Nur eines scheint mir sicher: Wer sorglos, ohne Blick auf die eigene Sozialisation und Position mit den Verbrechen der deutschen Geschichte scherzt, der will sie verharmlosen und die Täter*innen rehabilitieren. Zum Beispiel, wenn man sich als Komiker „Chris Tall“ nennt und auf dem „Köln Comedy Festival“ in den vollen Saal brüllt: „Lasst uns die Bude abfackeln – jetzt ist Chris-Tall-Nacht!“ Man könnte dieses Wortspiel, wenn es denn unbedingt heraus muss, wenigstens in einen defensiveren Kontext setzen, meinetwegen diesen: „Ich könnte niemals eine Late-Night-Show moderieren. Wie soll die denn heißen: Chris-Tall-Nacht?“ In der präsentierten Form ist es aber nur eins: der Beleg dafür, wie wenig Entnazifizierung und die alliierte Humorerziehung (etwa in Form des Internets) geholfen haben. Wenn der deutsche Spaßmacher und sein Publikum ungezügelt in „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“-Stimmung geraten, endet es in der Bejubelung nationalsozialistischer Verbrechen.

Und das möchte man als Satiriker, als irgendwie der Aufklärung anhängender Spaßmacher natürlich nicht. Als ich einmal von der Bildungsstätte Anne Frank angesprochen wurde, ob *TITANIC* etwas zu einer Jubiläumsschrift beisteuern könnte, kam ich auf die Idee, die kitschigen Blüten, die das Gedenken an Anne Frank, etwa in Form eines Musicals, bereits zuweilen getrieben hat, noch etwas weiter zu treiben: Anne Frank on ice, der Anne-Frank-Freizeitpark mit Geisterbahn durch den Dachboden, usw. Und ich vermutete, das auch der ein oder andere, der näher dran ist, mit dieser Frivolität etwas hätte anfangen können – zumindest wurde es mir so zurückgemeldet. Als ich aber versuchte, der Idee eine konkrete Form zu geben, verging mir der Spaß. Eine Fotomontage, gar mit der echten Anne Frank, erschien mir zu unangenehm. Gezeichnet wiederum stellte ich es mir zu unkritisch heiter vor. In der Zeichentrickserie „South Park“, immerhin zur Hälfte von einem Jewish-American verantwortlich, ginge das vielleicht – als Enkelsohn zweier Mittäter lässt man es vielleicht lieber. Auch die Variante, die Scherze in einem „Brief an die Leser“ zu verwenden, zum Beispiel an Anne Frank selbst, also explizit anklagend („Schau mal, Anne, was sie aus Deinen Tagebüchern gemacht haben. Könnte man da nicht gleich ...“), erschien mir zugleich angestrengt entschuldigend als auch eine Ermordete vereinnahmend. So kam es nicht zu diesem Beitrag. Dafür hatte man bei Jan Böhmermann später mit dem „Reichspark“ eine

ganz ähnliche Idee – deren Umsetzung man bei allem satirischen Willen einen Stolz auf die eigene Scham anmerkt, der von der Scham nur noch wenig übrig lässt. Diese Schamlosigkeit des professionellen Schämens und Beschämens scheint mir dort besonders zum Vorschein zu kommen, wo der Witz nur noch aus der Frechheit der Anklage besteht. Wenn Martin Sonneborn als Stauffenberg über die Buchmesse stolziert, um Nazis eine Aktentasche zu hinterlassen, ist das eigentlich nur noch bewusst kenntnisarme Symbolpolitik – war Stauffenberg doch selbst ein Nazi, der den Obernazi töten wollte, damit das Nazireich fortbestehen könne – und zieht ähnlich wie das „Zentrum für politische Schönheit“ mit dem Holocaust-Mahnmal in Björn Höckes Nachbarschaft vor allem auf eine angebliche Unkenntnis oder Dummheit neuer Nazis. Dabei wissen die meist genau, was sie tun. Und obendrein verschafft man den Radikaldeutschen noch mehr Aufmerksamkeit, indem man sich mit etwas gemein macht, was als populäre Funktion auch bereits etwas Revisionistisches in sich trägt, ja vielleicht der neuen Popularität von Nazis Vorschub geleistet hat – zum Beispiel ein Mahnmal, zu dem man laut Kanzler Schröder sel. „gern hingehen“ soll. Und das tun die meisten guten Deutschen jetzt ja auch selfieschießend, denn sie spüren, was es repräsentiert: den Stolz auf die angeblich beispiellose Verarbeitung der eigenen Geschichte – die man anderen Nationen voraus hat. Am deutschen Unwesen soll die Welt genesen.

Aber ich drifte ab. Oder komme ich zum Punkt? Es gibt kein deutsches Gedenken ohne revisionistische Tendenzen. Und was der Ernst nicht leisten kann, gelingt dem Uernst auch nicht. Und wenn man mit einem satirischen Spaß genau das thematisiert, wird ein Teil des Publikums diesen gegenteilig interpretieren. Denn Komik lässt fast immer Lücken, die der oder die Rezipient*in auffüllen muss. Und wenn die Rezipient*innen Deutsche sind, sind entweder Entschuldungsmechanismen oder menschenverachtende Bejahungen nicht weit.

Aber was bedeutet das jetzt für die Frage „Können nicht-jüdische Deutsche jüdische Witze (er-)finden“? Vermutlich mehr Arbeit als einem Spaßmacher wie mir gemeinhin lieb ist. Doch möchte ich mir trotz allem eine Restutopie des Komischen bewahren. Nämlich den Glauben daran, dass auch in diesem Land die Spaßmacher*innen, die Humorvollen oder wie auch immer Nichternstnehmer:innen sich und die Grenzen des Raumes, den ihre Späße füllen, erkennen, sprich: sich Komiker*innen und Publikum finden (und sei es auf einer Party oder bei einer Tischrunde), wo ausprobiert wird, was gerade (noch) geht. Das gemeinsame Lachen entscheidet. In Komik steckt die Saat der Befreiung; sie allein genügt aber keinesfalls. Erst recht in einem Land, in dem es noch immer an Komikkundigen mangelt. Oder wie es Robin Williams zum Ausdruck brachte: „Did you ever think you killed all the funny people?“ Vielleicht ist das ohnehin die Frage, die man hier beim Witzereien über deutsche Geschichte stets mitdenken muss.

Über den Autor

Tim Wolff war von 2013 bis 2018 Chefredakteur der *TITANIC*, nun ist er Herausgeber des endgültigen Satire-Magazins und freier Autor für *Neues Deutschland*, *Taz*, *FAZ* und einige mehr.

Regeln für eine Kunstaktion im deutschen Gedächtnistheater

Eine Antwort auf die missglückte Aktion des „Zentrums für Politische Schönheit“

von Max Czollek und Stella Hindemith

Probiere zu kunsten, nicht zu wunsten. Es kommt nicht nur darauf an, was du willst, sondern auch, wie du es machst. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.

Verdiene kein weiteres Geld an den Toten. Wenn du bei einem Crowdfunding mehr einnimmst, als du für deine Aktion brauchst, solltest du's Verbänden spenden.

Bedenke, dass du mit den von dir gewählten Mitteln auch die Mittel legitimierst, die gegen dich verwandt werden. Wer polemisch überzeichnet, wird polemisch überzeichnet.

Informiere dich über Antisemitismus. Deine Follower und Unterstützerinnen könnten Antisemiten sein. Erarbeite im Vorfeld eine Kommunikationsstrategie.

Pass auf, dass deine Aktion einhält, was sie verspricht. Willst du beispielsweise darauf aufmerksam machen, dass die Ermordeten vergessen wurden, verliere auf keinen Fall ihre Knochen.

Lerne Zuhören. Reden kannst du ja schon. Nur, weil manche Menschen keine Accounts haben, bedeutet es nicht, dass sie nichts zu sagen haben.

Du wirst kein Nachkomme von Schoahopfern, weil du das Gedenken kritisierst. Du bist kein Jude, du arbeitest nicht im Betonkommando von Monowitz, also behaupte das nicht.

Der Text erschien zuerst im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.



Für ihre Kunstaktion stellte das ZPS eine Stele vor dem Reichstagsgebäude in Berlin auf

Zur Aktion

Anfang Dezember 2019 hatten die Aktionskünstler*innen des „Zentrums für Politische Schönheit“ (ZPS) eine Säule gegenüber dem Reichstagsgebäude aufgestellt. Nach eigenen Angaben, um so den „relevantesten Gedenk- und Widerstandsort der nächsten Dekade“ zu schaffen. Er solle auch angesichts der Diskussionen um eine mögliche Zusammenarbeit mit der AfD daran erinnern, wie der „Konservatismus die deutsche Demokratie in die Hände von Mördern“ gelegt habe.

Von Anfang an gab es deutliche Kritik, weil das ZPS behauptet hatte, die Stahlsäule enthalte Asche von Opfern der Shoah. Nach Protesten hatte das ZPS um Entschuldigung gebeten und die Asche der Orthodoxen Rabbinerkonferenz übergeben, die sie auf einem jüdischen Friedhof beisetzte.

Im Januar 2020 versuchte eine Gruppe, die sich „Aktionskünstler Komitee“ nannte, die Säule überraschend abzubauen – darunter der Autor Elijah Havemann. „Mit Asche von Opfern des Holocaust sollte man keine Kunst und Politik machen“, sagte er.

Über die Autor*innen

Max Czollek ist Lyriker. 2018 erschien sein Buch „Desintegriert euch!“ (Hanser Verlag), das die jüdische Gegenwart in Deutschland diskutiert. Er ist Mitbegründer des Künstlerkollektivs Institut für Desintegration.

Stella Hindemith ist Autorin und Aktivistin. Sie ist Enkelin von Stephan Hermlin, dessen Gedicht „Die Asche von Birkenau“ das Zentrum für Politische Schönheit ohne Erlaubnis seinen Aktionen beigelegt hatte.

Bildungsstätte Anne Frank e.V.
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main

 bildungsstaette.anne.frank

 BS_AnneFrank

 bsannefrank

→ bs-anne-frank.de

Herausgeber
Dr. Meron Mendel (Direktor)

Konzeption
Martin Steinhagen, Eva Berendsen,
Dr. Meron Mendel, Marie-Sophie
Adeosó

Redaktion
Marie-Sophie Adeoso, János Erkens,
Leo Fischer, Martín Steinhagen

Juristische Beratung
RA Gabriele Rittig

Gestaltung
Pixelgarten, Frankfurt

Auflage
5000

Druck
Druckerei Pollinger

© Bildungsstätte Anne Frank 2020

Bildnachweise

- S. 50 Foto: © Gedenkstätte Sachsenhausen
S. 51 Foto: © Gedenkstätte Sachsenhausen
S. 56 Foto: © Felix Schmitt
S. 57 Foto: © Felix Schmitt
S. 58 Foto: © Felix Schmitt
S. 59 Foto: © Wolfgang Borrs
S. 60–65 © Bildungsstätte Anne Frank
S. 75 Foto: © Ptolusque, ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Martin_Sonneborn_and_Nico_Wehnemann_at_Frankfurt_Book_Fair_2018_\(1\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Martin_Sonneborn_and_Nico_Wehnemann_at_Frankfurt_Book_Fair_2018_(1).jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>)
S. 76 Foto: © Stefan Brending, Lizenz: Creative Commons by-sa-3.0 de (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2016_Christall_-_by_2eight_-_DSC7897.jpg), „2016 Christall - by 2eight - DSC7897“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>
S. 79 Foto: © Leonhard Lenz
Lizenz: Creative Commons CCo 1.0 Universal Public Domain Dedication

Die Bildungsstätte Anne Frank ist das Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel. Wir entwickeln innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. In unserer politischen Bildungsarbeit greifen wir aktuelle Diskurse und Konflikte auf. Fachkräfte erhalten Beratung in akuten Konfliktsfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen.

Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Menschen, die rechte oder rassistische Gewalt erfahren haben, können Vorfälle online unter hessenschauthin.de melden. Im Juni 2018 wurde die Anne Frank-Ausstellung als Lernlabor ‚Anne Frank. Morgen mehr.‘ in Frankfurt neu eröffnet. Das Mobile Lernlabor ‚Mensch, Du hast Recht(e)!‘ ist seit 2014 auf Tour. Die Bildungsstätte Anne Frank fördert den Austausch zwischen Wissenschaft und Bildungspraxis, vernetzt verschiedene Gruppen und Communities vor Ort und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von Konferenzen und Fachtagen, wechselnden Sonderausstellungen sowie öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

Bildungsstätte Anne Frank
Zentrum für politische
Bildung und Beratung Hessen

Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
T +49 (0)69 56000-20

info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

 facebook.de/bildungsstaette.anne.frank

 @BS_AnneFrank | @ResponseHessen

 bsannefrank